

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Frostige Aussichten für die deutsche Wirtschaft

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2024) : Frostige Aussichten für die deutsche Wirtschaft, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 4, pp. 127-169,
<https://doi.org/10.18717/ka5skq-pa74>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313840>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

4/2024

12. Dezember 2024, 12. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **S. 127**



Frostige Aussichten für die deutsche Wirtschaft

Zur Jahreswende dürfte die weltweite Produktion weiterhin in etwa so schnell wie in der Dekade vor der Pandemie expandieren. Die Konjunktur im Euroraum ist nur verhalten, und die Stagnation der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Die Industrie verliert an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen und Verbraucher halten sich aufgrund unklarer wirtschaftspolitischer Aussichten mit ihren Ausgaben zurück. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2024 um 0,2% sinken und im Jahr 2025 um 0,4% expandieren.

Inhaltsverzeichnis

- 127** Frostige Aussichten für die deutsche Wirtschaft
Arbeitskreis Konjunktur des IWH
- 170** Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Szenarien für die Erreichung der gesetzlichen Emissionsziele
Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Alessandro Sardone, Christoph Schult, Götz Zeddies

Konjunktur aktuell: Frostige Aussichten für die deutsche Wirtschaft*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH**

Zusammenfassung

Zur Jahreswende dürfte die weltweite Produktion weiterhin in etwa so schnell wie in der Dekade vor der Pandemie expandieren. Die Konjunktur ist in den USA nach wie vor bemerkenswert robust, im Euroraum dagegen nur verhalten. In China belastet weiterhin eine Immobilienkrise den Wohnungsbau sowie die Finanzen von Haushalten und Unternehmen sowie der regionalen Gebietskörperschaften. Für das Jahr 2025 muss damit gerechnet werden, dass der gewählte US-Präsident sein Wahlkampfversprechen von Zollerhöhungen teilweise einlöst. In den USA werden wegen der Überauslastung der Wirtschaft höhere Preise und eine restriktivere Geldpolitik die Folge sein. Negativ sind die Folgen für den Welthandel und die deutschen Exporte, auch verliert die internationale Arbeitsteilung an Effizienz. Kurzfristig dürften allerdings Handel und Produktion von Versuchen profitieren, Zollerhöhungen durch rasche Geschäftsabschlüsse zuvorkommen.

Zum Jahresende 2024 setzt sich die Stagnation der deutschen Wirtschaft fort. Die gesamtwirtschaftliche Produktion und die Exporte sind derzeit lediglich in etwa so hoch wie im Jahr 2019. Deutlich unter ihrem damaligen Stand liegen die Ausrüstungsinvestitionen. Mit dem schlechteren Exportgeschäft scheint auch der Bedarf an neuen Ausrüstungen zu sinken. Die strukturellen Probleme wie die Verteuerung der Energie in Deutschland, die Alterung der Erwerbsbevölkerung und der Fachkräftemangel sind nicht leicht zu lösen. Das führt zu Verunsicherung, mit der Folge, dass die privaten Haushalte mehr sparen. In den ersten Monaten des kommenden Jahres wird die vorläufige Haushaltsführung des Bundes die öffentlichen Ausgaben limitieren. Wenn danach eine Regierungsbildung die wirtschaftspolitische Unsicherheit verringert, dürfte der private Konsum aber etwas anziehen, schließlich sind die realen Nettolöhne zuletzt deutlich gestiegen. Ein kräftiger Aufschwung ist indes nicht zu erwarten.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2023 bis 2026

	2023	2024	2025	2026
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	−0,3	−0,2	0,4	1,3
darunter: Ostdeutschland ¹	0,7	0,5	0,5	1,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,4	−0,2	−0,1	0,3
Tariflöhne je Stunde	3,6	4,8	3,1	2,5
Effektivlöhne je Stunde	6,6	5,2	3,1	2,3
Lohnstückkosten ²	6,7	5,2	2,9	1,3
Verbraucherpreisindex	5,9	2,2	2,0	2,2
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	46 011	46 111	46 106	46 186
Arbeitslose ³	2 609	2 787	2 889	2 895
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,7	6,0	6,2	6,2
darunter: Ostdeutschland ¹	7,2	7,5	7,7	7,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	−2,6	−2,4	−2,0	−2,2
Leistungsbilanzsaldo	5,9	6,1	5,9	5,6

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH (Stand: 11.12.2024).

* Dieser Beitrag wurde am 12. Dezember 2024 veröffentlicht.

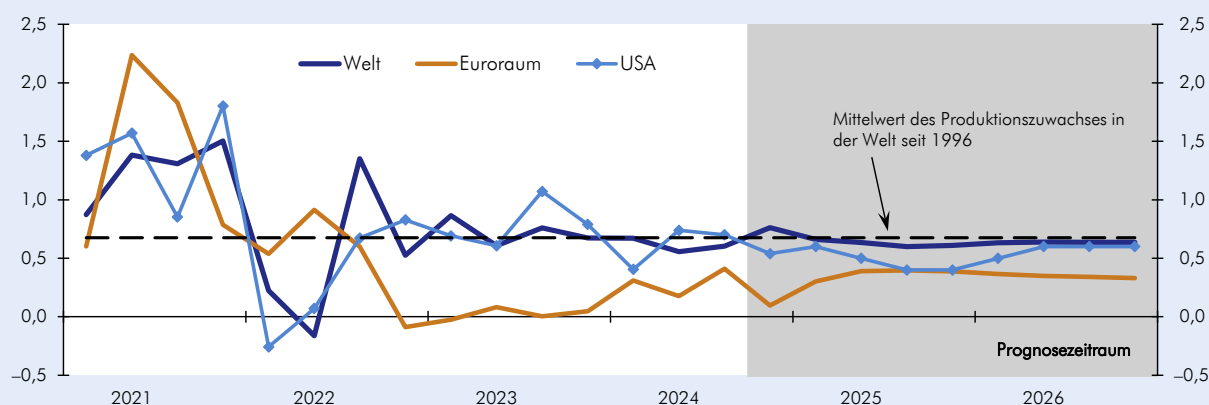
** Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

<https://doi.org/10.18717/ka5skq-pa74>

Weltwirtschaft: robust genug für kommende Schocks?

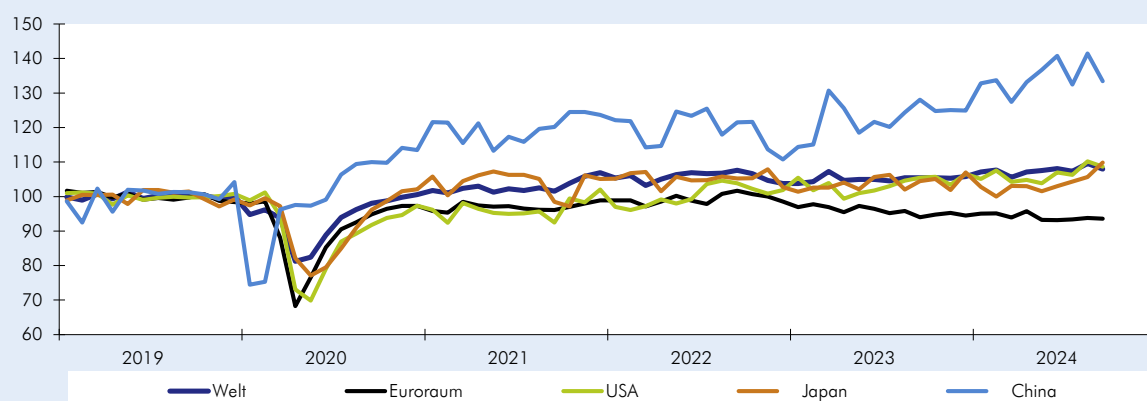
Die internationale Konjunktur gibt zur Jahreswende dasselbe Bild wie schon das ganze Jahr 2024 über ab: Die Produktion dürfte weiterhin in etwa so schnell wie in der Dekade vor der Pandemie expandieren (vgl. Abbildung 1). Dabei ist die Konjunktur in den USA angesichts der immer noch recht restriktiven Geldpolitik bemerkenswert robust, das Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Quartal um 0,7% zu. Im Euroraum expandierte die Produktion mit 0,4% etwas schwächer. Die Wirtschaftsleistung Chinas nahm mit für das Land bescheidenen 0,9% zu; eine tiefe Immobilienkrise belastet den Wohnungsbau sowie die Finanzen der privaten Haushalte und Unternehmen und der regionalen Gebietskörperschaften. Gestützt wird die Konjunktur in China durch eine starke Expansion der Ausfuhren (vgl. Abbildung 2). Die Absatzerfolge chinesischer Exporteure gehen nicht zuletzt auf hohe Produktionskapazitäten zurück, welche ihnen Preissenkungsspielräume auf den internationalen Märkten eröffnen.¹ Insgesamt hat sich der Welthandel im Jahr 2024 von seiner ausgeprägten Schwäche im Vorjahr etwas erholt. Dabei hat die kräftige Nachfrage vonseiten der expandierenden US-Wirtschaft eine wichtige Rolle gespielt.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; ab dem 4. Quartal 2024 Schätzung und Prognose des IWH.

Abbildung 2
Preisbereinigte Warenexporte
Index; 2019 = 100



Quelle: CPB.

Seit den Präsidentschaftswahlen in den USA ist es unwahrscheinlich, dass das eben skizzierte Bild der internationalen Konjunktur im Jahr 2025 Bestand haben wird. Aus ökonomischer Sicht versprach Donald Trump im Wahlkampf im

¹ So lag der im World Trade Monitor des CPB ausgewiesene Preisindex chinesischer Warenexporte im dritten Quartal 2024 um 3,8% unter Vorjahresstand, während der Index für die gesamten Weltexporte um 0,2% höher lag.

Wesentlichen drei Dinge: den Kampf gegen illegale Immigration, Steuersenkungen, vor allem aber die drastische Erhöhung der Zollsätze, nämlich auf 10% oder 20% für sämtliche Güter und auf noch höhere Sätze für Importe aus China. Diese Vorhaben dürften vermutlich so nicht umgesetzt werden, sondern eher als Drohpunkte für bilaterale Verhandlungen mit wichtigen Handelspartnern dienen. Auch während seiner ersten Präsidentschaft in den Jahren 2017 bis 2020 hat Trump nur einen Teil seiner damaligen Zollerhöhungspläne umgesetzt.² Allerdings stieg schon damals die Relation zwischen den Zolleinnahmen und dem Wert der Warenimporte in den USA deutlich, von 1,7% auf 3% (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3**US-Zolleinnahmen**

In Relation zum Wert der US-Warenimporte in %



Quellen: Federal Reserve Economic Data; U.S. Census Bureau.

Es ist also mit Zollsätzen zu rechnen, die wohl nicht bei 10% oder 20%, aber doch deutlich über den gegenwärtigen Niveaus liegen, besonders was chinesische Importe betrifft. Wenn es diesmal wie angekündigt zu Erhöhungen von Zollsätzen auf breiter Front kommt, dürften makroökonomische Effekte eine größere Rolle spielen als in den Jahren 2017 bis 2020. Wie damals werden amerikanische Abnehmer einen Teil der teurer gewordenen Importgüter durch heimische ersetzen wollen. Allerdings ist die florierende US-Wirtschaft in der Überauslastung. Deshalb dürften Zoll-erhöhungen weniger zu einer Ausweitung der heimischen Produktion als zu höheren Preisen führen. Die Devisenmärkte haben den Effekt steigender relativer Preise für Güter aus den USA zum Teil schon vorweggenommen, denn der Dollar hat seit den Präsidentschaftswahlen aufgewertet, gegenüber dem Euro um etwa 3%. Das macht eine zu erwartende zollbedingte Verschlechterung der Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter zum Teil wieder wett, und auf der anderen Seite verlieren amerikanische Exporteure ihrerseits an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Wie schon während der ersten Präsidentschaft Trumps dürfte es auch diesmal zu keinem Rückgang des US-Handelsbilanzdefizits kommen. Denn dessen eigentliche Ursache ist, dass die Güternachfrage in den USA die dortigen Produktionsmöglichkeiten übersteigt. Eine Einlösung der anderen Wahlkampfversprechen könnte das Handelsbilanzdefizit sogar noch ausweiten, denn Steuersenkungen würden die US-Nachfrage wohl ausweiten und der Kampf gegen illegale Immigration das Angebot beschränken. Dem wirkt allerdings entgegen, dass die Geldpolitik aufgrund höherer Inflation restriktiver ausfallen wird, sofern sich die US-Notenbank ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung bewahren kann. So sehen das auch die Finanzmärkte: Der erwartete durchschnittliche US-Geldmarktsatz für das Jahr 2026 liegt gegenwärtig bei knapp 4% und damit einen vollen Prozentpunkt über seinem Wert von Mitte September.

Für eine quantitative Folgenabschätzung der zu erwartenden Zollerhöhungspolitik eignen sich Analysen der Folgen aus der ersten Präsidentschaft Trumps nur begrenzt, denn damals wurden nur einzelne Gütergruppen belastet.³ Auch Simulationen mit den gängigen weltwirtschaftlichen dynamischen Makromodellen scheinen wenig verlässlich, weil

² So konnte etwa die EU-Kommission höhere Zölle auf Importe von europäischen Autos durch die Zusicherung höherer Bestellungen von US-Produkten verhindern.

³ Vgl. Fajgelbaum et al.: [The Return to Protectionism](#), in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 135, (1), February 2020, 1–55. Dort wird unter anderem gezeigt, dass die Exporteure offenbar kaum mit Preisnachlässen auf die Zollerhöhungen reagierten, und dass der Nachfragerückgang umso geringer ausfiel, je breiter die betroffenen Warengruppen waren. Die Substitutionselastizität wird aber durchgehend auf über 1 geschätzt.

diese die Handelsverflechtungen für die unterschiedlichen Gütergruppen und Volkswirtschaften nicht im Detail abbilden.⁴ Dieses leisten recht gut statische realwirtschaftliche Handelsmodelle. Sie fangen auch indirekte Effekte ein, etwa den Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber einem von der Zollpolitik stärker betroffenen China und gegenüber US-Exporteuren aufgrund einer realen Aufwertung des Dollars. Auf diesem Weg leiten Studien des ifo Instituts und des Kiel Instituts für Weltwirtschaft für den Fall einer pauschalen Zollsaterhöhung zuzüglich eines 60%-Satzes für chinesische Güter einen Exportrückgang für die deutsche Wirtschaft in der Größenordnung von ein bis zwei Prozent ab.⁵ Wenn Zollpläne in diesem Umfang verwirklicht werden, kommt es jedenfalls nicht nur zu Verlusten im Welthandel, sondern auch in der globalen Produktion, denn die internationale Arbeitsteilung verliert durch die Verzerrung der relativen Preise an Effizienz. Davon wären die USA selbst besonders betroffen.

An den Börsen scheinen sich solche Überlegungen nicht niederzuschlagen: Der amerikanische S&P500-Index notiert zurzeit (zweite Dezemberwoche), wohl in Erwartung einer im Grundsatz wirtschaftsfreundlichen US-Regierung, 5% höher als vor der US-Präsidentschaftswahl. Die Aussicht auf staatliche Unterstützung der Erdöl- und Erdgasförderung in den USA dürften ein Grund dafür sein, dass der Erdölpreis im November etwa 10% unter Vorjahresniveau liegt.

Die im Vorjahresvergleich rückläufigen Energiepreise sind die wesentliche Ursache dafür, dass die Verbraucherpreis-inflation im Verlauf des Jahres 2024 vielerorts langsam gesunken ist, in den USA auf 2,6% (Oktober) und im Euroraum auf 2,3% (November). Weiterhin recht hoch, nämlich in der Größenordnung von etwa 4%, ist in beiden Wirtschaftsräumen die Dynamik bei den Dienstleistungspreisen. Dahinter stehen kräftige Lohnzuwächse, die in den USA aufgrund der dort deutlichen Zunahme der Arbeitsproduktivität ein viel kleineres Risiko für die Preisniveaustabilität sind als im Euroraum, wo die Produktivität seit Längerem bestenfalls stagniert.

Auch deshalb dürfte die US-Notenbank ihren Leitzins weiter senken, wenn auch nicht so rasch wie vor den Präsidentschaftswahlen vermutet. Im Sommer 2025 werden die Kurzfristzinsen in den USA wohl bei knapp über 4% liegen. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte angesichts der schwierigen Wirtschaftslage im Euroraum ihre Leitzinsen deutlich rascher senken. Auch andernorts wird die Geldpolitik weniger restriktiv. So haben im November die Bank von England und die Zentralbank Südkoreas Leitzinssenkungen beschlossen.

Von der Finanzpolitik gehen im Jahr 2025 keine einheitlichen Impulse aus. Die vom gewählten US-Präsidenten in Aussicht gestellten, ausgesprochen expansiven Maßnahmen dürften nur zu einem kleinen Teil verwirklicht werden, weil das Staatsdefizit in den USA mit 6,4% (Bundesebene, Fiskaljahr 2024) schon jetzt hoch ist. Ähnliches gilt für das im November angekündigte Konjunkturpaket in Japan. Im Euroraum ist die Finanzpolitik gemäßigt restriktiv. Moderat expansiv ist die Wirtschaftspolitik in China, wo die Regierung im Herbst Zinssenkungen beschlossen und die Freigabe von Geldern für den Immobiliensektor und finanzschwache lokale Gebietskörperschaften angekündigt hat.

Was den Ausblick für das Jahr 2025 belastet, ist die Unsicherheit über die künftige Wirtschaftspolitik in den USA und die Einschätzung vieler Akteure, dass die US-Politik in den kommenden Jahren erratisch bleiben wird. Kurzfristig dürften allerdings Handel und Produktion von Versuchen profitieren, Zollerhöhungen durch rasche Geschäftsabschlüsse zuvorkommen. Für die USA dürften sich danach die dämpfenden Effekte der Zollpolitik und kurzfristig anregende Wirkungen von Deregulierungsmaßnahmen die Waage halten. Im Euroraum bleiben Konjunktur und Wachstum schwach. In China zeichnet sich für das Jahresende 2024 eine vorübergehend stärkere Expansion ab, die Immobilienkrise wird aber auch nächstes Jahr nicht überwunden sein. Allgemein erhält die Weltwirtschaft Schwung von der hohen Dynamik in der Digitalwirtschaft. Von ihr profitieren neben den USA auch etliche Volkswirtschaften Ostasiens. Insgesamt steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2024 um 2,8%, um im Jahr darauf um 2,7% und im Jahr 2026 um 2,6% zuzulegen (vgl. Tabelle 1). Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr um 1,9%, für das Jahr 2025 wird eine Expansionsrate von 2,2% prognostiziert, für 2026 eine von 1,7%. Die Teuerung

⁴ So verwenden Obst et al. das Global Economic Model von Oxford Economics. Vgl. *Obst, T. et al.: Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0?*, IW-Report, Nr. 42, 2024. Berlin/Köln.

⁵ Die ifo-Studie unterstellt einen pauschalen Zollsatz von 20%, die des IfW einen von 10%. In der Kieler Studie wird zudem zwischen einem etwas geringeren Kurzfrist- und einem Langfristeffekt der Zollerhöhungen unterschieden. Vgl. *Bauer, A. et al.: German-US Trade Relations before the Election: Implications of a Trump Comeback*, EconPol Forum, Vol. 25 (5), 2024, 27–31 und *Felbermayr, G. et al.: US Trade Policy After 2024: What Is at Stake for Europe?* Kiel Policy Brief 178, Oktober 2024.

dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Trend langsam weiter sinken und im Jahr 2025 im Allgemeinen bei den oder leicht oberhalb der geldpolitischen Zielraten von 2% liegen.

Tabelle 1**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Europa	28,3	0,9	1,2	1,4	1,6	8,0	5,3	3,6	2,9				
EU 27	19,8	0,5	0,9	1,5	1,7	6,0	2,4	2,0	2,1	6,0	5,9	5,8	5,7
Großbritannien	3,6	0,3	0,9	1,2	1,3	7,3	2,6	2,5	2,2	4,0	4,3	4,2	4,1
Schweiz	1,0	0,7	1,3	1,5	1,6	2,1	1,1	0,8	1,0	4,0	4,3	4,2	4,1
Norwegen	0,5	0,1	2,6	1,7	1,2	5,5	3,2	2,5	2,4	3,6	4,0	4,1	4,0
Russland	2,1	3,6	3,5	1,3	1,0	5,9	8,3	7,0	6,0				
Türkei	1,2	5,1	2,9	1,7	3,6	53,9	58,5	30,0	15,0				
Amerika	37,8	2,6	2,5	2,2	2,0								
USA	29,6	2,9	2,8	2,2	2,0	4,1	2,9	2,5	2,4	3,6	4,1	4,3	4,2
Kanada	2,3	1,2	1,3	1,7	1,9	3,9	2,4	2,1	2,1	5,4	6,3	6,5	6,4
Lateinamerika ³	6,0	2,0	1,7	2,2	2,1								
Asien	33,9	4,5	4,0	4,2	4,0								
Japan	4,5	1,4	−0,3	1,1	1,0	3,3	2,6	2,0	1,8	2,6	2,5	2,6	2,6
China ohne Hongkong	19,0	5,2	4,7	4,7	4,4								
Südkorea	2,0	1,4	2,2	2,1	2,1	3,6	2,4	1,9	2,1	2,7	2,7	2,8	2,8
Indien	3,8	8,2	6,5	6,5	6,7								
Ostasien ohne China ⁴	4,7	3,3	4,2	4,0	3,9								
Insgesamt ⁵	100,0	2,8	2,7	2,6	2,6								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	65,0	1,7	1,8	1,8	1,8	4,7	2,6	2,2	2,2	4,4	4,6	4,6	4,6
Schwellenländer ⁷	35,0	4,8	4,3	4,2	4,1								
nachrichtlich:													
Exportgewicht ⁸	–	1,5	1,7	2,1	2,2								
gewichtet n. Kaufkraftparitäten ⁹	–	3,3	3,1	3,1	3,1								
Welthandel ¹⁰	–	−1,2	1,9	2,2	1,7								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. – ² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023. – ³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. – ⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). – ⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. – ⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2023. – ⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2023. – ¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2023 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Risiken

Die Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik der neuen US-Regierung stellt ein erhebliches Risiko für die Weltkonjunktur im Jahr 2025 dar. Das betrifft nicht nur die Handels-, sondern auch die Finanzpolitik. Sollten allzu expansive Maßnahmen die Finanzlage des amerikanischen Staates weiter drastisch verschlechtern, könnte das Vertrauen der Finanzmärkte in den Schuldner USA bröckeln, wie es das im Herbst 2022 im Fall Großbritanniens tat. Renditen auf US-Staatsschuldtitel würden deutlich steigen und der Dollar kräftig abwerten. In diesem Fall würden die Devisenmärkte die Effekte der zu erwartenden Zollerhöhungen nicht dämpfen, sondern noch verschärfen. Neben den USA stehen noch andere große Volkswirtschaften, etwa Frankreich, Japan und Brasilien, vor erheblichen finanzpolitischen Herausforderungen. Schließlich ist weiterhin die angespannte geopolitische Lage auch weltwirtschaftlich ein erheblicher Risikofaktor.

Robuste US-Wirtschaft

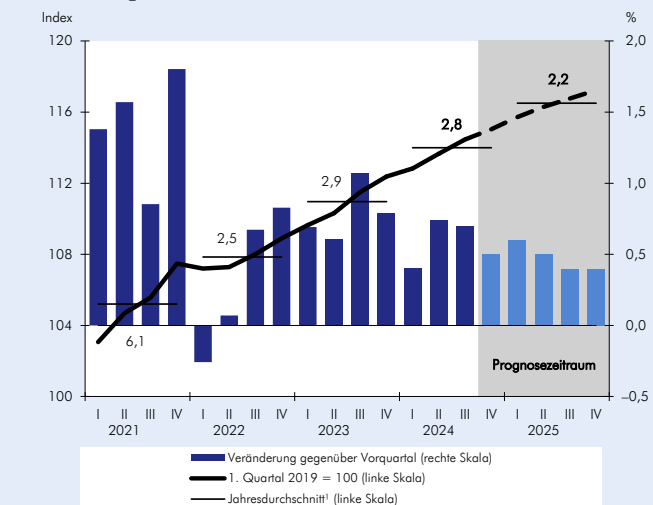
In den USA nahm das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,7% zu (vgl. Abbildung 4). Damit befindet sich das Land weiter in einem Aufschwung, der breit abgestützt ist. Privater und öffentlicher Konsum, Investitionen und Exporte haben das Jahr 2024 über kräftig zugelegt. Die Ausgaben der privaten Haushalte liegen knapp 3% über ihrem Vorjahresniveau und sind damit etwa doppelt so stark gestiegen wie die Reallöhne. Vermögende Haushalte dürften

von hohen Vermögenserträgen, sowohl bei Aktien als auch bei Immobilien, dazu veranlasst worden sein, ihren Konsum auszuweiten. Von den Investitionen nahmen besonders stark die in Ausrüstungen zu, insbesondere in IT-Produkte, Software sowie Forschung und Entwicklung. In diese Bereiche fließen gegenwärtig etwa die Hälfte aller Unternehmensinvestitionen in den USA. Die Wohnungsbauinvestitionen sind dagegen das Sommerhalbjahr über geschrumpft. Sie werden vor allem von den immer noch hohen Hypothekenzinsen (mit im November 6,8% für 30-jährige Laufzeit) gedämpft. Das Zinshoch hat schon seit nunmehr zwei Jahren viele Prognostiker mit einem Abschwung rechnen lassen, der aber bis heute ausgeblieben ist. Für das Jahr 2025 ist damit zu rechnen, dass die US-Notenbank (Fed) ihren Leitzins schrittweise senkt, nach Markterwartungen von derzeitigen 4,75% (Obergrenze der Zielrate) auf etwas unter 4% im Dezember 2025, denn der Deflator des privaten Konsums ist mit 2,3% (Oktober) nicht mehr weit vom 2%-Ziel entfernt. Freilich liegt in der bis jetzt hartnäckig hohen Preisdynamik bei den Dienstleistungen ein Risiko für eine solche Zinsprognose.

Die Geldpolitik könnte aber vor allem dann von stetigen Zinssenkungen abgehalten werden, wenn die Wirtschaftspolitik der neuen US-Regierung die Inflationsdynamik allzu sehr verstärkt. Schließlich dürften nicht nur die versprochenen Zollerhöhungen preiserhöhend wirken, sondern über eine Verknappung des Arbeitsangebots auch der Kampf gegen illegale Immigration und über den Impuls auf die Güternachfrage die angekündigten Steuersenkungen. Vermutlich dürfte das ohnehin schon hohe gesamtstaatliche Defizit von etwa 6½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nicht viel mehr an expansiver Politik erlauben, als die im Jahr 2025 auslaufenden Steuersenkungen des aus der ersten Präsidentschaft Trumps stammenden *Tax Cuts and Jobs Act* zu verlängern.

Für das Schlussquartal 2024 ergibt die Mehrzahl der gängigen Nowcasting-Modelle eine mit etwa ½% etwas verlangsamte, aber weiter solide gesamtwirtschaftliche Expansion. Dem entspricht auch, dass sich das Beschäftigungswachstum zuletzt wohl ein wenig verlangsamt hat. Im ersten Halbjahr 2025 dürften die kurzfristig anregenden Effekte der versprochenen Deregulierung die dämpfenden Effekte der zu erwartenden Zollerhöhungen überdecken, für das zweite Halbjahr ist zu erwarten, dass sich die Gewichte umkehren. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 2,2% zulegen, nach 2,8% im Jahr 2024 (vgl. Tabelle 2). Für das Jahr 2026 beinhaltet die vorliegende Prognose eine Zuwachsrate von 2,0%.

Abbildung 4
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Tabelle 2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,8	2,2	2,0
privater Konsum	2,5	2,9	2,3	1,8
Staatskonsum und -investitionen	3,9	3,0	1,8	1,8
private Anlageinvestitionen	0,1	3,9	3,6	3,8
Vorratsveränderungen ¹	-0,4	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,3	3,1	2,5	2,2
Exporte	2,8	3,6	2,6	2,0
Importe	-1,2	5,5	3,5	2,8
Außenbeitrag ¹	0,5	-0,4	-0,3	-0,2
Verbraucherpreise	4,1	2,9	2,5	2,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-7,6	-7,5	-7,9	-7,6
Leistungsbilanzsaldo	-3,3	-3,7	-3,8	-3,8
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,6	4,1	4,2	4,4

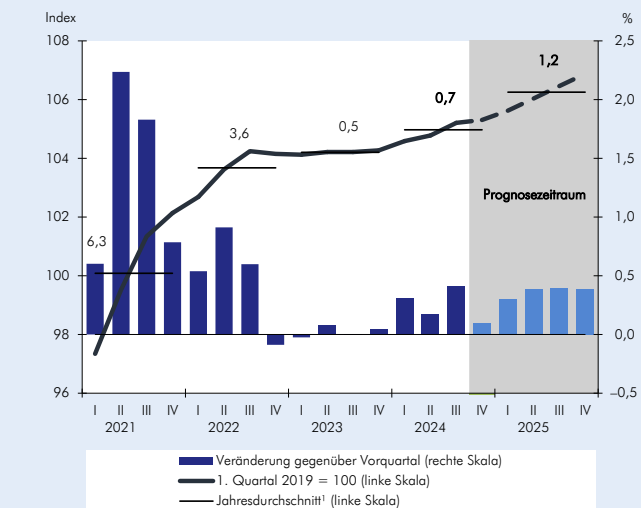
¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Verhaltene Konjunktur im Euroraum

Die konjunkturelle Dynamik im Euroraum hat sich im laufenden Jahr beschleunigt, bleibt jedoch alles in allem verhalten. Im dritten Quartal 2024 nahm die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 0,4% zu, dem höchsten Wert seit zwei Jahren (vgl. Abbildung 5). Ohne Irland, wo das Bruttoinlandsprodukt um 3,5% zunahm, betrug der Anstieg allerdings nur 0,3%. Die privaten Konsumausgaben nahmen dabei vor dem Hintergrund gestiegener Realeinkommen um 0,7% zu und waren damit der Haupttreiber der Expansion. Die private Investitionstätigkeit (ohne Irland) stagnierte vor dem Hintergrund erhöhter Unsicherheit und weiterhin hoher Finanzierungskosten. Auch die Warenexporte waren zuletzt stark rückläufig, sodass der Warenhandel die Expansion rein rechnerisch dämpfte. Vom Dienstleistungshandel (ohne Irland) gingen hingegen leicht positive Impulse aus, die jedoch auf stärker sinkende Importe zurückzuführen waren. Geografisch betrachtet ist die jüngste konjunkturelle Dynamik außerordentlich homogen. Die Spanne der Zuwachsraten der einzelnen Mitgliedstaaten war in den vergangenen beiden Quartalen so gering wie zuletzt vor der Weltfinanzkrise. Höchst unterschiedlich ist freilich die Entwicklung seit dem Vorabend der Pandemie. Während die deutsche Wirtschaft auf Fünf-Jahres-Frist stagniert, betrug im gleichen Zeitraum der Zuwachs im ungewichteten Mittel der übrigen Länder knapp 10%. Im Euroraum als Ganzes nahm die Wirtschaftsleistung um knapp 5% zu.

Abbildung 5
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Die Verbraucherpreisinflation ist in der zweiten Jahreshälfte 2024 zurückgegangen und lag im Herbst erstmals seit über drei Jahren wieder in der Nähe der geldpolitischen Zielmarke. Nachdem diese im September mit 1,7% sogar unterschritten wurde, stieg die Inflationsrate zuletzt wieder auf 2,3%. Die jüngste Dynamik ist vor allem auf die seit dem Spätsommer negative Energiepreisinflation zurückzuführen, die sich jedoch im Verlauf des Herbstes abschwächte und damit den gesamtwirtschaftlichen Preisauftrieb weniger stark dämpfte. Anhaltender Teuerungsdruck geht dagegen weiterhin vom Dienstleistungssektor aus. Bedingt durch hohe Lohnsteigerungen liegt die Teuerungsrate dort seit über einem Jahr bei rund 4,0%. Insbesondere aufgrund unterschiedlicher Basiseffekte bei den Energiepreisen ist die Bandbreite der Inflationsraten in den Mitgliedsländern weiterhin hoch. Sie reichte im November von 0,5% in Irland bis 5,0% in Belgien. In den größten Volkswirtschaften sind die Inflationsdifferenzen hingegen auf unterschiedlich hohe Preissteigerungen bei den Dienstleistungen zurückzuführen.

Die Arbeitslosenquote ist im Verlauf des Jahres nochmals gesunken und hat zuletzt mit 6,3% ein neues historisches Tief erreicht. Diese Dynamik ist insbesondere auf starke Rückgänge in Italien und Spanien zurückzuführen. Auf diese beiden Länder entfällt auch der Großteil des Beschäftigungsaufbaus im Euroraum im laufenden Jahr, welcher sich auf etwa 1 Million Stellen belief. In den beiden größten Volkswirtschaften des Währungsgebiets stagniert die Zahl der Beschäftigten jedoch weitestgehend, in den privaten Dienstleistungsbereichen und der Bauwirtschaft ist sie sogar rückläufig, in Deutschland auch im Verarbeitenden Gewerbe. Die Löhne stiegen zuletzt um über 5% und damit deutlich stärker als das allgemeine Preisniveau.

Restriktionsgrad der Geldpolitik im Euroraum lässt nach

Die Hochzinsphase im Euroraum geht zu Ende. Noch im Juni 2024 war der Hauptrefinanzierungssatz mit 4,5% so hoch, wie er zuvor nur in der Anfangszeit der Währungsunion zu Beginn der 2000er gewesen war. Mittlerweile hat die EZB den Zinssatz um mehr als 100 Basispunkte auf 3,4% gesenkt, und weitere Senkungen werden bis Ende des

Jahres und im Laufe des Jahres 2025 erwartet. Sie sind durch das Mandat der Zentralbank gedeckt, denn die Inflation ist stetig gesunken und befindet sich nun nahe dem 2%-Ziel, was vor allem auf die sinkenden Energiekosten zurückzuführen ist. Auch die Inflationserwartungen scheinen gut verankert. Sowohl die marktbasierten als auch die umfragebasierten Messwerte professioneller Prognostiker sind seit dem zweiten Quartal 2024 in der Nähe des Zielwerts. Zudem dürfte die Schwäche einiger Volkswirtschaften, insbesondere der deutschen, Anlass zu einer Lockerung der Geldpolitik gegeben haben. Die anderen Leitzinsen liegen derzeit bei 3,25% für die Einlagefazilität und bei 3,65% für die Spitzenrefinanzierungsfazilität.

Das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) läuft nach und nach aus, da die Kapitalzahlungen aus fällig werdenden Wertpapieren nicht mehr reinvestiert werden. Im Rahmen des Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) werden Einnahmen aus fällig gewordenen Wertpapieren seit dem zweiten Quartal 2024 nur noch teilweise reinvestiert, wodurch sich das PEPP-Portfolio um durchschnittlich 7,5 Mrd. Euro pro Monat verringert. Es ist geplant, die Reinvestitionen bis Ende dieses Jahres vollständig einzustellen.

Die Lockerung der Geldpolitik hat auch in der Rendite der Staatsanleihen im Euroraum (AAA-Rating, zehnjährige Laufzeit) Niederschlag gefunden. Mit etwa 2% sind sie Anfang Dezember deutlich niedriger als im Schnitt der vergangenen zwei Jahre.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen leicht verbessert. Die Zinssätze für neue Wohnungsbau- und Verbraucherkredite haben sich stabilisiert oder sind etwas zurückgegangen, nachdem sie seit Ende 2021 stetig gestiegen waren. Auch die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen kehrt allmählich auf das Niveau von Anfang 2023 zurück. Insgesamt haben die Kredite an private Haushalte und Unternehmen wieder etwas zugelegt, nachdem sie im letzten Quartal 2023 in den negativen Bereich gerutscht waren.

Der jüngste Bank Lending Survey (BLS) zeigt, dass sich zuletzt die Zahl der Banken, die ihre Kreditstandards für Unternehmenskredite verschärften, und die Zahl derer, die sie lockerten, die Waage gehalten haben. Die Risikowahrnehmung und die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung und die EZB-Politik haben der Umfrage zufolge nur noch wenig zugenommen. Zum ersten Mal seit Ende des Jahres 2022 berichten etwas mehr Banken über eine Zunahme der Nachfrage nach Unternehmenskrediten als über eine Abnahme. Die Kreditnachfrage der privaten Haushalte ist seit dem zweiten Quartal 2024 sogar deutlich gestiegen. Hier dürften die Lockerung der EZB-Politik und günstigere Kreditstandards eine Rolle spielen. Der BLS berichtet, dass die meisten Banken ihre Kreditrichtlinien für den Immobilienmarkt im Jahr 2024 lockern.

Neues fiskalpolitisches Regelwerk der EU vor der ersten Bewährungsprobe

Im Jahr 2024 dürfte das zusammengefasste Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum mit 3% um etwa einen halben Prozentpunkt niedriger ausfallen als im Jahr 2023. Der Rückgang geht zu einem erheblichen Teil auf Italien zurück, wo großzügige Subventionen von Gebäuderenovierungen (Superbonus-Programm) auslaufen.

Ab dem Jahr 2025 gilt in der Europäischen Union ein neues finanzpolitisches Regelwerk. Zentrale Größe für eine Beurteilung der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik eines Landes ist ein detailliert definierter Nettoausgabenpfad. Die Veränderung dieser Nettoausgaben⁶ ist anstelle der Veränderung des strukturellen Primärdefizits das neue Kommissions-Maß für den finanzpolitischen Impuls (den *fiscal stance*). Weil konjunkturabhängige Einnahmen in diese Größe nicht einfließen, wird eine Konjunkturbereinigung lediglich bei den Ausgaben für Arbeitslosenversicherungen vorgenommen. Sowohl nach dem alten als auch nach dem neuen Maß ergibt sich wie für 2024 auch für das Jahr 2025 ein insgesamt moderat restriktiver finanzpolitischer Kurs im Euroraum.⁷ Das zusammengefasste Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum dürfte sich im Jahr 2025 alles in allem auf etwa 2,8% belaufen.

Für das Jahr 2026 rechnet die EU-Kommission mit einer in etwa neutralen Ausrichtung der Finanzpolitik, obwohl sie den Mitgliedsstaaten Ausgabenpfade empfohlen hat, die eine Fortsetzung des Konsolidierungskurses im Euroraum bedeuten würden. Jedoch scheinen die von den Mitgliedsstaaten angekündigten Maßnahmen nicht konkret genug.

⁶ Zuzüglich der öffentlichen Ausgaben für EU-mitfinanzierte Projekte und abzüglich des nominalen Potenzialwachstums.

⁷ Laut der im November veröffentlichten Prognose der EU-Kommission signalisiert das neue Maß für 2024 einen um 0,3 Prozentpunkte relativ zum Bruttoinlandsprodukt weniger restriktiven Kurs als die Veränderung des strukturellen Saldos.

Stattdessen spricht es die Kommission explizit als Risiko für ihre Konjunkturprognose an, dass sich die Mitgliedstaaten an ihre ehrgeizigen Mittelfristplanungen auch tatsächlich halten. Während der Kommissionsprognose beispielsweise für Frankreich ein Defizit von 5,4% zugrunde liegt, enthält der französische Mittelfristplan für 2026 eine Defizitquote von nur 4,6%. Der Mittelfristplan scheint optimistisch, auch angesichts der Tatsache, dass schon der restriktive Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 zu einem Misstrauensvotum des französischen Parlaments gegen die Regierung geführt hat.

Ausblick

Sowohl umfragebasierte als auch realwirtschaftliche Indikatoren deuten derzeit auf eine konjunkturelle Abkühlung hin. So liegt der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission unter seinem langjährigen Mittelwert, und auch der Einkaufsmanagerindex (S&P Global, Gesamtwirtschaft) fiel im November unter die Schwelle, die eine Stagnation anzeigt. Besonders stark war hierbei der Rückgang der Aktivität im Dienstleistungsbereich. Aber auch die anhaltende Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe scheint sich weiter fortzusetzen. Die überdurchschnittlich hohen Ersparnisse der privaten Haushalte sind in diesem Jahr weiter gestiegen und deuten auf eine hohe Unsicherheit und eine gedämpfte Konsumbereitschaft hin. Die inländische Kreditvergabe ist jüngst wieder etwas stärker gestiegen. Sie spricht jedoch derzeit allenfalls für eine leichte Belebung der Unternehmensinvestitionen oder der Anschaffungen privater Haushalte.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Winterhalbjahr lediglich ein geringes Expansionsstempo aufweisen. Erst ab dem Frühjahr des kommenden Jahres ist mit einer Zunahme der Dynamik zu rechnen. Der Anstieg der Nominallöhne dürfte sich gemäß einem Indikator des Jobportals *Indeed* zwar spürbar verlangsamen, jedoch weiterhin zu einem starken Zuwachs der Realeinkommen führen und die privaten Haushalte zu einer Ausweitung ihrer Ausgaben bewegen.

Die konjunkturelle Entwicklung ist jedoch mit Risiken behaftet. Einerseits besteht die Gefahr möglicher Handelshemmnisse seitens der neuen US-Administration. Andererseits lastet die hohe politische Unsicherheit in Deutschland und Frankreich auf der Konjunktur. In Verbindung mit der hohen und weiter steigenden Verschuldung stellt die politische Lage in Frankreich zudem eine Gefahr für die finanzielle Stabilität des gesamten Währungsgebietes dar. Aufwärtsrisiken bestehen in einer stärkeren und schnelleren Lockerung der Geldpolitik. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2024 um 0,7% und in den darauffolgenden Jahren um 1,2% bzw. 1,5% zunehmen (vgl. Tabelle 3).

Jüngste Umfragen zu Preiserwartungen von Unternehmen deuten auf eine Dynamik hin, die mit einer jährlichen Preissteigerung von etwa 2% einhergeht. Dies dürfte sich in den kommenden Monaten in einem entsprechenden Rückgang der Kerninflation niederschlagen. Durch den jüngsten Rückgang des Ölpreises dürfte zudem die Energiepreiskomponente die Gesamtinflation über weite Teile des kommenden Jahres dämpfen, sodass diese zwischenzeitlich die Zwei-Prozent-Marke unterschreiten dürfte. Mit dem Auslaufen der günstigen Effekte vonseiten der Energiepreise gegen Ende des Jahres 2025 wird sie bis zum Ende des Prognosezeitraums auf einem Niveau verharren, welches dem geldpolitischen Ziel der EZB entspricht. Nach 2,3% in diesem Jahr dürfte sie im Durchschnitt der kommenden beiden Jahre 1,8% bzw. 2,0% betragen.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,7	1,2	1,5
privater Konsum	0,6	0,9	1,1	1,4
öffentlicher Konsum	1,6	2,3	1,8	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	-1,9	3,1	2,3
inländische Verwendung	0,1	0,3	1,7	1,6
Exporte ¹	-0,7	1,0	2,2	4,2
Importe ¹	-1,3	0,1	3,3	4,2
Außenbeitrag ²	0,3	0,5	-0,4	-0,1
Verbraucherpreise ³	5,4	2,3	1,8	2,0
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-3,6	-3,0	-2,8	-2,8
Leistungsbilanzsaldo	1,7	3,1	3,0	2,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	6,6	6,4	6,3	6,2

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Umfragen zu Einstellungsabsichten von Unternehmen deuten darauf hin, dass sich der Beschäftigungsaufbau etwas verlangsamt und erst im Zuge einer kräftigeren Erholung wieder anzieht. Die Arbeitslosenquote dürfte zunächst weitestgehend konstant bleiben und erst ab Ende des kommenden Jahres wieder sinken. Nach durchschnittlich 6,4% und 6,3% in den Jahren 2024 und 2025 sinkt sie 2026 auf 6,2% (vgl. Tabellen 3 und 4).

Konjunkturelle Belebung in Großbritannien

In Großbritannien hat die Konjunktur das Jahr 2024 über etwas angezogen. Das betrifft sowohl den privaten und öffentlichen Konsum als auch die Investitionen, einschließlich des Häuserbaus. Die Immobilienpreise steigen wieder. Seit über einem Jahr nehmen auch die Reallöhne wieder zu, denn die Verbraucherpreis-inflation, die im Jahr 2023 noch 7,3% betrug, geht rasch zurück, und die Nominallöhne steigen deutlich. Von den Wirtschaftszweigen sind es im Wesentlichen die Dienstleistungen, die von der Belebung profitieren. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe stagniert dagegen, und die Exporte (einschließlich derer von Dienstleistungen) sind sogar rückläufig. Das Leistungsbilanzdefizit der britischen Volkswirtschaft dürfte sich in diesem Jahr auf etwa 6½% relativ zum Bruttoinlandsprodukt ausweiten. Im dritten Quartal hat die Produktion nur noch wenig expandiert, vor allem, weil die zuvor hohe Dynamik des Staatskonsums nachgelassen hat. Zudem hat sich gegen Jahresende die Stimmung in den Unternehmen eingetrübt. Ein Grund dafür dürfte sein, dass die neue Regierung eine deutliche Erhöhung der Unternehmensbeiträge zur öffentlichen Sozialversicherung beschlossen hat. Darüber hinaus hat die Regierung die Fiskalregeln etwas gelockert, um den Restriktionsgrad der britischen Finanzpolitik mindern zu können und insbesondere die Ausgaben für staatliche Dienstleistungen und Infrastruktur etwas zu erhöhen, die beide in der Öffentlichkeit als mangelhaft empfunden werden. Dennoch dürfte das Staatsdefizit weiter sinken, von reichlich 3% im vergangenen Fiskaljahr auf etwa 2% im Fiskaljahr 2025/2026. Die Geldpolitik wirkt vorerst weiter restriktiv, auch wenn die Bank von England ihren Leitzins im November von 5% auf 4,75% gesenkt hat. Weitere Schritte sind nur nach und nach zu erwarten. Wenn die Verbraucherpreis-inflation zuletzt mit 2,3% nah an der 2%-Zielmarke war, so lag das vor allem an fallenden Energiepreisen, und die Kernrate ist mit 3,3% immer noch recht hoch. Was die Konsumnachfrage in Jahr 2025 stützen wird, ist eine weitere Zunahme der Reallöhne, weil die Arbeitsmärkte nach wie vor eng bleiben. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,9% expandieren, und für das Jahr 2025 ist mit einem Zuwachs von 1,2% zu rechnen.

Binnenwirtschaftlich getriebene Erholung der Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Mitglieds-ländern der EU

Die EU-Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa waren in den vergangenen Jahren vom Preisschub bei Energie und Nahrungsmitteln hart getroffen worden, denn diese Güter machen in der Region einen besonders hohen Anteil an den Haushaltsbudgets aus. Noch im Jahr 2024 sind mancherorts öffentliche Programme zur Subventionierung des privaten Energieverbrauchs in Kraft, auch wenn die Energiepreise wieder stark gefallen sind. Die Verbraucherpreis-inflation hat in den Visegrád-Ländern Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn eine Größenordnung von 3% bis 4%. Die Löhne steigen derweil sehr viel stärker, vor allem in Polen und Ungarn, und die Konsumnachfrage hat, wenn auch in der Regel verhalten, im Lauf des Jahres wieder angezogen. Das Exportgeschäft war dagegen schleppend, auch wegen der schwachen Nachfrage aus dem Rest der Europäischen Union. Wie in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften, so stagnierte die Industrieproduktion auch in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU.

Infolge der sinkenden Inflation wurde die Geldpolitik im Jahr 2024 gelockert, in Tschechien und Ungarn recht deutlich, aber in Polen und Rumänien, Ländern mit einer besonders kräftigen Lohndynamik, nur zögerlich. Für das Jahr 2025 ist mit weiteren Zinssenkungsschritten zu rechnen. Die finanzpolitische Ausrichtung dürfte in der Ländergruppe im Jahr 2025 in der Regel in etwa neutral sein, im Jahr 2024 gab es aber Unterschiede: In Polen waren die öffentlichen Ausgaben wegen sozialpolitischer Ausgaben und Rüstungsinvestitionen hoch, während in Tschechien und Rumänien das Auslaufen von Energiesubventionen einen restriktiven Impuls bedeutete. In Ungarn unterblieben viele öffentliche Investitionen, weil die EU die Kofinanzierung aus politischen Gründen unterband.

Außerhalb Ungarns sind EU-finanzierte Investitionen eine wichtige Stütze der Konjunktur, und das wird auch im Jahr 2025 so sein. Zudem werden steigende Reallöhne die Konsumnachfrage weiterhin stärken. Das Exportgeschäft dürfte

dagegen verhalten bleiben, denn die Konjunktur in den westeuropäischen Handelspartnern bleibt recht schwach. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union im Jahr 2024 um 1,7% und im Jahr 2025 um 3,0% steigen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Deutschland	24,4	−0,1	−0,2	0,6	1,0	6,1	2,4	1,8	2,3	3,0	3,4	3,4	3,3
Frankreich	16,4	1,1	1,1	0,9	1,5	5,7	2,3	1,3	2,0	7,4	7,4	7,5	7,5
Italien	12,4	0,8	0,5	0,8	1,1	5,9	1,1	1,4	1,8	7,7	6,8	6,6	6,7
Spanien	8,7	2,7	3,1	2,3	1,8	3,4	2,8	2,1	2,0	12,2	11,3	11,0	10,5
Niederlande	6,2	0,1	0,9	1,6	1,5	4,1	3,2	2,3	1,9	3,6	3,6	3,7	3,7
Belgien	3,4	1,3	1,0	1,3	1,6	2,3	4,3	2,7	1,9	5,5	5,5	5,6	5,5
Irland	3,0	−5,7	−0,5	4,0	3,6	5,2	1,2	1,9	1,8	4,3	4,3	4,1	4,0
Österreich	2,8	−0,8	−0,9	1,1	1,7	7,7	2,8	2,1	1,7	5,1	5,1	5,3	5,2
Finnland	1,6	−1,2	−0,3	1,5	1,8	4,3	1,0	2,2	1,8	7,2	8,2	8,2	8,0
Portugal	1,5	2,5	1,6	1,8	2,0	5,3	2,7	2,1	1,9	6,6	6,4	6,3	6,2
Griechenland	1,3	2,0	2,4	2,3	2,0	4,2	3,0	2,5	2,1	11,1	10,1	9,5	9,5
Slowakei	0,7	1,4	2,0	2,0	2,9	11,0	3,2	5,0	3,0	5,8	5,4	5,3	5,0
Luxemburg	0,5	−1,1	0,5	2,5	2,3	2,9	2,2	2,4	2,0	5,2	5,8	5,7	5,6
Kroatien	0,4	3,3	3,6	2,4	2,6	8,4	4,0	3,5	2,2	6,1	5,1	4,6	4,5
Litauen	0,4	0,4	2,4	2,9	3,1	8,7	0,8	1,8	1,9	6,9	7,6	7,9	7,0
Slowenien	0,4	2,4	1,1	2,6	2,7	7,2	1,9	3,0	2,1	3,7	3,4	3,3	3,2
Lettland	0,2	1,2	−0,2	1,7	2,4	9,1	1,3	2,2	2,2	6,5	6,9	6,6	6,5
Estland	0,2	−3,1	−0,7	2,0	2,4	9,1	3,7	3,6	2,5	6,4	7,6	7,8	7,3
Zypern	0,2	2,6	3,6	2,2	2,5	3,9	2,3	2,2	2,0	5,9	5,2	5,0	4,4
Malta	0,1	7,0	5,9	3,6	3,6	5,6	2,5	2,3	2,0	3,5	3,1	3,0	2,8
Euroraum insgesamt	84,9	0,5	0,7	1,2	1,5	5,4	2,3	1,8	2,0	6,6	6,4	6,3	6,2
Euroraum ohne Deutschland	60,5	0,8	1,1	1,5	1,7	5,2	2,3	1,9	1,9	7,8	7,4	7,3	7,2
Polen	4,4	0,1	2,5	3,7	3,5	10,8	3,8	4,2	3,0	2,8	2,9	2,8	2,7
Schweden	3,1	−0,1	0,5	2,1	2,3	5,9	1,9	1,8	2,0	7,7	8,4	8,3	8,0
Dänemark	2,2	2,5	2,9	2,1	1,5	3,4	1,3	2,0	1,9	5,1	5,9	5,8	5,8
Rumänien	1,9	2,4	0,7	3,1	3,3	9,7	5,7	3,9	3,5	5,6	5,3	5,5	5,4
Tschechien	1,8	0,0	1,0	2,6	2,8	12,0	2,7	2,4	2,0	2,6	2,8	2,6	2,6
Ungarn	1,1	−0,8	0,6	2,1	3,2	17,0	3,6	3,4	3,0	4,0	4,3	4,1	4,0
Bulgarien	0,5	2,0	2,2	2,7	3,1	8,6	2,5	2,3	2,0	4,3	4,2	4,0	3,8
EU 27 ⁴	100,0	0,5	0,9	1,5	1,7	6,0	2,4	2,0	2,1	6,0	5,9	5,8	5,7
MOE-Länder ⁵	12,2	0,7	1,7	3,0	3,2	11,0	3,6	3,6	2,8	4,0	4,0	3,9	3,8

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. – ² Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ³ Standardisiert. – ⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023. – ⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Deutsche Wirtschaft in der Strukturkrise

Zum Jahresende 2024 setzt sich die Stagnation der deutschen Wirtschaft fort. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist weiterhin nur in etwa so hoch wie vor fünf Jahren. Sie liegt damit knapp 5% unter dem in der Mittelfristprojektion des IWH vom Dezember 2019 für das Jahr 2024 prognostizierten Niveau. Seitdem hat von den Verwendungsaggregaten allein der Staatskonsum zugelegt. Auch im dritten Quartal 2024 hat der Staatskonsum mit 0,4% kräftig expandiert. Der private Konsum nahm mit 0,3% um weniger zu, als er im zweiten Quartal gefallen war (-0,5%). Die Exporte sind im Sommerhalbjahr zurückgegangen, und zwar sehr deutlich (vgl. Tabelle 5). Sie sind derzeit lediglich so hoch wie Anfang des Jahres 2019. Gar um 13% unter ihrem Stand vom ersten Halbjahr 2019 lagen im dritten Quartal die Ausrüstungsinvestitionen: Mit dem schlechteren Exportgeschäft scheint auch der Bedarf an neuen Ausrüstungen zu

sinken. Auch der Wohnungsbau ist im dritten Quartal gesunken, um 0,6%. Er wird durch die hohen Zinsen stärker als andere Verwendungsaggregate belastet, allerdings begann sein rückläufiger Trend vor dem Zinsschock, nämlich schon im Jahr 2021, als die Bauwirtschaft in eine Kostenkrise geriet.

Tabelle 5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-0,4	0,8	0,0	0,0	0,1	-0,5	0,3	0,0	0,3	0,5	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	0,2	-0,2	1,2	0,7	-0,3	1,6	0,4	0,3	-0,3	0,0	0,7	0,7
Bauten	1,3	-0,7	-1,3	-1,9	0,7	-2,2	-0,3	-0,6	0,1	0,3	0,4	0,5
Ausrüstungen	-1,0	-0,2	0,5	-2,1	-1,3	-3,4	-0,2	0,2	0,1	0,3	0,6	0,7
sonstige Anlagen	1,7	1,0	0,9	1,4	1,4	0,6	0,6	0,1	0,9	0,9	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ²	-0,3	-0,1	-0,2	-0,7	0,0	0,4	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-0,3	0,2	-0,1	-0,9	0,1	0,1	1,0	0,0	0,1	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ²	0,5	-0,4	0,3	0,5	0,2	-0,4	-0,9	-0,1	0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Exporte	0,2	-0,4	-0,7	-0,9	1,4	0,2	-1,9	0,9	0,8	0,4	0,4	0,4
Importe	-1,0	0,5	-1,4	-2,0	1,0	1,2	0,2	1,2	0,7	0,7	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	0,1	-0,2	0,2	-0,4	0,2	-0,3	0,1	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,3

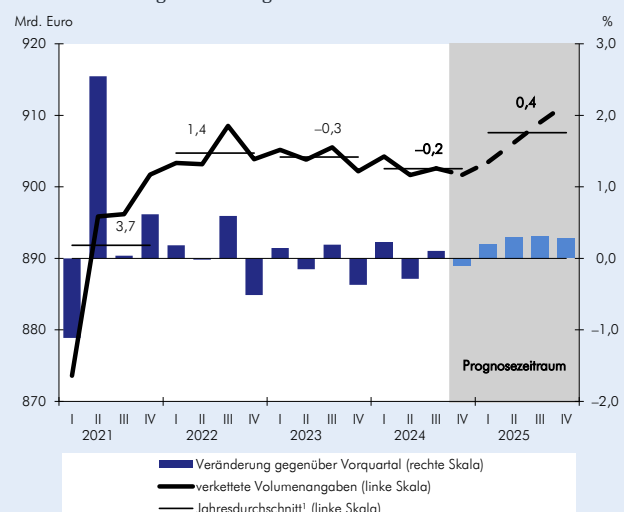
¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Externe Schocks erklären auch die rückläufigen Ausfuhren nur zum Teil. Der Stopp der russischen Gaslieferungen hat die Produktionskosten der energieintensiven Branchen wie der Chemieindustrie erhöht und ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschadet, und im Zuge der Umstellung der Autoproduktion von Verbrenner- auf Elektroantrieb geht den deutschen Produzenten ihre Technologieführerschaft zugunsten chinesischer Autobauer abhanden. Allerdings haben auch andere wichtige Zweige des Verarbeitenden Gewerbes, so der Maschinenbau, an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber chinesischen Anbietern eingebüßt, und für die in den USA und anderswo boomende Digitalwirtschaft ist Deutschland kein wichtiger Standort. Eine Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit ist nicht rasch zu erreichen, Probleme wie die Alterung der Erwerbsbevölkerung und der Fachkräftemangel, Überregulierung und Mängel bei der Bereitstellung von Kapital für junge Unternehmen sind nicht leicht zu lösen. Diese strukturellen Probleme werden jetzt einer breiteren Öffentlichkeit bewusst und führen zu Verunsicherung, mit der Folge, dass einerseits Unternehmen Investitionen hintanstellen und sich andererseits die Sparquote der privaten Haushalte erhöht, im dritten Quartal auf 11,8% und damit deutlich über ihr Niveau von vor der Pandemie. Dazu kommt die wirtschaftspolitische Unsicherheit, die durch die bevorstehenden Neuwahlen noch erhöht worden ist. Aber schon vor dem Ende der Ampelkoalition war sie gemessen am *Economic Policy Indicator*, der auf der Auswertung von Zeitungsartikeln beruht, hierzulande deutlich höher als in anderen europäischen Ländern oder in den USA. Auch dürfte unter den privaten Haushalten die Sorge um den Arbeitsplatz zunehmen, denn der Beschäftigungsaufbau ist insgesamt zum Stillstand gekommen, und außerhalb des öffentlichen Sektors wird Beschäftigung abgebaut.

Abbildung 6**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Für das Jahresschlussquartal zeichnet sich eine erneute Stagnation des Bruttoinlandsprodukts ab (vgl. Abbildung 6). Das ifo Geschäftsklima befindet sich deutlich auf Kontraktionsniveau, und die Indikatoren für die Konsumentenstimmung sind nach einer längeren Erholungsphase im November wieder ein Stück weit gesunken. In den ersten Monaten des kommenden Jahres wird dämpfend wirken, dass eine vorläufige Haushaltsführung des Bundes die öffentlichen Ausgaben limitiert, denn wegen des Endes der Ampel-Koalition ist eine Verabschiedung des Bundeshaushalts für 2025 nicht mehr zustande gekommen. Wenn eine Regierungsbildung im Lauf des ersten Halbjahrs 2025 einen Rückgang der wirtschaftspolitischen Unsicherheit bewirkt, dürften die Verbraucher ihre Kaufzurückhaltung ein Stück weit aufgeben und eine Zunahme des privaten Konsums für eine konjunkturelle Erholung sorgen. Schließlich sind die realen Nettolöhne (auch wegen der bis vor kurzem günstigen Beschäftigungsentwicklung) die vergangenen beiden Jahre über deutlich gestiegen. Sie sind auch höher als vor dem Inflationsschub im Jahr 2022. Auch die lockerere Geldpolitik hilft der Konjunktur. Ein kräftiger Aufschwung ist indes nicht zu erwarten, denn Exporte wie Investitionen dürften aufgrund der genannten Probleme verhalten bleiben.

Tabelle 6**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
statistischer Überhang ¹	–0,1	–0,2	–0,1	0,4
Jahresverlaufsrate ²	–0,2	–0,1	1,1	0,8
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	–0,1	–0,2	0,6	1,0
Kalendereffekt ³	–0,2	0,0	–0,1	0,3
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	–0,3	–0,2	0,4	1,3

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Alles in allem geht das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2024 um 0,2% zurück (vgl. Tabelle 6, arbeitstäglich bereinigt ebenso um 0,2%), vor allem aufgrund des Rückgangs von Konsumausgaben und Exporterlösen (vgl. Tabelle 7). Im Jahr 2025 dürfte die Produktion um 0,4% und im Jahr 2026 um 1,3% steigen (vgl. Abbildung 7).⁸

Nach vorliegender Prognose kommt die deutsche Wirtschaft erst gegen Ende des Jahres 2026 wieder auf ihren langfristigen Wachstumspfad (vgl. Kasten 1). Die Verbraucherpreisinflation liegt im Jahr 2024 bei 2,2%, sie dürfte im Jahr 2025 wegen niedrigerer Energiepreise auf 2,0% sinken. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2025 in etwa stagnieren und im Jahr darauf im Zuge einer konjunkturellen Erholung leicht zunehmen.

Tabelle 7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben	–0,2	0,5	0,6	0,9
private Konsumausgaben	–0,2	0,0	0,4	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,5	0,2	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	–0,3	–0,6	0,0	0,7
Bauten	–0,4	–0,4	–0,1	0,3
Ausrüstungen	–0,1	–0,4	0,0	0,3
sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,1	0,4	–0,1
inländische Verwendung	–0,4	0,0	1,1	1,5
Außenbeitrag	0,1	–0,2	–0,7	–0,2
Exporte	–0,1	–0,2	0,4	1,1
Importe	0,3	0,0	–1,1	–1,3
Bruttoinlandsprodukt	–0,3	–0,2	0,4	1,3

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

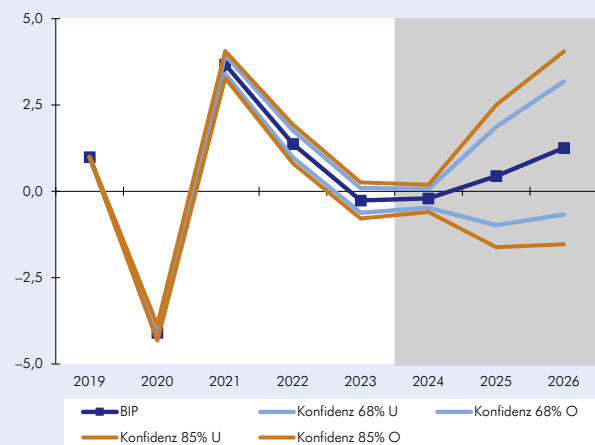
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

⁸ Für das Jahr 2024 reicht das 68%-Prognoseintervall für die Veränderungsrate des Bruttoinlandsproduktes von –0,5% bis 0,1%, für das Jahr 2025 von –0,9% bis 1,9% und für 2026 von –0,5% bis 3,3% (vgl. Abbildung 7). Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Für die vorliegende Prognose lassen sich erhebliche Risiken ausmachen. Zum einen haben jüngst große Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, etwa im Fahrzeugbau, einen erheblichen Abbau ihrer Beschäftigung angekündigt. Dabei geht es um viele gut bezahlte Stellen. Sollten die Meldungen über Stellenstreichungen in großem Stil anhalten, könnte die Verunsicherung weiter zunehmen, und die hier prognostizierte Erholung der Konsumnachfrage im kommenden Jahr würde sich wohl nicht einstellen. Ein Grund für eine weitere Verschlechterung der Absatzaussichten könnten deutliche Zollerhöhungen in den USA sein, wie sie der gewählte Präsident angekündigt hat. Denn die USA sind für deutsche Exporteure ein Haupt-Absatzmarkt, der zuletzt noch an Bedeutung gewonnen hat. Generell würde ein weltweiter Handelskrieg die exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders hart treffen. Schließlich gibt es noch ein innenpolitisches Risiko: Soll die wirtschaftliche Zuversicht wieder zunehmen, müsste es im kommenden Frühjahr zur Bildung einer stabilen Regierung mit erkennbarem wirtschaftspolitischen Konzept kommen. Das ist in der vorliegenden Prognose unterstellt, eine Garantie dafür kann es aber nicht geben.

Abbildung 7
Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Zur Prognosegüte und zur Anpassung der Prognose für 2024

Im dritten Quartal 2024 verzeichnete die gesamtwirtschaftliche Produktion einen leichten Anstieg von 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Die am 5. September 2024 veröffentlichte IWH-Herbstprognose hat diese Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) präzise antizipiert und somit die gesamtwirtschaftliche Dynamik zutreffend eingeschätzt.⁹ Die Prognosegenauigkeit erstreckte sich auch auf die Beiträge der inländischen Verwendung und des Außenbeitrags. Jedoch wurde hierbei ein schwächerer Beitrag des privaten Konsums durch einen stärkeren öffentlichen Konsum kompensiert.

Die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen wurde vom IWH zu optimistisch eingeschätzt, da mit einer Gegenbewegung auf das kräftige Minus von 3,4% im zweiten Quartal gerechnet wurde. Allerdings war nach den jüngst veröffentlichten Zahlen vom Statistischen Bundesamt ein weiterer Rückgang der Ausrüstungen zu verzeichnen, sodass der Prognosefehler bei 3,4 Prozentpunkten lag. Die Bauinvestitionen hingegen haben sich weniger schlecht entwickelt als erwartet, sodass der Prognosefehler bei gut einem Prozentpunkt lag. Insbesondere der Wohnbau wurde deutlich unterschätzt; der Rückgang fiel hier weniger stark aus als noch in der IWH-Herbstprognose prognostiziert. Auch der gewerbliche Bau überraschte mit einer geringfügig positiven Rate.

Private Haushalte erhöhten ihren Konsum im dritten Quartal 2024 ebenso wie der öffentliche Sektor stärker als in der IWH-Prognose vom September 2024 angenommen, was zu einer Unterschätzung von jeweils 0,2 Prozentpunkten führte. Die Entwicklungen bei Exporten und Importen wurden um 2,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte überschätzt.

Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt nahm die Bruttowertschöpfung im dritten Quartal 2024 gegenüber dem Vorquartal um 0,2% ab, maßgeblich bedingt durch einen kräftigen Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe (-1,4%). Das IWH hatte im September mit einer ähnlichen Dynamik von Bruttowertschöpfung und BIP gerechnet, sodass die Entwicklung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,3 Prozentpunkte überschätzt wurde. Nahezu in allen Wirtschaftsbereichen, mit Ausnahme der öffentlichen und sonstigen Dienstleister, waren die Prognosen des IWH optimistischer als die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen.

⁹ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur: Moderate Expansion in der Welt – Deutschland weiter in der Stagnation*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 12 (3), 2024, 94–123.

Tabelle 8**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2024**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

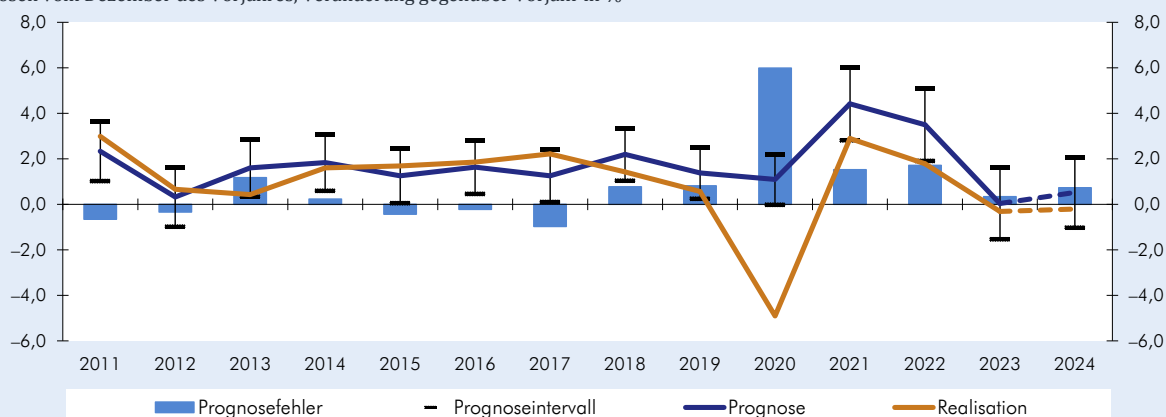
	IWH-Herbstprognose 2024		IWH-Jahresausblick 2025		Prognosekorrektur für 2024	
	Prognosewerte für 2024				Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
inländische Verwendung	-0,4	-0,3	0,0	0,0	0,4	0,3
privater Konsum	0,4	0,2	0,0	0,0	-0,4	-0,2
staatlicher Konsum	1,9	0,4	2,3	0,5	0,4	0,1
Bauten	-3,8	-0,4	-3,6	-0,4	0,2	0,0
Ausrüstungen	-4,2	-0,3	-5,6	-0,4	-1,4	-0,1
sonstige Anlageinvestitionen	4,4	0,2	3,9	0,1	-0,5	-0,1
Vorratsveränderungen	-	-0,5	-	0,1	-	0,6
Außenbeitrag	-	0,4	-	-0,2	-	-0,6
Ausfuhr	0,2	0,1	-0,4	-0,2	-0,6	-0,3
Einfuhr	-0,8	0,3	0,1	-0,0	0,9	-0,3
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,0	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
<i>nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	2,5	-	2,8	-	0,3	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,8	-	0,7	-	-0,1	-
Welthandel	1,5	-	1,9	-	0,4	-
Verbraucherpreise	2,3	-	2,2	-	-0,1	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Gemäß der aktuellen Prognose dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2% zurückgehen (vgl. Tabelle 8). Die Prognosekorrektur von 0,2 Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst für das Gesamtjahr resultiert hauptsächlich aus Datenrevisionen für das erste Halbjahr durch das Statistische Bundesamt sowie einer Anpassung der Prognose für das vierte Quartal. Da das dritte Quartal vom IWH korrekt prognostiziert wurde, haben Prognosefehler keinen Einfluss. In seiner Dezember-Prognose im Jahr 2023 hatte das IWH einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,5% für das Folgejahr prognostiziert.¹⁰

Abbildung 8**Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr**

Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Aus heutiger Sicht liegt der erwartete Prognosefehler bei 0,7 Prozentpunkten und damit höher als im Vergleich zu vorherigen IWH-Prognosen (vgl. Abbildung 8). Der durchschnittliche Prognosefehler des IWH für Prognosen des

¹⁰ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur: Export und privater Konsum schwach – Deutschland wartet auf den Aufschwung*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 11 (4), 2023, 101–146.

Bruttoinlandsproduktes im Folgejahr liegt ohne Extremereignisse der Jahre 2020-2022, die von Pandemie und Energiepreisschock geprägt waren, sowie dem Jahr der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 bei etwa null.¹¹

Kasten 1

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Zur Bestimmung des Produktionspotenzials verwendet das IWH die Methode, die von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Darüber hinaus berechnet das IWH das Produktionspotenzial auch mit der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose verwendeten modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der die Fortschreibungsmodelle an die empirischen Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden. Anders als in vorherigen Prognosen stützt das IWH nunmehr seine Einschätzung der konjunkturellen Lage der deutschen Wirtschaft auf die Ergebnisse nach MODEM. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2029 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,3% (vgl. Tabelle K1). Die Konjunkturbereinigung der öffentlichen Finanzierungssalden erfolgt weiterhin nach dem EU-Verfahren, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten. Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,6% eine leicht höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials. Die höhere Wachstumsrate ergibt sich dabei im Wesentlichen aus einer höheren Partizipationsquote.

Tabelle K1

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996 – 2023 ²	EU-Methode		modifizierte EU-Methode (MODEM)	
		1996 – 2023	2023 – 2029	1996 – 2023	2023 – 2029
Produktionspotenzial	1,3	1,2	0,6	1,2	0,3
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	0,8 (0,3)	1,5 (0,5)	0,8 (0,3)
TFP	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)	0,4 (0,4)	0,6 (0,6)	0,2 (0,2)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,2)	0,2 (0,1)	-0,1 (-0,1)	0,2 (0,1)	-0,3 (-0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,1
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,3	0,5	0,0
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	-0,1	0,2	0,0
durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5	-0,5	-0,3	-0,4	-0,3
nachrichtlich:					
Arbeitsproduktivität	1,0	1,0	0,7	1,0	0,7

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von Anfang Dezember 2022, die auf moderaten Annahmen zu Wanderung, Geburtenhäufigkeit und Anstieg der Lebenserwartung beruht. In der vorliegenden Projektion wurde diese mit dem tatsächlichen Bevölkerungsstand Ende 2023 fortgeschrieben. Ab dem Jahr 2024 wurden die aktuellen Wanderungsdaten berücksichtigt. Der Wanderungssaldo betrug in den vergangenen beiden Jahren insgesamt rund 2,1 Millionen Personen, wovon gut die Hälfte auf die Nettozuwanderung aus der Ukraine entfiel. Es wird angenommen, dass sich diese im laufenden Jahr auf knapp 120 000 Personen abschwächt und in den kommenden beiden Jahren weiter auf insgesamt 90 000 Personen zurückgeht. Die verbleibende Zuwanderung geht entsprechend dem in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten kontinuierlichen Rückgang des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurück.

Unter Berücksichtigung der genannten Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) zunächst noch geringfügig zunehmen und ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Die Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter wird somit über den gesamten Zeithorizont mit etwa 63 Millionen nahezu konstant bleiben. Dabei wird die Partizipation, die aufgrund der zunächst niedrigeren Beteiligung ukrainischer

¹¹ Vgl. [IWH-Forecasting Dashboard](#), November 2024.

Flüchtlinge leicht zurückgegangen ist, etwas zunehmen und danach leicht sinken. Die trendmäßige Partizipationsquote bleibt über den gesamten Projektionszeitraum weitestgehend konstant und beträgt an dessen Ende 74,9%.

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (SELO) berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, leitet sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen ab, welche mittels Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche SELO betrug im Jahr 2023 demnach 3,1%. Sie dürfte aufgrund sinkender Erwerbslosenquoten der Geflüchteten bis 2029 auf 3,0% sinken.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte gegen Ende der kurzen Frist in etwa ihrem trendmäßigen Wert entsprechen. Ab dem Jahr 2027 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 25 Stunden.

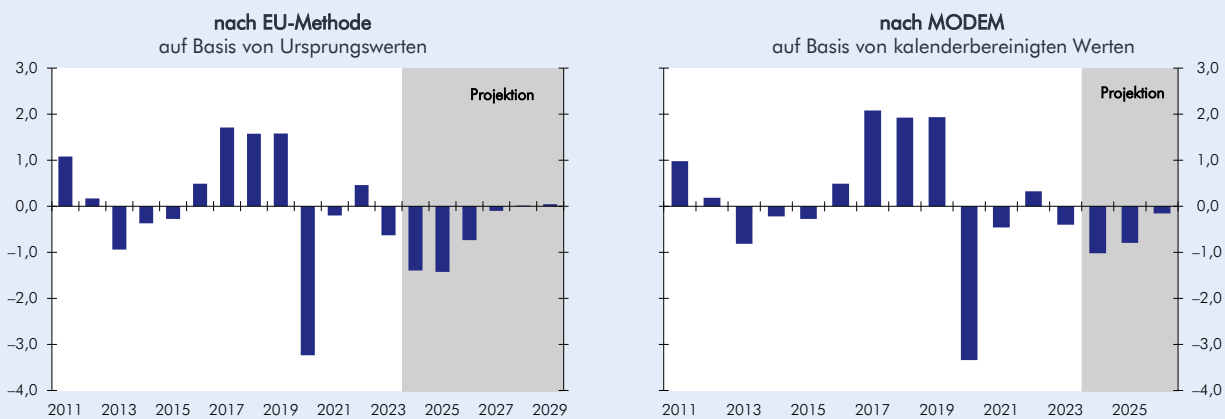
Alles in allem beginnt das potenzielle Arbeitsvolumen bereits in diesem Jahr leicht zu sinken, infolge der höheren Nettozuwanderung zunächst etwas weniger schnell. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die leicht sinkende strukturelle Erwerbslosenquote alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum sinkt das potenzielle Arbeitsvolumen um jahresdurchschnittlich 0,3% und dämpft das Potenzialwachstum um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte pro Jahr.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,8% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,3% betragen und 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K1

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials (nach MODEM) und der Prognose des Bruttoinlandprodukts ergibt sich für das laufende Jahr eine Produktionslücke von -1,0%, die sich im kommenden Jahr auf -0,8% verringert. Gegen Ende des Jahres 2026 ist sie geschlossen (vgl. Abbildung K1).

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,06 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist etwa so hoch wie im Jahr 2023 und damit etwas niedriger als in den Jahren zuvor.

Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2024 um 1,9%, im Jahr 2025 um 2,2% und 2026 um 1,7% zulegen. Die EZB senkt ihren Einlagensatz von derzeit 3,25% schrittweise auf 2,6% Ende 2025 und 2,3% Ende 2026. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2024 bei 81 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 72 und im Jahr 2026 bei 70 US-Dollar.

Geldpolitische Rahmenbedingungen in Deutschland werden günstiger

Mit Beginn der geldpolitischen Lockerung durch die EZB im Sommer 2024 gingen auch die deutschen Anleiherenditen zurück. Allerdings haben die jüngste politische Unsicherheit und die schwache Wirtschaftsleistung – insbesondere bei der Industrieproduktion – zu einem erneuten Anstieg der Zinsen für Staatsanleihen geführt. Auch haben sich die Renditeabstände zu anderen europäischen Ländern (mit Ausnahme Frankreichs) seit Herbst 2023 verringert.

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte haben sich im Allgemeinen leicht verbessert. Die Zinssätze für Wohnungsbaudarlehen und Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften sind rückläufig und entsprechen damit dem Trend im gesamten Euroraum. Jedoch haben die Kosten für neue Verbraucherkredite wieder zu steigen begonnen, nachdem sie Ende 2023 vorübergehend gesunken waren.

Der Bank Lending Survey (BLS) für deutsche Banken zeigt ein etwas anderes Bild als der allgemeine europäische Trend. Die Banken haben ihre Kreditvergabestandards für Unternehmenskredite deutlicher gelockert als in anderen Ländern des Euroraums. Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten hat den Berichten zufolge zugenommen, was insbesondere auf die gestiegene Nachfrage nach langfristigen Krediten zurückzuführen ist. Bei Wohnungsbau-darlehen haben die Banken ihre Vergabestandards weiter verschärft. Trotz dieser höheren Anforderungen ist die Nachfrage nach Immobilienkrediten seit Anfang des Jahres kontinuierlich gestiegen.

Finanzpolitik im Jahr 2025 erneut restriktiv ausgerichtet

Im Jahr 2024 war die Finanzpolitik in Deutschland restriktiv ausgerichtet (vgl. Tabelle 9). Zwar wirkten vor allem Korrekturen am Einkommensteuertarif im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes und Änderungen bei der Stromsteuer für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes entlastend. Hinzu kamen Mehrausgaben in den Bereichen Klimaschutz und Landesverteidigung. Demgegenüber dämpften aber das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremse und der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze auf Strom- und Gaslieferungen sowie in der Gastronomie die Konjunktur. Auch wurden die Lkw-Maut und die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr angehoben. Zudem lag der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2024 um ungefähr 0,2 Prozentpunkte höher als im Jahr zuvor und die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 wirkte in der ersten Hälfte des Jahres 2024 nach. Der restriktive Effekt diskretionärer finanzpolitischer Maßnahmen belief sich damit auf ungefähr 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2025 bleibt die Finanzpolitik insgesamt restriktiv ausgerichtet. Expansiv wirkt zwar das Steuerfortentwicklungsgesetz, das vor allem eine Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrages, des Kindergeldes, eine Verschiebung der übrigen Tarifeckwerte sowie veränderte Abschreibungsregelungen vorsieht. In dieser Prognose ist unterstellt, dass dieser noch von der alten Bunderegierung im Juli 2024 beschlossene Gesetzentwurf im Jahr 2025 von Bundestag und Bundesrat rückwirkend zum 1. Januar 2025 verabschiedet wird. Zudem entfaltet im Jahr 2025 das Wachstumschancengesetz seine Wirkung. Auch die Verteidigungsausgaben dürften erneut zunehmen. Bei weiteren investiven Maßnahmen, etwa in die Verkehrsinfrastruktur, ist jedoch aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung in den ersten Monaten des Jahres 2025 mit Verzögerungen bei einzelnen Projekten zu rechnen, die vermutlich nicht alle im Verlauf des Jahres nachgeholt werden können, sondern sich zumindest teilweise bis in das Jahr 2026 verschieben.

Nachfragedämpfend wirken im Jahr 2025 auf der staatlichen Einnahmeseite der Entfall der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie sowie die weitere Erhöhung der CO₂-Bepreisung im Rahmen des nationalen Emissionshandelssystems. Auch wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung dürfte sogar um 0,8 Prozentpunkte steigen. Auf der Ausgabeseite wirken rückläufige Ausgaben für Klimaschutzbezogene Maßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes nachfragedämpfend. Alles in allem beläuft sich der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2025 auf 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle 9**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2024	2025	2026
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Steuerfortentwicklungsgesetz		–6,4	–9,2
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,6	–0,3	–0,1
Jahressteuergesetz 2022	0,3	1,0	–1,1
Jahressteuergesetz 2024	–0,4	0,4	0,7
temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas und in der Gastronomie	6,5	0,8	0,0
Inflations-Ausgleichsgesetz (Änderungen beim Einkommensteuertarif)	–14,7	–2,8	–1,0
Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	–2,0	0,0	0,0
Wachstumschancengesetz	–1,0	–2,5	–0,8
Änderungen bei der Stromsteuer	–3,3	0,0	0,0
degressive AfA	2,2	5,0	3,8
Inflationsausgleichsprämie	4,0	6,0	0,0
Anhebung der Luftverkehrsabgabe	0,7	0,0	0,0
Streichung der Steuererstattung für Agrardiesel		0,3	0,2
Plastikabgabe			1,4
globale Mindestbesteuerung (2. Säule)			1,0
Änderungen bei der Tabaksteuer		0,9	0,8
Änderungen bei der Lkw-Maut	6,3	0,2	0,1
Wegfall des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer	1,5	0,0	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	1,5	–1,8	–0,9
CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	4,4	4,0	4,4
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,19 Prozentpunkte zum 1.1.2024, um 0,8 Prozentpunkte zum 1.1.2025 und um 0,3 Prozentpunkte zum 1.1.2026	2,5	9,5	4,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1.7.2023 und um 0,2 Prozentpunkte zum 1.1.2025	3,3	2,7	0,0
Inflationsausgleichsprämie	4,0	8,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur	–2,0	0,0	–6,0
zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	–1,8	–0,7	–0,5
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	–0,5	–0,5
zusätzliche Klimaschutzbezogene Ausgaben	–10,0	5,0	0,0
Ukraine-Hilfen	–2,0	1,0	2,0
Inflationsausgleichsgesetz: Kindergelderhöhung	1,5	0,4	0,1
Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung Kindergeld		–1,1	–0,6
Strom- und Gaspreisbremse, Härtefallregelungen	33,0	0,0	0,0
Hilfen für Unternehmen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	3,0	0,0	0,0
zusätzliche Verteidigungsausgaben	–6,0	–6,0	2,0
Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes	1,5	5,0	0,0
drittes Entlastungspaket: Einmalige Zuschüsse für Familien, Rentner, Studierende und Wohngeldempfänger	0,7	0,0	0,0
zusätzliche Hilfen für Krankenhäuser	2,5	0,0	0,0
Corona-Maßnahmen	3,0	0,0	0,0
Auslaufen der Kaufprämie für E-Autos	2,6	0,0	0,0
Deutschlandticket	–1,0	0,5	2,5
Änderungen beim BAföG	–0,1	–0,2	0,0
Änderungen beim Wohngeld	–1,1	0,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Anpassung der Renten Ost	–0,4	0,0	0,0
Grundrente	–0,2	–0,1	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	–0,3	–0,8	–0,1
Krankenhausreform		–0,5	–0,4
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	0,3	0,0	0,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁴	37,8	27,0	1,7
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,9	0,6	0,0

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – ² Reform der Investmentbesteuerung, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuerrecht, Gesetz gegen Umsatzsteuerausfälle beim Handel mit Waren im Internet, Kreditvermittlungsförderungsgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, Gesetz zur Umsetzung des „Klimaschutzprogramms 2030“ im Steuerrecht. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im Jahr 2026 ist die Finanzpolitik nach jetzigem Stand in etwa konjunkturneutral ausgerichtet. Aufgrund der Bundestagswahl im Februar 2025 sind Aussagen zur Ausrichtung der Finanzpolitik im Jahr 2026 derzeit allerdings mit hohen Risiken behaftet. Sofern das Steuerfortentwicklungsgesetz wie in dieser Prognose unterstellt umgesetzt wird, führt

dies im Jahr 2026 zu spürbaren Mindereinnahmen. Auch die öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden annahmegemäß ausgeweitet. Demgegenüber geht diese Prognose von einem weiteren Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung aus. Zudem läuft im Jahr 2026 das Deutschlandticket annahmegemäß aus, und die Streichung der Steuererstattung für Agrardiesel sowie die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung und einer Plastikabgabe führen zu staatlichen Mehreinnahmen. Schließlich wird der CO₂-Preis in den Bereichen Wärme und Verkehr auch im Jahr 2026 angehoben.

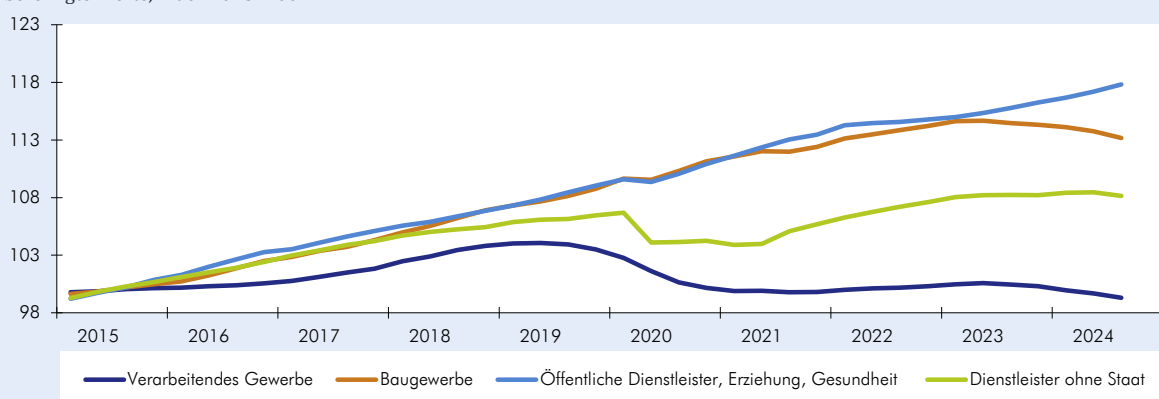
Schwache Konjunktur belastet Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland steigt seit Beginn des Jahres 2023 kontinuierlich an. Im November 2024 betrug die Arbeitslosenquote saisonbereinigt 6,1%, was einer Zunahme um etwa 340 000 Arbeitslose im Vergleich zum Januar 2023 entspricht. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte nicht zuletzt auf die rückläufige Arbeitsnachfrage in der Industrie zurückzuführen sein. Die Unternehmen haben aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Unsicherheit, der gestiegenen Energiepreise und schwacher Auftragseingänge ihre Einstellungsbereitschaft deutlich verringert, die berichtete Arbeitskräfteknappheit ist hingegen erheblich gesunken. Dies führte zu einem Rückgang der offenen Stellen und zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Im Vergleich dazu sind angebotsseitige Faktoren, wie z. B. die demographische Entwicklung oder eine geringere Erwerbsbeteiligung, als Ursachen des Arbeitslosenanstiegs mittlerweile weniger relevant.

Ein weiterer Faktor, der den Arbeitsmarkt belastet, ist die nach wie vor hohe Zahl von Insolvenzen wie im jüngsten IWH-Insolvenztrend berichtet.¹² Wenngleich nicht jede Insolvenz dazu führt, dass Arbeitsplätze zeitnah abgebaut werden, so dürfte dennoch ein Teil der betroffenen Unternehmen Beschäftigung in den nächsten Monaten verringern.

Nachdem die konjunkturelle Kurzarbeit seit Beginn des Jahres 2024 im Durchschnitt um die 200 000 Personen lag, nahm sie im September sprunghaft auf etwa 270 000 Personen zu. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Anstieg in den nächsten Monaten weiter fortsetzen wird. Darauf deuten die jüngsten Umfrageergebnisse des ifo-Beschäftigungsbarometers hin. Insbesondere in der Metallerzeugung, der Möbelherstellung, der Autobranche, bei der Herstellung elektrischer Ausrüstungen sowie im Maschinenbau wird verstärkt auf Kurzarbeit gesetzt. In der chemischen Industrie wird hingegen derzeit kaum von Kurzarbeit berichtet. Die Branchen im Verarbeitenden Gewerbe, die derzeit insbesondere auf das Instrument der Kurzarbeit zurückgreifen, bauen ebenfalls bereits seit einigen Monaten tendenziell ihre Beschäftigung ab. In der chemischen Industrie ist die Anzahl der gemeldeten Beschäftigten hingegen noch konstant.

Abbildung 9
Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen
Saisonbereinigte Werte, Index 2015=100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Insgesamt werden im Produzierenden Gewerbe seit dem Jahr 2019 mit einer vorübergehenden Erholung von Anfang 2022 bis zum zweiten Quartal 2023 Stellen abgebaut. Dabei leidet das Verarbeitende Gewerbe unter den anhaltend

¹² Vgl. IWH-Insolvenztrend: [Zahl der Firmenpleiten im November leicht rückläufig](#). IWH-Pressemitteilung 30/2024.

schwierigen globalen Wirtschaftsbedingungen, während die Bauwirtschaft jüngst von einem Rückgang der Neubauten betroffen ist (vgl. Abbildung 9). Ein Beschäftigungsaufbau findet hingegen nur noch im öffentlichen Dienstleistungssektor statt. Insbesondere das Gesundheitswesen verzeichnet noch einen Beschäftigungszuwachs aufgrund der alternden Bevölkerung und der zunehmenden Zahl an Pflegebedürftigen. (vgl. Abbildung 10).

Während im Zuge vergangener konjunktureller Schwächephasen die Selbstständigkeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit zunahm, dürfte diesmal auch aufgrund höherer bürokratischer Hürden und der demographischen Entwicklung kaum mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit bei Selbstständigen zu rechnen sein.

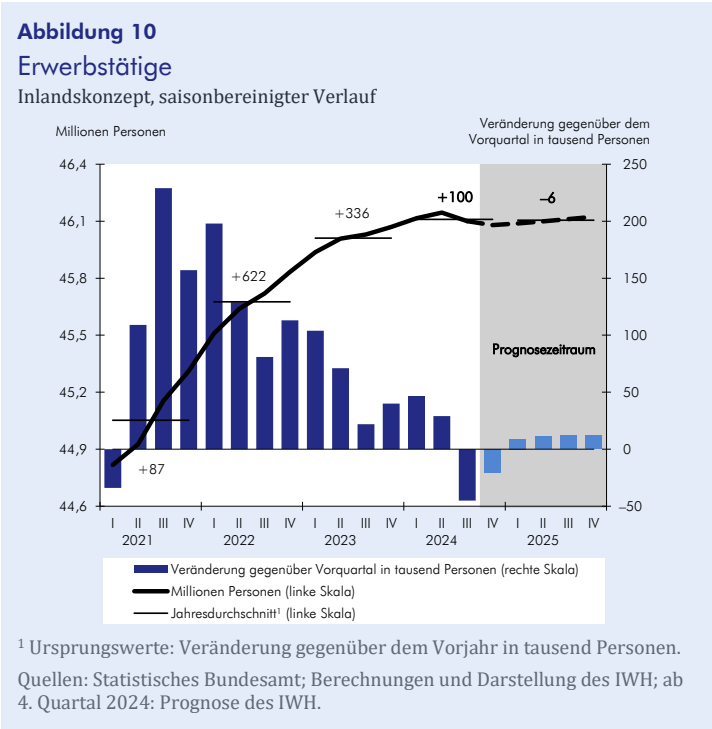
Das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen dürfte weiterhin sinken. Dies ist nicht zuletzt auf die steigende Teilzeitquote zurückzuführen, deren Zunahme auch strukturelle Gründe hat. So findet der Aufbau der Beschäftigung in klassischen Teilzeitbereichen wie beispielsweise dem Gesundheitswesen statt und der Abbau der Beschäftigung betrifft vor allem Wirtschaftszweige wie die Industrie und das Baugewerbe, in denen häufiger Vollzeit gearbeitet wird. Auch der nach wie vor hohe Krankenstand dürfte einer kurzfristigen Erholung der Arbeitszeit entgegenwirken.

Tabelle 10
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2023 und 2024

	2023	2024 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	42 163	42 289	126	0,3
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 790	34 928	138	0,4
Geförderte ²	100	91	-9	-9,0
nicht Geförderte	34 690	34 837	147	0,4
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 198	4 183	-15	-0,4
sonstige	3 175	3 178	3	0,1
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 847	3 822	-25	-0,7
geförderte Selbstständigkeit	2	2	0	-13,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 845	3 820	-25	-0,7
Erwerbstätige (Inland)	46 011	46 111	100	0,2
staatlich subventionierte Erwerbstätige	294	385	91	31,1
geförderte Erwerbstätige ³	102	93	-9	-9,1
Kurzarbeit	192	292	101	52,5
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 717	45 726	9	0,0
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	0,6	0,8		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt dürften sich in den nächsten Monaten insbesondere im Produzierenden Gewerbe nochmals verschlechtern. Die demographische Entwicklung entlastet dabei jedoch, da die Anzahl der Beschäftigten, die altersbedingt aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, zunimmt. Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2024 um 0,2% steigen, im Jahr 2025 stagnieren und zum Ende des Prognosezeitraums wieder leicht zulegen (vgl. Tabelle 10). Die Arbeitslosenquote dürfte im Prognosezeitraum konstant bei 6,2% verharren. Insgesamt bleibt der Arbeitsmarkt in Deutschland durch eine hohe Unsicherheit und strukturelle Herausforderungen geprägt. Auch wenn



der Dienstleistungssektor, insbesondere das Gesundheitswesen, weiterhin Beschäftigungswachstum zeigt, sind die Aussichten für die Industrie und das Baugewerbe weniger gut.

Dynamik bei Löhnen und Gehältern lässt nach

Die Tariflöhne sind im Jahr 2024 mit 4,8% kräftig gestiegen (vgl. Tabelle 11). Dieser Anstieg ist vor allem als Reaktion auf die Inflation der vergangenen Jahre zu sehen. In vielen Branchentarifverträgen wurde die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie vereinbart, die steuer- und sozialversicherungsfrei ausgezahlt wird. Diese Sonderzahlungen haben dazu beigetragen, dass der Anstieg der Tarifverdienste im Jahr 2024 insgesamt deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre lag.

Tabelle 11
Tarifliche Monatsverdienste und Effektivverdienste je Arbeitnehmer

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen	3,6	4,8	3,1	2,5
Effektivverdienste je Arbeitnehmer	6,4	4,9	3,1	2,5
Lohndrift	2,8	0,1	0,0	0,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Für das Jahr 2025 wurde bereits in den Vorjahren in einigen Branchentarifverträgen ein Ausgleich für den Wegfall der Inflationsausgleichsprämien in Form von zusätzlichen Stufenerhöhungen vereinbart. Diese Stufenerhöhungen zielen darauf ab, den Arbeitnehmern auch ohne die Inflationsprämien ein stabiles Einkommensniveau zu sichern. In den Branchen, in denen dieser Ausgleich bisher nicht vereinbart wurde, etwa im Einzelhandel, würde im Jahr 2025 das Tarifentgelt gegenüber dem Vorjahr deutlich sinken.

Im jüngst abgeschlossenen Tariflohnvertrag in der Metall- und Elektroindustrie zeigt sich bereits der Einfluss der deutlich verschlechterten konjunkturellen Lage. So wurden hier eine Pauschalzahlung über 600 Euro für sechs Monate und danach eine Stufenerhöhung über 2,0% sowie im darauffolgenden Jahr von 3,1% vereinbart. Die Tarifverhandlungen zum Haustarif von Volkswagen, die sich in der Vergangenheit am Abschluss der Metall- und Elektroindustrie orientiert haben, laufen derzeit noch. Demnächst stehen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst von Bund und in den Kommunen an. Gefordert werden hier seitens der Arbeitnehmervertreter 8,0% bzw. 350 Euro pro Monat.

In den bisher vorliegenden Tarifverträgen zeichnet sich für das Jahr 2025 bislang nur eine sehr schwache Tarifynamik ab. Jedoch stehen bereits zu Beginn des Jahres 2025 Tarifverhandlungen für etwa 40% der tarifgebundenen Beschäftigten an. Aufgrund der eingetrübten konjunkturellen Lage, die sich durch viele Branchen zieht, dürften die hier neu verhandelten Tarifloohnerhöhungen deutlich unter dem Vorjahr liegen. Alles in allem wird der Tariflohnanstieg im Jahr 2025 wohl etwa 3% betragen und im Jahr danach deutlich niedriger ausfallen.

Der Effektivlohnanstieg im Jahr 2024 dürfte bei 4,9% liegen und damit niedriger als noch im Vorjahr. Dennoch ist dies ein beachtlicher Zuwachs, der noch von der vorherigen Inflation und den damit verbundenen Inflationsausgleichszahlungen beeinflusst wurde. Für die folgenden Jahre wird ein deutlich geringerer Anstieg der Effektivverdienste prognostiziert. Die Lohndrift, die in den vergangenen Jahren stark positiv war, dürfte im Jahr 2025 und 2026 bei null liegen. Letztlich führt auch hier die tiefe konjunkturelle und strukturelle Krise der Industrie zu Einbußen bei den Effektivlöhnen.

Der hohe Lohnanstieg bei gleichzeitig schwacher Arbeitsproduktivität wird im Jahr 2024 zu einem kräftigen Anstieg der realen Lohnstückkosten führen. Dies belastet die Unternehmen und dürfte Anpassungsreaktionen in Form von Lohnzurückhaltung, Beschäftigungsabbau und Umstrukturierungen hervorrufen. Diese könnten dann ab der zweiten Jahreshälfte 2025 zu einem deutlichen Anstieg der Produktivität und zu sinkenden realen Lohnstückkosten führen.

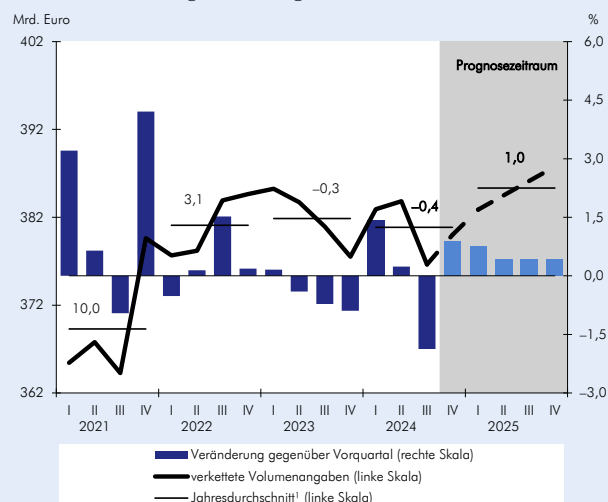
Außenhandel kommt nur langsam aus der Talsohle

Trotz eines sich wieder moderat belebenden Welthandels und einer leichten Erholungstendenz bei der Auslandsnachfrage blieben die Ausfuhren im Jahr 2024 mit Ausnahme einer kurzzeitigen Aufhellung im 1. Quartal 2024 weiterhin im rückläufigen Trend des Vorjahres gefangen (vgl. Abbildung 11). Zunehmende Probleme mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, wie Fachkräftemangel, hohe Lohnkosten und Bürokratie am Standort Deutschland, aber auch steigende Produktionskosten im Zuge der Energiekrise trugen bereits in den vergangenen Quartalen dazu bei, dass sich Exporteure in wichtigen Exportbranchen mit sinkenden Absatzzahlen konfrontiert sahen.

Die Warenausfuhren gaben nach einer kurzzeitigen Erholung im 1. Quartal ab dem Frühjahr 2024 bis in das dritte Quartal kräftig nach, regional sehr breit verteilt: sowohl in Länder des Euroraums als auch in die übrigen europäischen Länder und in wichtige Drittstaaten, wie Großbritannien, die USA und China wurden weniger Waren exportiert. Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten stiegen zwar zuletzt (im August und September) kräftig an (4,4% und 4,8%), im Quartalsvergleich blieben sie allerdings noch immer leicht rückläufig, wie die Exporte insgesamt, die im dritten Quartal mit -1,6% (Zollstatistik) gegenüber dem Vorquartal weiter im Minus lagen. Nach Gütergruppen betrachtet waren vor allem Vorleistungs- und Investitionsgüter betroffen. Industrielle Aufträge aus dem Ausland stiegen – dank erheblich mehr Aufträgen aus dem Euroraum – ab dem zweiten Quartal, zuletzt auch ohne volatile Großaufträge, was eine beginnende Erholung der Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen andeuten könnte.

Abbildung 11
Reale Exporte

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

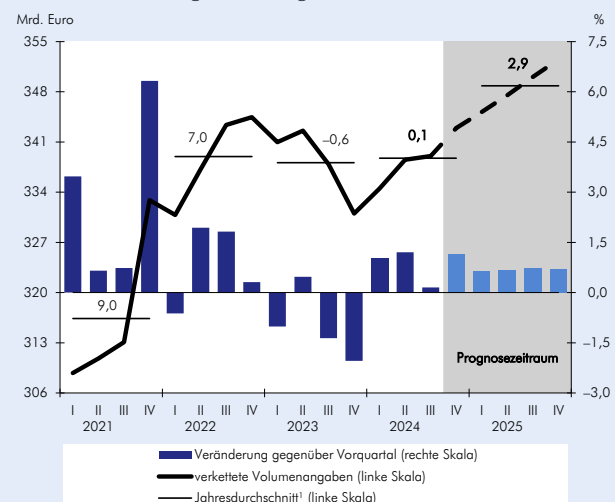


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung 12
Reale Importe

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Die Einfuhren von Waren expandierten dagegen deutlicher und seit Jahresbeginn recht ungebrochen, insbesondere aus den Drittländern. Dazu trugen vor allem gestiegene Warenimporte aus dem wichtigsten deutschen Zuliefererland China (3. Quartal: +6,3%) sowie aus Großbritannien (+9%) und den USA (+1,6%) bei. Aber auch aus dem Euroraum und aus der EU wurden zu Jahresbeginn und im dritten Quartal wieder etwas mehr Güter importiert (vgl. Abbildung 12). Nach Gütergruppen betrachtet waren dies neben Vorleistungsgütern auch Metallwaren, elektronische Geräte sowie im dritten Quartal zusätzlich Maschinen und Konsumgüter.

Die nationalen Frühindikatoren zeichnen für die kommenden Monate ein gemischtes Bild: Erkennbar sind Erholungstendenzen bei der Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen. So nahm der Orderzufluss aus dem Ausland auch ohne volatile Großaufträge das zweite Quartal in Folge zu. Auch im Oktober haben sie etwas abgeschwächt saisonbereinigt weiter zugelegt, wozu insbesondere Auftragseingänge aus Drittstaaten beitrugen. Die ifo Exporterwartungen der Unternehmen liegen allerdings nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Zuletzt stiegen sie im November gegenüber Oktober leicht um 0,6 Punkte auf minus 5,9 Saldenpunkte. Die Automobil- und die Metallbranche erwarten weiterhin Exporteinbußen, während sich die Erwartungen der Hersteller von elektrischen Ausrüstungen

etwas aufgehellt haben. Das ifo Exportklima, das das ausländische Unternehmens- und Konsumentenvertrauen sowie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber 37 Handelspartnern abbildet, stagniert seit Jahresbeginn und ging am aktuellen Rand (September und Oktober) sogar noch etwas weiter zurück.

Im Schlussquartal zeichnet sich keine nachhaltige Trendwende für das Auslandsgeschäft ab; gleichwohl könnte vor dem Hintergrund der Ankündigung höherer US-Importzölle im Jahr 2025 ein gewisser Vorzieheffekt bei der Ausfuhr von Investitionsgütern, wie Maschinen und Kraftfahrzeugen, für einen Zuwachs an Exporten sorgen. Mittelfristig sind die Aussichten für die Exportkonjunktur insgesamt angesichts absehbarer Spannungen in der internationalen Handelspolitik aber eher weiterhin gedämpft.

Alles in allem werden die Ausfuhren im Jahr 2024 mit $-0,4\%$ gegenüber dem Vorjahr leicht sinken. Sie dürften im Winterhalbjahr auf einen positiven Pfad einschwenken und im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums mit $+1,0\%$ im Jahr 2025 und $+2,6\%$ im Jahr 2026 mäßig expandieren. Die Importe werden im Jahr 2024 mit $0,1\%$ etwa stagnieren und im Verlauf der nächsten beiden Jahre im Zuge der Belebung der Binnenkonjunktur mit Raten von $+2,9\%$ bzw. $+3,5\%$ an Fahrt gewinnen (vgl. Tabelle 12). Die Preisentwicklung im Außenhandel verlief 2024 bei Waren und Dienstleistungen in zunehmend unterschiedlicher Dynamik. Angesichts einer häufig kräftigen Lohnentwicklung stiegen die Dienstleistungspreise insgesamt merklich kräftiger an als Preise für Waren. Dies wirkte sich bei den Ausfuhr- wie auch bei den Einfuhrpreisen aus. Obgleich wie auch im Vorjahr noch zu Jahresbeginn rückläufige Energiepreise vielfach einen weiteren Rückgang der Einfuhrpreise bei den Waren zur Folge hatten, stiegen im Jahresverlauf die Einfuhrpreise verhalten an. Bei den Ausfuhrpreisen wirkten sich die steigenden Dienstleistungspreise noch etwas stärker aus. Im Ergebnis steigen die Terms of Trade im Jahr 2024 nochmals deutlich ($1,3\%$), werden sich aber im weiteren Prognosezeitraum abschwächen und auf einem langfristigen Mittel stabilisieren.

Der Leistungsbilanzsaldo erhöht sich im Jahr 2024 auf ca. $6,1\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; im Jahr 2025 sinkt er auf $5,9\%$ und im Jahr 2026 auf $5,6\%$.

Private Investitionen unter Druck: Auswirkungen geringer Kapazitätsauslastung und wirtschaftlicher Unsicherheit

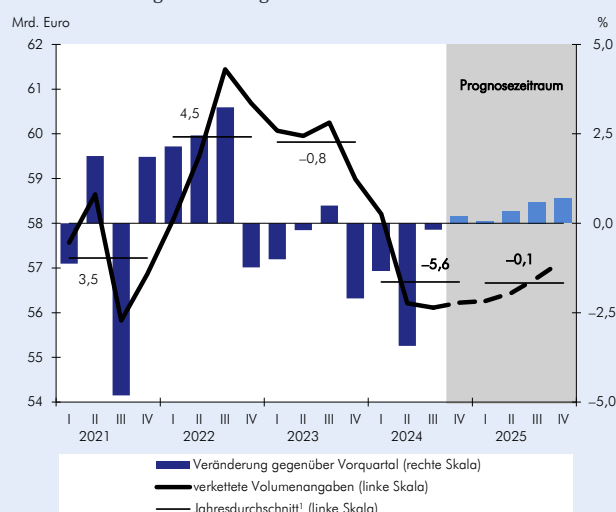
Die Investitionen in Ausrüstungen sind in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 zurückgegangen (vgl. Abbildung 13). Neben einem kräftigen Rückgang der öffentlichen Ausrüstungen um über 17% gegenüber dem Jahresende 2023, sind dafür vor allem die privaten Ausrüstungsinvestitionen mit einem Rückgang um über $3,3\%$ verantwortlich, da diese über 91% der gesamten Ausrüstungsinvestitionen ausmachen. Der rückläufige Produktionstrend im Verarbeitenden Gewerbe hat bereits in den vergangenen Jahren den Investitionsbedarf der Unternehmen kontinuierlich reduziert. Neben gedämpften Absatzerwartungen, einem schwachen außenwirtschaft

Tabelle 12
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Exporte, real	-0,3	-0,4	1,0	2,6
Importe, real	-0,6	0,1	2,9	3,5
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Exporte, nominal	43,4	42,4	42,2	42,3
Importe, nominal	39,4	38,1	38,6	39,1
Außenbeitrag				
Mrd. Euro, nominal	167,7	182,0	158,4	149,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Abbildung 13
Reale Investitionen in Ausrüstungen
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

lichen Umfeld und nach wie vor ungünstigen Finanzierungsbedingungen dämpft insbesondere die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit die Investitionsaktivitäten der privaten Investoren.

Zu Beginn des vierten Quartals 2024 gingen die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller weiter zurück, und auch die monatlichen Produktionszahlen für Oktober haben stagniert. Die Auftragslage der Investitionsgüterhersteller hatte sich im September etwas erholt, wobei die Auftragsreichweite im Segment der Maschinen- und Fahrzeughersteller auf durchschnittlich 9,9 Monate angestiegen ist. Allerdings sind die Neuaufträge im Oktober gegenüber dem Vormonat insbesondere aus dem Inland wieder zurückgegangen und Umfragen im November zeigen, dass die Unternehmen ihre aktuelle Lage und ihre Erwartungen zunehmend pessimistischer bewerten.

Positiv hervorzuheben ist der kräftige Anstieg der Zulassungen gewerblicher Kraftfahrzeuge, die im Vergleich zum Durchschnitt des Vorquartals um 13% gestiegen sind. Dennoch wird erwartet, dass die privaten Investitionen in Ausrüstungen im Winterhalbjahr 2024/2025 weiterhin schwach bleiben. Hierfür spricht u.a. auch die historisch niedrige und weiterhin sinkende Kapazitätsauslastung in der Industrie. Hingegen dürften die öffentlichen Investitionen in Ausrüstungen in den kommenden zwei Jahren zunehmend stützend wirken.

In den ersten drei Quartalen 2024 sind die Preise für Ausrüstungen im Vergleich zum Vorjahr weiter deutlich gesunken, was die Attraktivität von Investitionen im Prognoseverlauf erhöhen und im Jahresverlauf 2025 zu einem Nachholen aufgestauter Investitionsvorhaben führen dürfte. Eine weniger restriktive Geldpolitik und eine konjunkturelle Belebung in europäischen Nachbarländern dürften über eine stärkere Auslandsnachfrage zusätzliche Investitionsanreize schaffen.

Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2024, vor allem aufgrund der schwachen privaten Investitionstätigkeit, um 5,6% zurückgehen. Aufgrund des Dämpfers im Winterhalbjahr 2024/2025 werden die privaten Ausrüstungen im Jahr 2025 wohl um 1,6% zurückgehen. Erst für das Jahr 2026 ist mit einer Rückkehr zu einer normalen Dynamik der privaten Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen, wenn die Unternehmen verstärkt in klimaneutrale Ausrüstungen investieren, um den Anforderungen einer nachhaltigen Wirtschaft gerecht zu werden und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Aufgrund der anhaltenden Schwäche in der Industrie und der strukturellen Verschiebung hin zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft wird die Investitionsdynamik jedoch insgesamt moderat bleiben. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen und insbesondere Rüstungsinvestitionen werden jedoch weiterhin kräftig zunehmen und dazu beitragen, dass die Ausrüstungen insgesamt im Jahr 2026 um 5,6% steigen.

Die Investitionen in sonstige Anlagen, d. h. vor allem Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken, dürften im Prognosezeitraum mit vergleichsweise stabilen Raten ausgeweitet werden und trendmäßig steigen. Aufgrund eines kräftigen Jahresauftaktes dürften sie im laufenden Jahr um 3,9% zulegen. In den Jahren 2025 und 2026 dürften sie, auch im Zuge der Digitalisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft, jeweils mit 2,6% ausgeweitet werden.

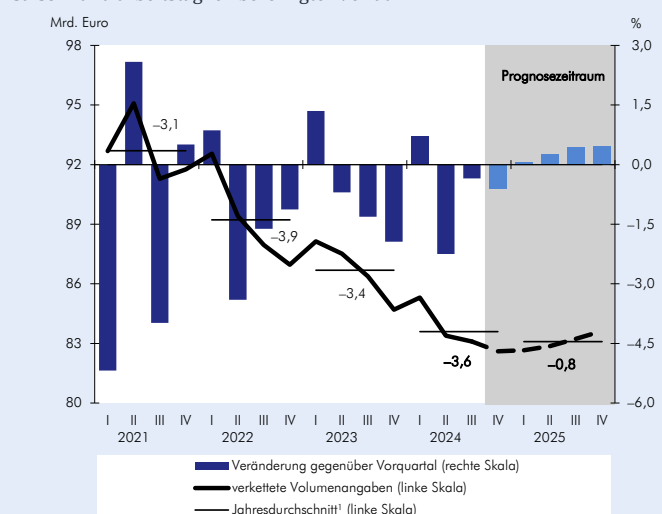
Bauinvestitionen im Winterschlaf: Auftragsmangel und Stornierungen belasten

Zu Beginn des Jahres 2024 konnten die Bauinvestitionen aufgrund des milden Winters und hoher Auftragsbestände um 0,7% ausgeweitet werden. Dieser kurzfristige positive Impuls hielt jedoch nicht an. In den folgenden Quartalen setzte sich der seit dem Jahr 2021 bestehende Abwärtstrend fort, insbesondere bei den Investitionen in den Wohn- und öffentlichen Bau. Lediglich der Wirtschaftsbau scheint die Schwächephase überwunden zu haben und wirkt stützend.

Abbildung 14

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Im September 2024 hat sich der Abwärtstrend im Bauhauptgewerbe deutlich beschleunigt. Die Auftragseingänge sanken im Vergleich zum von umfangreichen Großaufträgen geprägten August um 12,4%. Dieser Rückgang betraf nicht nur den Wohnbau, sondern alle Bausparten gleichermaßen. Der Auftragsmangel im Wohnbau ist jedoch besonders gravierend – im November berichteten 54% der Unternehmen über einen Auftragsmangel, nach 49,9% im Oktober. Die vom ifo Institut befragten Unternehmen schätzen ihre Auftragsreichweite derzeit auf etwa 3,7 Monate.

Das Geschäftsklima im Wohnbau hat sich in den vergangenen Monaten weiter verschlechtert. Die Einschätzung der aktuellen Lage und die des Ausblicks bleiben weiter pessimistisch. Die Stornierungsrate ging leicht von 11,8% auf 10,5% im November zurück. Hohe Zinsen, anhaltender Auftragsmangel und steigende Stornierungen belasten die Unternehmen. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen sank von Januar bis September 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 19,1% auf 157 200 Einheiten, was einen neuen Tiefststand markiert. Eine Bodenbildung ist weiterhin nicht erkennbar. Der Mangel an Neubauprojekten hat bereits jetzt Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung und wird in Zukunft auch die Beschäftigung in der Branche negativ beeinflussen.

Im Oktober 2024 stagnierte die Gesamtbauproduktion im Vergleich zum Vormonat. Während sowohl der Hoch- als auch der Tiefbau nach vorherigen Produktionsrückgängen eine leichte Zunahme verzeichneten, ging die Produktion im Ausbau geringfügig zurück. Materialknappheiten sind zwar rückläufig, doch fehlende Aufträge dämpfen weiterhin die Baukonjunktur, so verzeichneten im November etwa 41% der Bauunternehmen eine Behinderung ihrer Produktion aufgrund von Auftragsmangel. Im vierten Quartal 2024 dürften die Bauinvestitionen über alle Sparten hinweg nochmals zurückgegangen sein, wobei insbesondere die schlechten Finanzierungsbedingungen und die schwache Neukreditvergabe den Wohnbau belasten.

Für die Bauinvestitionen insgesamt ergibt sich ein Rückgang um 3,6% in diesem Jahr und 0,8% im nächsten Jahr (vgl. Abbildung 14 und Tabelle 13). Für das Jahr 2026, ist mit einer Expansion um 2,5% zu rechnen, wenn die Baukonjunktur in allen Bausparten aufwärtsgerichtet ist. Die Baupreise dürften mit abnehmenden Materialpreisen im Winterhalbjahr weniger stark steigen und die jüngst rückläufigen Preiserwartungen der Bauunternehmen lassen darauf schließen, dass sogar mit Preissenkungen im Jahr 2025, auch aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs, zu rechnen ist. Der Deflator der Bauinvestitionen dürfte im laufenden Jahr um 3% zunehmen und damit wieder um deutlich weniger als im Jahr 2022 – dem Jahr mit der bisher höchsten Zuwachsrate (15,1%). Für die Jahre 2025 und 2026 ist mit einem leichten Preisanstieg von jeweils 1,9% zu rechnen.

Privater Konsum bleibt schwach

Das Jahr 2024 war insgesamt von deutlichen Schwankungen im privaten Konsum geprägt (vgl. Abbildung 15). Nachdem zu Beginn des Jahres 2024 die privaten Haushalte ihren Konsum noch leicht ausweiteten, ging er im zweiten Quartal deutlich zurück. Im dritten Quartal wurde dieser Rückgang nur teilweise wieder ausgeglichen. Zum Ende des Jahres

Tabelle 13

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

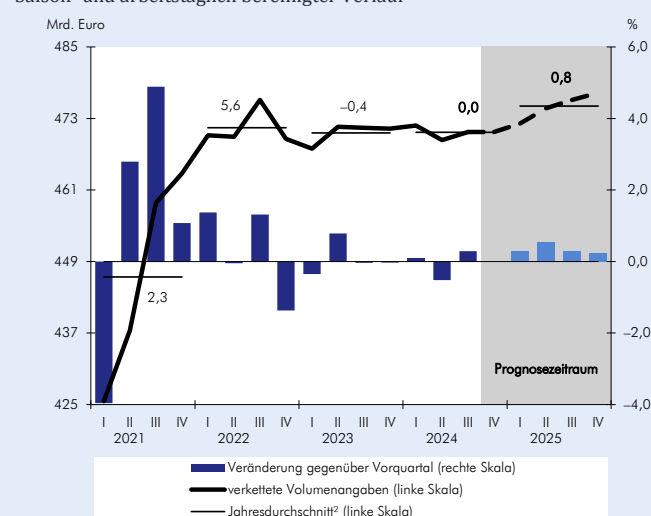
	2023	2024	2025	2026
Anlageinvestitionen insgesamt	-1,2	-2,9	0,0	3,3
Bauinvestitionen insgesamt	-3,4	-3,6	-0,8	2,5
Wohnbauten	-4,1	-5,1	-1,5	2,3
Nichtwohnbauten insgesamt	-2,3	-1,4	0,3	2,8
gewerbliche Bauten	-4,1	-3,1	1,5	3,0
öffentliche Bauten	0,8	1,5	-1,5	2,4
Ausrüstungen	-0,8	-5,6	-0,1	5,2
Sonstige Anlagen	4,7	3,9	2,6	2,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Abbildung 15

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

dürfte der private Konsum wohl eher stagnieren, sodass er im Jahr 2024 insgesamt dem des Vorjahres entspricht. Im Einzelhandel konnten vor allem der Onlinehandel und der Lebensmittelhandel etwas zulegen. Der Kfz-Handel, der zwischenzeitlich schwächelte, holte zuletzt wieder auf. Im Bereich Gastronomie und Beherbergungswesen gab es einen merklichen Rückgang.

Die Kaufzurückhaltung dürfte wohl insbesondere auf die anhaltende Unsicherheit der globalen und deutschen Wirtschaftslage sowie auf einen sich verschlechternde Arbeitsmarktsituation zurückzuführen sein, weniger hingegen auf die aktuelle Einkommenssituation, da vor allem höhere Löhne und monetäre Sozialleistungen bei geringerer Inflation zu realen Einkommensgewinnen geführt haben (vgl. Tabelle 14). Die steigenden Realeinkommen bei stagnierendem Konsum führten daher zu einem deutlichen Anstieg der Sparquote im Verlauf des Jahres (vgl. Abbildung 16).

Auch in den nächsten Quartalen dürfte die Sparquote noch relativ hoch bleiben und sich nur teilweise zum langfristigen Mittel zurückbilden. Der Arbeitsmarkt zeigt zunehmend negative Signale, insbesondere eine Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen und eine schwächere Lohnentwicklung könnten das Vorsichtssparen weiterhin antreiben. Alles in allem dürfte der private Konsum im Prognosezeitraum schwach bleiben. Höhere Löhne und soziale Transfers tragen zwar zu einer Erholung bei, doch die wirtschaftliche Unsicherheit verhindert eine stärkere Konsumbelebung. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte daher im Prognosezeitraum nur wenig expandieren: Es wird erwartet, dass er im Jahr 2025 um 0,8% und im Jahr danach um 1,1% steigt.

Inflation normalisiert sich langsam

Im Lauf des Jahres 2024 hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise erneut verlangsamt, vor allem, weil die Energiepreise deutlich niedriger sind als noch vor einem Jahr. Die Preise für Energieprodukte werden 2024 um voraussichtlich 3,3% zurückgehen. Future-Preise für Strom, Erdöl und Erdgas sprechen für einen Rückgang um knapp 7% im Jahr 2025, während die Rate im Jahr 2026 wieder abflachen wird (-2,4%). Anders als im Vorjahr hat sich auch der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln deutlich abgeschwächt.

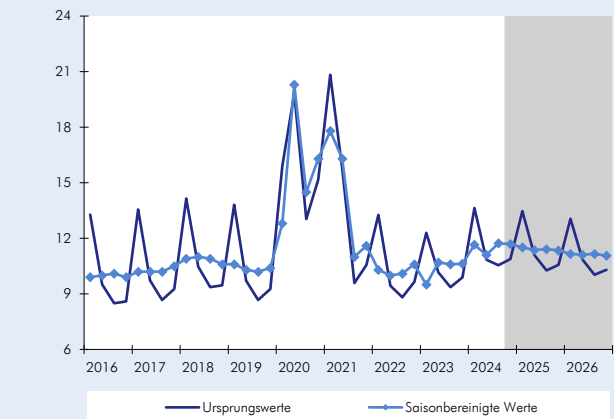
Getrieben wurde die Inflation im Jahresverlauf 2024 hingegen durch die weiterhin sehr hohe Dynamik bei den Dienstleistungspreisen. Dies führt im Ergebnis zu einer deutlichen Diskrepanz zwischen dem VPI insgesamt (2,2%) und dem VPI ohne Nahrungsmittel und Energie, der sogenannten Kernrate (3,0%). Zwar hat sich die Kerninflation gegenüber 2023 ebenfalls etwas abgeschwächt, sie verharrt jedoch weiter auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Tabelle 14
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
verfügbare Einkommen, nominal	6,9	4,0	2,7	2,7
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	9,5	5,1	1,9	2,6
monetäre Sozialleistungen	6,1	6,2	5,0	4,1
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	3,5	-0,6	2,3	1,8
Sparen	8,1	14,5	1,4	0,1
private Konsumausgaben, nominal	6,3	2,7	2,8	3,0
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)				
Sparquote (in %)	7,4	5,3	3,1	2,7
Preisindex des privaten Konsums	10,4	11,5	11,3	11,0
private Konsumausgaben, real	6,7	2,7	2,0	1,9

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Abbildung 16
Sparquote¹ der privaten Haushalte



¹ Anteil des Sparens in % an der Summe von Verfügbaren Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

In den kommenden Quartalen wird die Inflationsrate weiter aber mit abnehmendem Tempo sinken. Auch wenn sich der Basiseffekt hoher Vorjahrespreise verliert, dürfte die Inflation – auch wegen der anhaltend schwachen Konjunktur – weiter sinken und im Jahresdurchschnitt 2025 bei 2% liegen (vgl. Abbildung 17). Für das Jahr 2026 beinhaltet die vorliegende Prognose eine Rate von 2,2%.

Rezession im Produzierenden Gewerbe hält im Winterhalbjahr an

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 setzte sich der Rückgang der Produktion fort, während das Bruttoinlandsprodukt nahezu stagnierte. Im dritten Quartal stieg das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal zwar um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, allerdings wurde dieser Anstieg maßgeblich durch einen kräftigen Zuwachs der Nettogütersteuern gestützt, während die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung um 0,2% sank. Die Entwicklung der Produktion verlief dabei unterschiedlich: Während die Industrie ihren Abwärtstrend fortsetzte und das Produzierende Gewerbe sich in einer Rezession befindet, konnten die Dienstleistungsbereiche, insbesondere die öffentlichen Dienstleister, ihre Produktion leicht ausweiten.

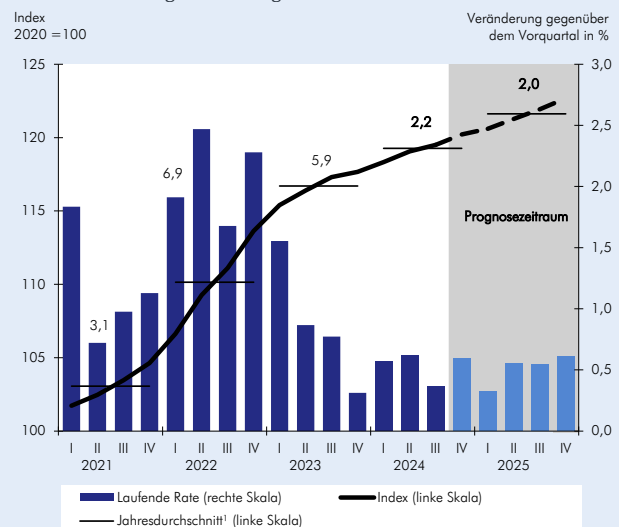
Im Oktober 2024 sank die Produktion im Produzierenden Gewerbe um gut 1% im Vergleich zum Vormonat. Dieser Rückgang könnte teilweise durch Brücken- und Ferientage beeinflusst sein; jedoch zeigt sich auch ohne diese Sondereffekte eine schwache Entwicklung. Um 9%, und wohl nur vorübergehend, brach die Energieproduktion ein, aber auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe war rückläufig, wenn auch nur leicht.

Im Oktober 2024 sank die Produktion im Produzierenden Gewerbe um gut 1% im Vergleich zum Vormonat. Dieser Rückgang könnte teilweise durch Brücken- und Ferientage beeinflusst sein; jedoch zeigt sich auch ohne diese Sondereffekte eine schwache Entwicklung. Um 9%, und wohl nur vorübergehend, brach die Energieproduktion ein, aber auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe war rückläufig, wenn auch nur leicht.

Trotz eines positiven Signals durch den Lkw-Maut-Fahrleistungsindex, der im Oktober und November leicht über dem Vorquartalsniveau lag, bleibt der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe problematisch und sank im Oktober um 1,5% gegenüber dem Vormonat. Die ifo-Umfrageergebnisse zeichnen ebenfalls ein düsteres Bild: 47,7% der Industrieunternehmen klagen über fehlende Aufträge, wenngleich die Auftragsbestände zuletzt leicht gestiegen sind. Auch das Baugewerbe, das bereits seit längerem schwächelt, stagnierte im Oktober. Die Produktion im Ausbaugewerbe ging erneut leicht zurück. Bei den Dienstleistern stieg der Anteil der Unternehmen, die über fehlende Aufträge berichten, leicht auf 32,1%. Insbesondere der Transportsektor leidet unter der schwachen Industriekonjunktur. Die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung dürfte im vierten Quartal um 0,2% zurückgegangen sein, da die geringe Expansion im Dienstleistungsbereich den Rückgang im Produzierenden Gewerbe nicht kompensieren konnte.

Die konjunkturellen Aussichten bleiben verhalten: Viele Frühindikatoren haben sich kaum verbessert, so liegt der Einkaufsmanagerindex für die Gesamtwirtschaft weiterhin unter der Expansionsschwelle, und die ifo-Umfrageindikatoren deuten ebenfalls auf pessimistische Erwartungen der Unternehmen hin. Somit ist mit einer Belebung der Wirtschaft erst im Verlaufe des Jahres 2025 zu rechnen, auch wenn sich die Nachfrage nach Industriegütern (auch aus dem Ausland) erholt und die Auftragsbestände zunehmen. Zumindest sind die ifo-Geschäftserwartungen jüngst weniger pessimistisch. Allerdings belasten neben der schwachen Konjunktur auch strukturelle Probleme die Industrie. So sind die Produktionsrückgänge in gewichtigen Wirtschaftszweigen wie den energieintensiven Branchen oder bei den Investitionsgüterherstellern zum Teil wohl dauerhafter Natur. Die Schwächephase in der Baukonjunktur dürfte jedoch noch länger anhalten. Die Aktivität in den konsumnahen Branchen wird dabei von den spürbar aufwärtsgerichteten Realeinkommen der privaten Haushalte zumindest ab dem zweiten Quartal 2025 etwas stimuliert werden. Im Verkehr dürfte zudem die mangelnde Nachfrage nach Industriegütern die Wertschöpfung vorerst drü-

Abbildung 17
Verbraucherpreise in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

cken. Die Unternehmensdienstleister werden zum Jahresende bedingt durch die schwache Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ebenfalls nur stagnieren. Im Einklang mit einer langsamen Erholung der Industrie im weiteren Prognosezeitraum wird jedoch auch in diesem Bereich die Wertschöpfung wohl zunehmend ausgeweitet werden. Bei den öffentlichen Dienstleistern dürfte indes nur eine schwache Ausweitung der Wertschöpfung stattfinden.

Tabelle 15**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

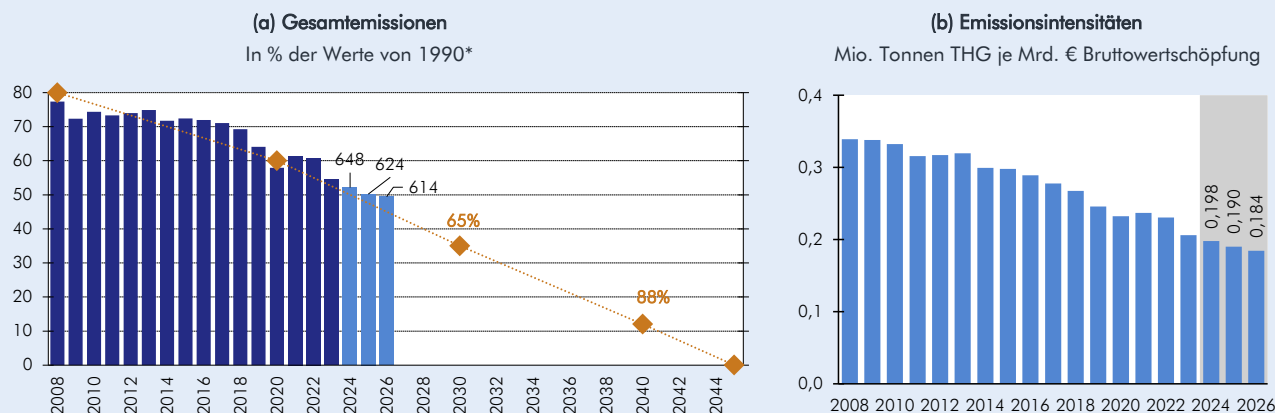
	2024				2025			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,3
darunter								
Bruttowertschöpfung	-0,1	-0,5	-0,2	-0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,3	-1,0	-1,4	-1,3	0,0	0,2	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-0,8	-1,4	-1,0	0,0	0,2	0,3	0,3
Energie- und Wasserversorgung	-3,4	-2,0	-1,0	-3,0	0,0	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	1,8	-3,4	-1,2	-0,4	-0,1	0,1	0,2	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,5	-0,8	0,1	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation	1,9	-0,4	-0,4	0,8	0,5	0,5	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,4	-0,8	-0,9	-0,1	-0,1	0,1	0,0	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,0	-0,2	0,0	0,2	0,2	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	-0,7	0,3	-0,3	0,2	0,4	0,4	0,5	0,4
öffentliche Dienstleister	0,4	0,2	1,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
sonstige Dienstleister	2,2	-0,3	0,6	-0,6	0,2	0,3	0,3	0,3

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte die Bruttowertschöpfung im Jahr 2024 ebenso wie das Bruttoinlandsprodukt um 0,2% zurückgehen (vgl. Tabelle 15). Für die Folgejahre wird eine allmähliche Erholung erwartet. Es ist mit einer Expansion von 0,2% beziehungsweise 1,3% zu rechnen.

Die konjunkturelle Abschwächung und insbesondere die Schwäche in der Industrie beeinflussen auch die Emission von Treibhausgasen. Bereits im Jahr 2020 führte der drastische konjunkturelle Einbruch zu einem erheblichen Rückgang des Emissionsvolumens. In den Folgejahren haben die Emissionen jedoch erneut kräftig zugelegt. Basierend auf der durchschnittlichen Reduktion der Treibhausgasintensität der Produktion in den letzten Jahren werden die Emissionen für das Jahr 2024 auf 648 Millionen Tonnen (CO₂-äquivalent) geschätzt. Die Sektoren Verarbeitendes

Abbildung 18**Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2026**

Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mio. Tonnen, CO₂-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Gewerbe (C) und Energie/Wasser (D/E) tragen zu 50% der Gesamtemissionen bei. Im Jahr 2026 dürften die Emissionen etwa 614 Millionen Tonnen betragen. Diese liegen damit fast 10,9% oberhalb eines linearen Abbaupfads, der zur Erfüllung der Emissionsreduktionsziele führen würde (vgl. Abbildung 18).

Ostdeutschlands Wirtschaft hält sich etwas besser

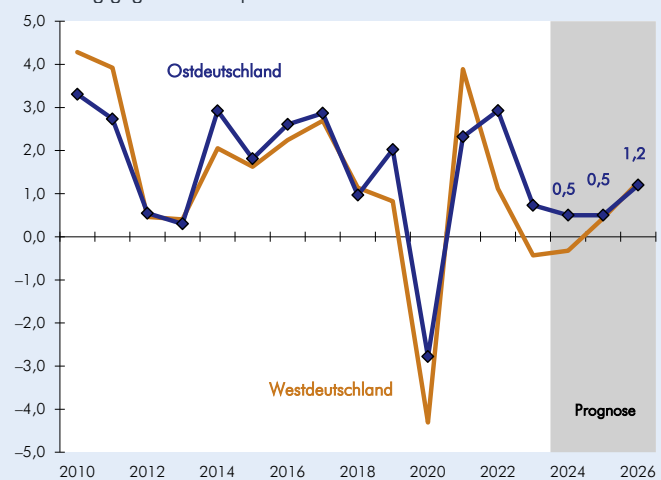
Typischerweise ist die Wirtschaft Ostdeutschlands geringeren Schwankungen unterworfen als die Deutschlands insgesamt, denn die zyklischen Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes sind vor allem im Westen stark. Die gegenwärtige Schwäche der deutschen Industrie ist zwar weniger konjunkturell als strukturell, aber auch von ihr scheint Ostdeutschland in etwas geringerem Maß betroffen zu sein als der Westen. Das liegt nicht nur an der etwas geringeren Bedeutung der Industrie. Denn Indikatoren wie die Umsatzentwicklung und das regional erhobene ifo Geschäftsklima deuten darauf hin, dass sich das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe zurzeit etwas besser behauptet als das im Westen. Dabei hilft wohl auch ein Branchenmix, der etwas anders ist als der westdeutsche. Neben dem Halbleiter-Cluster um Dresden kann hierbei auch die Tesla-Fabrik in Grünheide genannt werden, auf welche in den Jahren 2022 und 2023 die starke Expansion des Verarbeitenden Gewerbes in Brandenburg zum großen Teil zurückgeht (vgl. Kasten 2). Darüber hinaus fällt die recht deutliche Expansion des Staatskonsums in Ostdeutschland stärker ins Gewicht als im Westen. Alles in allem dürfte das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,5% zulegen, trotz des gesamtdeutschen Rückgangs um 0,2% (vgl. Abbildung 19).

Was die ostdeutsche Wirtschaft allerdings schon jetzt belastet, ist der demographisch bedingte Schwund an Arbeitskräften. So lag die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im September 2024 im Osten um 0,2% unter Vorjahresniveau, während sie im Westen noch um 0,4% zulegen konnte. Die demographische Schere dürfte künftig verhindern, dass die ostdeutsche Produktion – wie in den vergangenen Jahren – spürbar rascher expandiert als die in Deutschland insgesamt. In den Jahren 2025 und 2026 werden die Zuwachsraten mit 0,5% und 1,2% wohl jeweils in etwa so hoch sein wie in Westdeutschland. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2024 bei 7,5% liegen, in den Jahren 2025 und 2026 bei 7,7%.

Abbildung 19

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

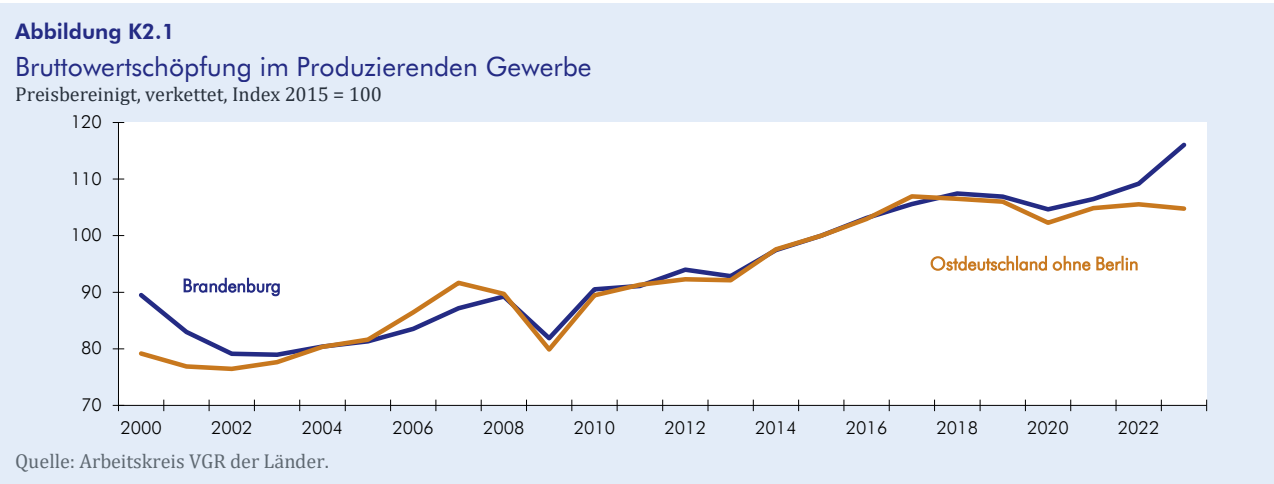
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2024 Prognose des IWH.

Kasten 2
Zur Wirkung der Produktionsaufnahme in der Autofabrik Grünheide auf das Bruttoinlandsprodukt in Brandenburg in den Jahren 2022 und 2023

In den Jahren bis 2021 expandierte das Bruttoinlandsprodukt in Brandenburg in etwa im Gleichlauf mit dem Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenländern insgesamt. In den Jahren 2022 und 2023 war die Dynamik der Wertschöpfung in Brandenburg dann deutlich höher (vgl. Abbildung K2.1): Hier lag die Produktion im Jahr 2023 um 4,7% höher als im Jahr 2021, in den vier anderen Flächenländern nur um 2,2%.



Dabei entwickelten sich die Dienstleistungen und der Bau in Brandenburg sogar schwächer als anderswo; die höhere Dynamik des Bruttoinlandsprodukts geht zur Gänze auf eine hohe Expansion im Verarbeitenden Gewerbe zurück, das in Brandenburg im Jahr 2021 einen Anteil von lediglich 13% an der gesamten Bruttowertschöpfung hatte, im Jahr 2023 einen von 16% (vgl. Tabelle K2).

Tabelle K2
Preisbereinigter Zuwachs zwischen 2021 und 2023 in %

	Bruttoinlands- produkt	Bruttowertschöpfung		
		Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Dienstleistungen
Brandenburg	4,7	29,4	−10,0	3,1
vier restliche ostdeutsche Flächenländer ¹	2,2	1,5	−5,7	4,5

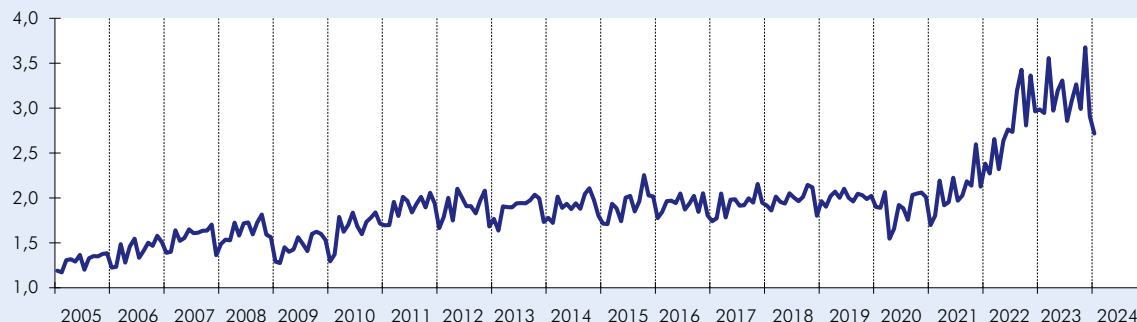
¹ Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Die Vermutung liegt nahe, dass dabei der Produktionsstart der Tesla-Autofabrik in Grünheide eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Anlage wurde ab dem Frühjahr 2020 errichtet und im März 2022 offiziell eröffnet; danach wurde die Produktion gemäß Pressberichten bis Februar 2023 nach und nach ausgeweitet.^{K2.1} Dem entspricht in etwa, dass der Gesamtumsatz im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe ab dem Winter 2021/2022 deutlich zunahm, um ab Herbst 2022 in etwa zu stagnieren (vgl. Abbildung K2.2).^{K2.2}

K2.1 Vgl. etwa Fuhrmann, M.: Gigafactory Berlin: Zahlen und Fakten zur Tesla-Fabrik in Grünheide. Pressebericht vom 06.03.2024.
K2.2 Von dem Anstieg um 52% zwischen 2021 und 2023 gehen nur 22% auf den zu der Zeit starken Anstieg der Preise für Produkte des Verarbeitenden Gewerbes zurück.

Abbildung K2.2**Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Brandenburg**

In Mrd. Euro

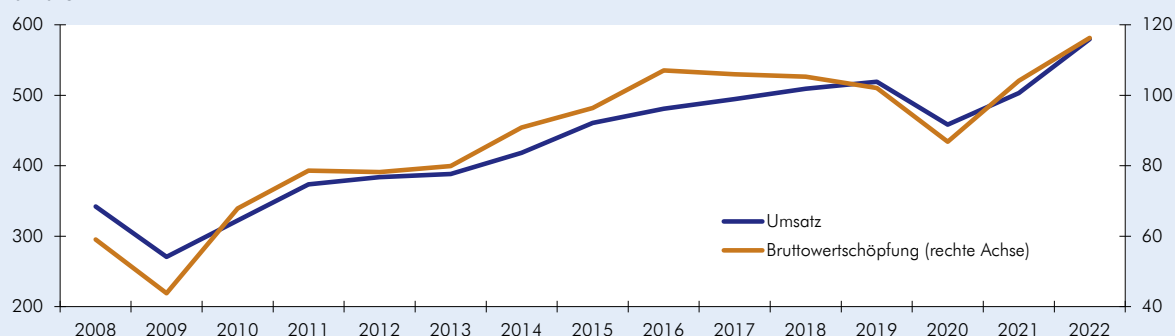


Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

Eine Aufgliederung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe auf einzelne Wirtschaftszweige ist nicht verfügbar, und damit ist auch der genaue Beitrag des Wirtschaftszweiges „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ an der Expansion der Bruttowertschöpfung in Brandenburg nicht öffentlich bekannt. Jedoch informiert das Statistische Bundesamt für die meisten Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes auf Landesebene detaillierter über den jährlichen Umsatz. Dieser nahm im Verarbeitenden Gewerbe Brandenburgs zwischen 2021 und 2023 um 12,9 Mrd. Euro zu, und davon gingen 8,8 Mrd. oder 68,5% allein auf das Konto der Automobilbranche, deren Umsatz sich mehr als versechsfachte. Dahinter dürfte im Wesentlichen die Produktion in Grünheide stecken.^{K2.3} Zudem dürfte Tesla auch Aufträge an andere Brandenburgische Hersteller der Branche vergeben haben. Bruttowertschöpfung und Umsatz entwickeln sich in der deutschen Automobilindustrie im Zeitablauf recht parallel (vgl. Abbildung K2.3), der Anteil der Wertschöpfung am Umsatz beträgt in etwa 20%.^{K2.4} Daraus ergibt sich eine zusätzliche Wertschöpfung von 1,8 Mrd. Euro zwischen 2021 und 2023, was etwa 62% der zusätzlichen Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Brandenburgs ausmacht. Auf diese Größenordnung lassen auch bis zum Jahr 2022 reichende statistische Angaben zur Entwicklung der nominalen Wertschöpfung in den Landkreisen schließen: Allein im Landkreis Oder-Spree, in dem Grünheide liegt, nahm die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2022 um 81% oder 850 Millionen Euro zu.

Abbildung K2.3**Umsatz und Bruttowertschöpfung in Deutschland im Wirtschaftszweig Produktion von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen**

In Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

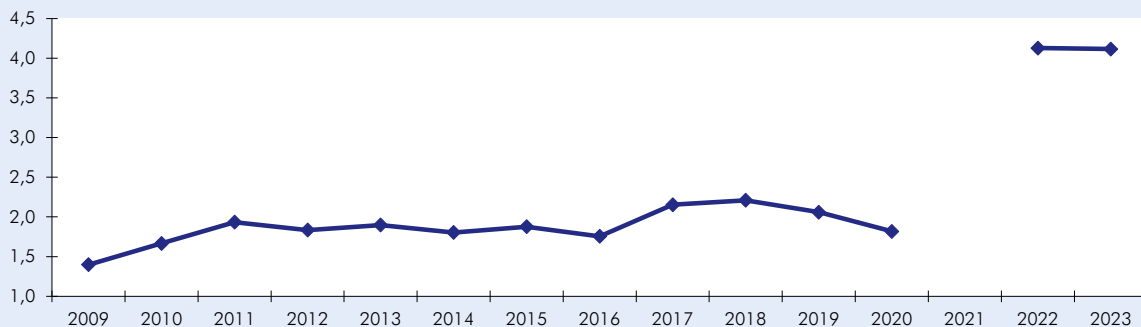
^{K2.3} Eine Größenordnung von etwa 10 Mrd. Euro ergibt sich für den Verkaufswert der in Grünheide im Jahr 2023 produzierten Autos, denn nach Presseberichten wurden in dem Jahr etwa 200 000 Stück vom Typ Model Y hergestellt (4 000 pro Woche), die im Einzelhandel einen Preis von etwa 50 000 Euro hatten.

^{K2.4} Dieses Verhältnis ergibt sich für die gesamte Automobilbranche, welche bis in die jüngste Zeit im Wesentlichen Autos mit Verbrennungsmotor produzierte. Tesla produziert Elektroautos, die Batterien benötigen, welche in der Regel zugekauft werden. Grünheide stellt allerdings Teilkomponenten dieser Batterien selbst her.

Darüber hinaus ist zu vermuten, dass auch in anderen Wirtschaftszweigen Zulieferer für die Tesla-Fabrik zu finden sind. Welche Branchen haben neben der Automobilindustrie zwischen 2021 und 2023 noch deutlich expandiert? Nur für 18 der 24 Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes weist das Statistische Bundesamt Umsätze für die Jahre 2021 bis 2023 aus, und von diesen hat keiner einen Zuwachs zu verzeichnen, der nennenswert über der allgemeinen Teuerung läge. Auffallend ist allerdings ein Umsatzsprung bei Metallerzeugung und -bearbeitung. Für diesen Wirtschaftszweig gibt es für das Jahr 2021 keine Angaben, in den beiden Folgejahren liegt die Produktion aber jeweils etwa doppelt so hoch wie in den Jahren zuvor (vgl. Abbildung K2.4). Die beiden wichtigsten brandenburgischen Metallerzeuger, Riva-Stahl mit Standorten in Hennigsdorf und in der Stadt Brandenburg sowie ArcelorMittal mit dem Standort Eisenhüttenstadt, weisen kräftige Umsatzsteigerungen von zusammen etwa einer Milliarde Euro sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2022 aus. Ein erheblicher Teil des Zuwachses in den Umsätzen und auch in der Wertschöpfung im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe dürfte also neben der Automobilbranche auf die Metallerzeuger und -bearbeiter zurückgehen. Dabei hat der Wirtschaftszweig wohl auch von der zusätzlichen Nachfrage vonseiten Teslas profitiert. So geben die beiden erwähnten Stahlproduzenten als wichtigen Abnehmer ihrer Produkte die Automobilindustrie an.^{K2.5}

Abbildung K2.4**Umsatz der brandenburgischen Metallerzeuger und -bearbeiter¹**

In Mrd. Euro

¹ Wert für 2021 nicht verfügbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Alles in allem dürften mindestens zwei Drittel des Zuwachses im Verarbeitenden Gewerbe in Brandenburg zwischen 2021 und 2023 direkt oder indirekt auf den neuen Standort Grünheide zurückgehen. Allerdings war die Inbetriebnahme der Tesla-Fabrik ein einmaliger Effekt. Auch wegen der derzeitigen Schwäche der Nachfrage nach Elektroautos ist mit größeren Impulsen zumindest für das Jahr 2024 nicht zu rechnen.

^{K2.5} In ihren Web-Präsentationen gehen beide Unternehmen auf ihre Produktpalette und deren Verwendungen ein; vgl. [ArcelorMittal Germany Holding GmbH: Stahlverarbeitung](#) und [Riva-Stahl GmbH: Rundstahl](#).

Defizit der öffentlichen Haushalte geht kaum zurück

Im Jahr 2024 wird das Haushaltsdefizit des Staates mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik etwas geringer ausfallen als im Jahr zuvor. So werden die Steuereinnahmen, trotz anhaltender konjunktureller Schwäche, mit dem Auslaufen der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze für Gaslieferungen und in der Gastronomie, der Anhebung der Lkw-Maut und der geringeren Inanspruchnahme der Inflationsausgleichsprämie wieder expandieren. Letztere führt, zusammen mit der Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung und dem gestiegenen Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung, zu einer hohen Dynamik bei den Beitragseinnahmen. Die Ausgaben des Staates legen mit einer ähnlichen Rate zu wie schon im Jahr zuvor. Zwar wurden die Ausgaben insbesondere für Klimaschutzmaßnahmen und die Landesverteidigung nochmals ausgeweitet, die Maßnahmen zur Stabilisierung der Energiepreise, vor allem die Strom- und Gaspreisbremse, sind jedoch entfallen, sodass die Ausgaben des Staates langsamer

expandieren als die Einnahmen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo bei $-2,4\%$ liegen, nach $-2,6\%$ im Jahr zuvor.

Im Jahr 2025 nehmen die Einnahmen des Staates wieder etwas verhaltener zu. Zwar entfällt die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie dann vollständig, und bei den Sozialbeiträgen wirken der spürbare Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und die weitere Erhöhung des Beitragsatzes zur Pflegeversicherung einnahmesteigernd. Die Bruttolöhne und -gehälter entwickeln sich aber deutlich schwächer als zuletzt und dämpfen somit den Zuwachs des Beitrags- und Lohnsteueraufkommens. Die Einnahmen aus gewinnabhängigen Steuern dürften im Jahr 2025 durch den deutlichen Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Vorjahr gedämpft werden. Zudem führen bei der Lohnsteuer und den gewinnabhängigen Steuern das Steuerfortentwicklungsgesetz und das Wachstumschancengesetz zu Mindereinnahmen. Die empfangenen Vermögenseinkommen dürften mit den sinkenden Zinsen deutlich langsamer expandieren als in den Jahren zuvor. Gleiches gilt für die staatlichen Verkäufe, deren hoher Zuwachs im Jahr 2024 durch die Änderungen bei der Lkw-Maut geprägt war. Alles in allem nehmen die Einnahmen des Staates im Jahr 2025 um $4,5\%$ zu, nach $5,1\%$ im Jahr zuvor.

Auch die gesamtstaatlichen Ausgaben dürften im Jahr 2025 etwas schwächer zulegen als im Vorjahr. So dürfte die Dynamik bei den Vorleistungskäufen infolge der vorläufigen Haushaltsführung in der ersten Hälfte des Jahres 2025 schwächer ausfallen als zuvor. Auch die Arbeitnehmerentgelte, die in den beiden Jahren zuvor durch Einmalzahlungen im Rahmen der Inflationsausgleichsprämie an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geprägt waren, legen im Jahr 2025 verhaltener zu. Die Zinsausgaben des Staates expandieren erneut kräftig, jedoch nicht mehr so stark wie in den Jahren 2022 bis 2024, weil die Rendite deutscher Staatsanleihen annahmegemäß nicht weiter steigt. Gleiches gilt für die monetären Sozialleistungen. Zwar nimmt die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2025 leicht zu, die Rentenanpassung zum 1. Juli 2025 fällt mit $3,6\%$ aber deutlich geringer aus als in den Vorjahren. Die geleisteten Vermögenstransfers, die im Vorjahr durch Sondereffekte überzeichnet waren, entwickeln sich sogar rückläufig. Die sozialen Sachleistungen dürften, auch aufgrund von Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Krankenhaus- und der Pflegereform, erneut mit einer hohen Rate expandieren. Die öffentlichen Investitionen expandieren ähnlich wie im Vorjahr. Zwar dürften die öffentlichen Bauten infolge der vorläufigen Haushaltsführung in der ersten Hälfte des Jahres 2025 schwächer ausfallen als zuvor, weil es bei manchen öffentlichen Bauprojekten annahmegemäß zu Verzögerungen kommt. Hingegen expandieren die Ausrüstungsinvestitionen durch militärische Beschaffungen nochmals kräftig. Die Subventionen stagnieren auf hohem Niveau. Einerseits werden die klimaschutzbezogenen Ausgaben zurückgefahren, andererseits erhöht sich jedoch der EEG-Finanzierungsbedarf. Alles in allem nehmen die gesamtstaatlichen Ausgaben im Jahr 2025 um $3,6\%$ zu.

Im Jahr 2026 schwächt sich die Dynamik der öffentlichen Einnahmen weiter ab. So expandieren die Bruttolöhne und -gehälter erneut vergleichsweise schwach. Bei den Sozialbeiträgen führt zudem der geringere Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen zu einer schwächeren Zuwachsrate. Die Steuereinnahmen expandieren hingegen etwas stärker als im Vorjahr. Zwar steht das Lohnsteueraufkommen im Zeichen des erneut geringen Aufwuchses der Lohnsumme, die Unternehmensgewinne expandieren im Jahr 2026 jedoch wieder. Auch die Einnahmen aus staatlichen Verkäufen expandieren abgeschwächt, weil keine Mehreinnahmen durch Mauterhöhungen mehr anfallen. Die Ausgaben des Staates legen im Jahr 2026 mit einer fast gleichbleibenden Rate zu. Zwar expandieren die monetären Transfers verhaltener, weil die Rentenanpassung zum 1. Juli 2025 und zum 1. Juli 2026 geringer ausfällt als in den Jahren zuvor und die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2026 kaum mehr zunimmt. Die Subventionen dürften sogar zurückgehen, weil die staatlichen Ausgaben für die EEG-Finanzierung mit wieder anziehenden Strompreisen wieder abnehmen dürften. Aufgrund steigender Abführungen an die EU nehmen aber die sonstigen laufenden Transfers kräftig zu. Gleiches gilt für die öffentlichen Investitionen, auch weil Projekte, die wegen der vorläufigen Haushaltsführung im ersten Halbjahr 2025 nicht ausgeführt werden konnten, dann nachgeholt werden. Alles in allem expandieren die öffentlichen Einnahmen im Jahr 2026 um $3,3\%$ und die Ausgaben des Staates um $3,8\%$.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo erhöht sich, ausgehend von $-2,6\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023, mit der in den Jahren 2024 und 2025 restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik bis zum Jahr 2025 auf -2% .

Im Jahr 2026 dürfte er in einer ähnlichen Größenordnung verharren. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von –2,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 auf –1,9% im Jahr 2026 (vgl. Kasten 3).¹³

Der strukturelle Primärsaldo lag im Jahr 2023 bei –1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik erhöht er sich bis zum Jahr 2025 auf –0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2026 dürfte er bei –0,7% liegen (vgl. Tabelle 16). Der Bruttoschuldenstand nimmt mit den im Prognosezeitraum durchweg negativen gesamtstaatlichen Finanzierungssalden zwar weiter zu. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöht er sich jedoch nur geringfügig von 62,9% im Jahr 2023 auf 63,6% im Jahr 2026.

Tabelle 16**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2023	2024	2025	2026
gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–107,5	–103,4	–89,7	–102,4
– Konjunkturkomponente ¹	–13,4	–30,7	–32,2	–17,0
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–94,1	–72,6	–57,5	–85,4
– Einmaleffekte ²	0,0	0,0	0,0	0,0
= struktureller Finanzierungssaldo	–94,1	–72,6	–57,5	–85,4
+ Zinsausgaben des Staates	36,6	45,1	49,4	51,4
= struktureller Primärsaldo	–57,6	–27,6	–8,1	–34,0
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,0	30,0	19,5	–26,0
nachrichtlich:	in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %			
struktureller Finanzierungssaldo	–2,2	–1,7	–1,3	–1,9
struktureller Primärsaldo	–1,4	–0,6	–0,2	–0,7
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,1	0,7	0,5	–0,6

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² laut AMECO-Datenbank.

Quellen: Statistisches Bundesamt; AMECO, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

¹³ Zur Berechnung des strukturellen Finanzierungssaldos wird bei der Bestimmung des konjunkturellen Einflusses auf die öffentlichen Haushalte (sog. Konjunkturkomponente) das Produktionspotenzial bzw. die Produktionslücke nach EU-Verfahren zugrunde gelegt. Das IWH schätzt Produktionspotenzial und -lücke zudem mit einem modifizierten EU-Verfahren (MODEM, vgl. Kasten 1). Dieses orientiert sich zwar am EU-Verfahren, schätzt das Produktionspotenzial jedoch etwas niedriger ein. Dies führt im Ergebnis dazu, dass der MODEM-Ansatz die aktuellen Haushaltsdefizite in geringerem Maße als konjunkturell bzw. in stärkerem Maße als strukturell einschätzt als das EU-Verfahren, was den staatlichen Verschuldungsspielraum reduziert. Da zur Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ebenfalls die Konjunkturkomponente benötigt wird, fällt die für den Bund errechnete maximal zulässige Nettokreditaufnahme für das Jahr 2025 bei Potenzialschätzung mit EU-Verfahren um gut 4 Mrd. Euro höher aus als bei Verwendung der modifizierten EU-Methode.

Kasten 3**Zur Einordnung des öffentlichen Defizits im Kontext der europäischen Fiskalregeln**

Zum 30. April 2024 wurden die Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) angepasst. Die bisher geltenden Regelungen des im Jahr 2011 geschlossenen Fiskalpakts, der den Stabilitäts- und Wachstumspakt konkretisieren sollte, sahen bei einer Schuldenstandsquote von über 60% des Bruttoinlandsprodukts als mittelfristiges Haushaltsziel einen strukturellen Finanzierungssaldo von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vor. Hätte ein Mitgliedstaat dieses Ziel verfehlt, musste er sein strukturelles Haushaltsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 0,5% pro Jahr verringern. Sofern dies nicht gelang, konnte ein *Significant Deviation Procedure* eingeleitet werden, in dessen Rahmen die betreffenden Mitgliedstaaten zu einer verzinslichen Einlage in Höhe von 0,2% des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet werden konnten.^{K3.1} Nach der vorliegenden Prognose hätte Deutschland im Prognosezeitraum gegen die bisher geltenden Vorgaben des europäischen Fiskalpakts verstoßen.

Die für die Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten mit den vorgenommenen Anpassungen des SWP ab dem Jahr 2025 geltenden neuen Regelungen würde Deutschland im Prognosezeitraum jedoch ebenfalls verletzen. Diese sehen vor, dass die Europäische Kommission mit denjenigen Mitgliedstaaten, deren Schuldenstandsquote den Referenzwert von 60% übersteigt oder deren Haushaltsdefizit über 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt, über länderspezifische „Nettoausgabenpfade“^{K3.2} für die kommenden vier, gegebenenfalls auch sieben Jahre verhandelt mit dem Ziel, das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit unter 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu halten bzw. bis zum Ende des Anpassungszeitraums auf unter 3% zu senken, um die Schuldenstandsquote auf einen plausibel rückläufigen Pfad zu bringen bzw. unter 60% zu stabilisieren. Dabei soll die Schuldenstandsquote, sofern sie bei über 90% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt, im Anpassungszeitraum jährlich um einen Prozentpunkt, sofern sie zwischen 60% und 90% liegt, jährlich um 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden. Zudem gilt die Vorgabe, dass Länder, die die Referenzwerte überschreiten und deren gesamtstaatlicher struktureller Finanzierungssaldo unter –1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt, ihren strukturellen Primärsaldo jährlich um 0,4 Prozentpunkte erhöhen, sofern der Anpassungszeitraum vier Jahre beträgt bzw. um 0,25% jährlich bei einem Anpassungszeitraum von 7 Jahren.^{K3.3} Die Nettoausgabenpfade der Mitgliedstaaten sind vom Rat der EU zu billigen. Sofern ein Mitgliedstaat mit einer Schuldenstandsquote von über 60% deutlich vom Nettoausgabenpfad abweicht und keinen nahezu ausgeglichenen Haushalt – gleichbedeutend mit einem Haushaltsdefizit von maximal 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – aufweist, prüft die Europäische Kommission die Eröffnung eines schuldenstandsbasierten Defizitverfahrens.^{K3.4} Die Abweichungen vom Nettoausgabenpfad werden auf einem Kontrollkonto erfasst. Sofern sich auf dem Kontrollkonto ein jährlicher Fehlbetrag von 0,3 des Bruttoinlandsprodukts oder ein kumulierter Fehlbetrag in Höhe von 0,6% des Bruttoinlandsprodukts angesammelt hat, kann die Kommission dem Rat die Eröffnung eines Defizitverfahrens vorschlagen.^{K3.5} Ergreift der betreffende Mitgliedstaat keine effektiven Maßnahmen zur Korrektur des Defizits, können finanzielle Sanktionen verhängt werden. Diese sehen in den ersten sechs Monaten Strafzahlungen in Höhe von bis zu 0,05% des BIP vor, die in der Folge halbjährlich um jeweils 0,05% verschärft werden können.

^{K3.1} Vgl. Mühlbach, C.: [Ein Update für die europäischen Fiskalregeln](#), in: Wirtschaftsdienst, Vol. 102 (6), 2022, 456–460.

^{K3.2} Die „Nettoausgaben“ bezeichnen dabei die Staatsausgaben abzüglich der Zinsausgaben, der Ausgaben aufgrund konjunktureller Arbeitslosigkeit und der diskretionären Mehreinnahmen. Zudem sollen Ausgaben für EU-Programme, die vollständig durch Einnahmen aus den Unionsfonds finanziert werden und Ausgaben für Ko-Finanzierungen durch die Mitgliedstaaten nicht in den Nettoausgaben enthalten sein (vgl. Bundesrechnungshof: [Bericht nach §88 Abs. 2 BHO an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Reform der Europäischen Fiskalregeln](#), Juni 2023, 10).

^{K3.3} Vgl. Darvas, Z. et al.: [The Implications of the European Union's New Fiscal Rules](#). Policy Brief 10/2024, Juni 2024.

^{K3.4} Gegen Mitgliedstaaten, deren gesamtstaatliches Haushaltsdefizit 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt überschreitet, kann ein defizitbasiertes Verfahren eingeleitet werden, sofern die Überschreitung nicht nur geringfügig, ausnahmsweise und vorübergehend erfolgt.

^{K3.5} Vgl. Fremerey, M. et al.: [Zwischen Schuldentragfähigkeit und Investitionsbedarf](#). IW Policy Paper Nr. 11, 2024.

Anhang

Tabelle A1

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 824,6	2 594,6	444,7	785,3	–
2	– Abschreibungen	858,0	472,2	115,2	270,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 966,6	2 122,4	329,5	514,7	–167,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 223,6	1 614,0	337,6	272,0	19,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,6	28,0	0,3	10,3	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	55,5	53,4	0,2	1,9	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	759,9	533,8	–8,3	234,3	–187,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 229,0	–	–	2 229,0	13,8
9	– geleistete Subventionen	84,5	–	84,5	–	4,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	424,3	–	424,3	–	8,3
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 028,8	951,9	36,6	40,4	377,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 174,3	669,9	31,4	473,1	231,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 474,2	251,9	326,3	2 896,0	–314,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	519,5	128,4	–	391,1	14,4
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	533,3	–	533,3	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	862,1	–	–	862,1	3,5
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	860,8	150,1	709,9	0,8	4,8
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	740,4	82,6	657,0	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	730,6	–	–	730,6	10,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	439,8	253,7	91,9	94,2	90,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	382,0	223,4	33,4	125,2	148,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 419,1	160,6	854,1	2 404,4	–259,2
23	– Konsumausgaben	3 110,8	–	905,2	2 205,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
25	= Sparen	308,3	102,9	–51,1	256,5	–259,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	105,1	15,4	74,4	15,3	7,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	87,7	48,1	19,4	20,1	24,6
28	– Bruttoinvestitionen	907,1	507,3	117,1	282,7	–
29	+ Abschreibungen	858,0	472,2	115,2	270,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,1	19,4	–0,5	0,2	–19,1
31	= Finanzierungssaldo	222,6	81,2	–107,5	249,0	–222,6
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 419,1	160,6	854,1	2 404,4	–259,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	554,6	–	554,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	554,6	–	–	554,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 419,1	160,6	299,4	2 959,0	–259,2
36	– Konsum ³	3 110,8	–	350,5	2 760,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
38	= Sparen	308,3	102,9	–51,1	256,5	–259,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 899,7	2 624,9	465,6	809,1	–
2	– Abschreibungen	888,8	489,2	119,4	280,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 010,9	2 135,8	346,2	528,9	–182,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 338,5	1 697,3	354,1	287,1	20,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,2	30,0	0,3	10,9	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	61,8	59,3	0,2	2,4	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	693,0	467,8	–8,1	233,3	–202,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 344,5	–	–	2 344,5	14,1
9	– geleistete Subventionen	56,8	–	56,8	–	5,2
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	441,8	–	441,8	–	5,2
11	– geleistete Vermögenseinkommen	974,3	882,5	45,1	46,7	422,6
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 115,2	604,9	33,7	476,6	281,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 563,3	190,2	365,5	3 007,6	–329,0
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	536,7	126,6	–	410,1	14,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	550,7	–	550,7	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	908,7	–	–	908,7	3,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	907,4	152,8	753,7	0,8	4,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	785,3	84,1	700,4	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	775,7	–	–	775,7	10,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	459,3	274,0	89,9	95,4	95,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	402,2	237,7	32,0	132,4	153,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 509,2	96,1	911,6	2 501,5	–274,9
23	– Konsumausgaben	3 214,1	–	948,5	2 265,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
25	= Sparen	295,1	38,3	–36,9	293,7	–274,9
26	– geleistete Vermögenstransfers	113,8	13,9	84,0	16,0	6,8
27	+ empfangene Vermögenstransfers	91,1	51,4	20,2	19,5	29,5
28	– Bruttoinvestitionen	909,0	511,3	122,6	275,1	–
29	+ Abschreibungen	888,8	489,2	119,4	280,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	15,1	15,4	–0,5	0,3	–15,1
31	= Finanzierungssaldo	237,0	38,3	–103,4	302,1	–237,0
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 509,2	96,1	911,6	2 501,5	–274,9
33	– geleistete soziale Sachtransfers	589,6	–	589,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	589,3	–	–	589,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 508,9	96,1	322,0	3 090,8	–274,9
36	– Konsum ³	3 198,9	–	359,7	2 839,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
38	= Sparen	310,0	38,4	–37,7	309,3	–274,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 996,4	2 687,1	485,7	823,6	–
2	– Abschreibungen	918,7	507,2	124,1	287,4	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 077,7	2 179,9	361,6	536,2	–158,4
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 420,4	1 755,1	368,4	296,9	21,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,4	33,8	0,3	12,3	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	62,6	59,7	0,2	2,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	673,4	450,8	–7,1	229,8	–179,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 427,1	–	–	2 427,1	14,3
9	– geleistete Subventionen	57,4	–	57,4	–	5,2
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	456,3	–	456,3	–	5,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	632,4	536,3	49,4	46,8	467,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	779,7	249,8	34,5	495,4	320,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 646,7	164,3	376,9	3 105,6	–311,9
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	540,5	119,7	–	420,8	15,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	555,2	–	555,2	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	965,8	–	–	965,8	3,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	964,6	156,3	807,5	0,8	4,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	823,0	85,7	736,5	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	814,3	–	–	814,3	9,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	468,3	277,9	90,4	100,0	101,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	422,5	253,1	34,0	135,4	147,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 605,7	90,4	946,6	2 568,7	–270,9
23	– Konsumausgaben	3 312,2	–	983,2	2 329,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,9	–	57,9	–
25	= Sparen	293,5	32,4	–36,6	297,7	–270,9
26	– geleistete Vermögenstransfers	116,2	29,7	70,0	16,5	6,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	93,1	52,3	20,9	19,9	29,6
28	– Bruttoinvestitionen	941,3	536,2	128,7	276,4	–
29	+ Abschreibungen	918,7	507,2	124,1	287,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	15,1	15,2	–0,5	0,4	–15,1
31	= Finanzierungssaldo	232,7	10,8	–89,7	311,5	–232,7
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 605,7	90,4	946,6	2 568,7	–270,9
33	– geleistete soziale Sachtransfers	615,6	–	615,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	615,6	–	–	615,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 605,7	90,4	331,1	3 184,2	–270,9
36	– Konsum ³	3 312,2	–	367,6	2 944,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,9	–	57,9	–
38	= Sparen	293,5	32,4	–36,6	297,7	–270,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2026

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 128,4	2 778,6	504,1	845,7	–
2	– Abschreibungen	945,8	523,3	129,0	293,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 182,6	2 255,3	375,1	552,2	–149,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 489,0	1 803,3	380,6	305,1	21,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	52,6	38,4	0,3	13,9	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	58,6	56,0	0,2	2,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	699,6	469,6	–5,7	235,7	–170,6
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 495,4	–	–	2 495,4	14,6
9	– geleistete Subventionen	53,5	–	53,5	–	5,2
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	473,2	–	473,2	–	5,7
11	– geleistete Vermögenseinkommen	656,9	558,8	51,4	46,8	517,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	810,6	273,6	35,3	501,8	363,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 768,5	184,4	398,0	3 186,1	–309,2
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	549,7	117,7	–	432,0	16,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	565,2	–	565,2	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 000,1	–	–	1 000,1	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	999,0	160,6	837,6	0,8	4,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	856,8	87,6	768,4	0,8	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	847,9	–	–	847,9	9,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	488,3	290,5	98,4	99,3	107,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	441,0	269,6	36,0	135,4	154,8
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 726,7	118,7	970,0	2 638,1	–267,4
23	– Konsumausgaben	3 417,7	–	1 019,4	2 398,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,1	–	58,1	–
25	= Sparen	309,0	60,5	–49,4	297,9	–267,4
26	– geleistete Vermögenstransfers	119,2	37,8	64,4	17,1	6,5
27	+ empfangene Vermögenstransfers	95,5	53,5	21,8	20,3	30,2
28	– Bruttoinvestitionen	987,4	558,9	139,9	288,5	–
29	+ Abschreibungen	945,8	523,3	129,0	293,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	15,1	14,8	–0,5	0,8	–15,1
31	= Finanzierungssaldo	228,6	25,8	–102,4	305,2	–228,6
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 726,7	118,7	970,0	2 638,1	–267,4
33	– geleistete soziale Sachtransfers	640,0	–	640,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	640,0	–	–	640,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 726,7	118,7	330,0	3 278,1	–267,4
36	– Konsum ³	3 417,7	–	379,4	3 038,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,1	–	58,1	–
38	= Sparen	309,0	60,5	–49,4	297,9	–267,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A2**VGR-Tabellen****Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2024		2025	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,7	0,2	0,0	0,2	0,4	0,1	-0,1	0,1
Arbeitsvolumen	0,4	-0,2	-0,1	0,3	-0,6	0,3	-0,2	-0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,4	-0,4	-0,1	0,1	-1,0	0,2	-0,1	-0,1
Produktivität¹	-0,6	0,0	0,6	1,0	0,3	-0,3	0,0	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,3	-0,2	0,4	1,3	-0,3	-0,1	-0,1	1,0
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	3 110,8	3 214,1	3 312,2	3 417,7	1 570,7	1 643,4	1 612,9	1 699,3
private Haushalte²	2 205,6	2 265,6	2 329,0	2 398,3	1 108,7	1 156,9	1 133,5	1 195,5
Staat	905,2	948,5	983,2	1 019,4	462,0	486,5	479,4	503,8
Anlageinvestitionen	899,9	895,8	912,5	959,9	438,4	457,4	439,9	472,5
Bauten	466,1	462,6	467,6	488,5	229,7	232,9	228,6	239,0
Ausrüstungen	275,7	264,7	269,1	287,9	127,8	137,0	126,9	142,1
sonstige Anlageinvestitionen	158,0	168,5	175,8	183,5	80,9	87,6	84,4	91,4
Vorratsveränderung³	7,2	13,3	28,9	27,5	6,2	7,0	22,3	6,5
inländische Verwendung	4 017,9	4 123,2	4 253,5	4 405,1	2 015,4	2 107,8	2 075,1	2 178,3
Außenbeitrag	167,7	182,0	158,4	149,6	110,3	71,8	89,8	68,6
Exporte	1 816,6	1 823,9	1 862,3	1 928,2	913,7	910,1	920,0	942,3
Importe	1 649,0	1 641,8	1 703,9	1 778,7	803,5	838,3	830,2	873,7
Bruttoinlandsprodukt	4 185,6	4 305,2	4 411,9	4 554,7	2 125,6	2 179,6	2 164,9	2 246,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	5,6	3,3	3,0	3,2	3,8	2,8	2,7	3,4
private Haushalte²	6,3	2,7	2,8	3,0	3,0	2,4	2,2	3,3
Staat	4,1	4,8	3,7	3,7	5,8	3,9	3,8	3,6
Anlageinvestitionen	4,9	-0,5	1,9	5,2	-0,8	-0,2	0,4	3,3
Bauten	4,4	-0,8	1,1	4,5	-1,6	0,1	-0,5	2,6
Ausrüstungen	4,8	-4,0	1,7	7,0	-3,7	-4,2	-0,6	3,8
sonstige Anlageinvestitionen	6,2	6,6	4,4	4,4	7,0	6,2	4,3	4,4
Inländische Verwendung	4,2	2,6	3,2	3,6	2,1	3,1	3,0	3,3
Exporte	0,4	0,4	2,1	3,5	-0,3	1,1	0,7	3,5
Importe	-3,6	-0,4	3,8	4,4	-3,4	2,5	3,3	4,2
Bruttoinlandsprodukt	5,9	2,9	2,5	3,2	3,3	2,5	1,8	3,1
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	4,0	4,2	3,6	3,3	5,2	3,3	4,1	3,1
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 676,9	2 695,2	2 718,6	2 752,5	1 330,0	1 365,2	1 337,4	1 381,2
private Haushalte²	1 881,9	1 882,1	1 897,3	1 917,5	927,4	954,8	930,2	967,1
Staat	795,2	813,4	821,7	835,6	402,8	410,6	407,5	414,2
Anlageinvestitionen	730,8	709,5	709,8	733,3	348,4	361,1	343,1	366,7
Bauten	346,4	333,7	331,1	339,3	166,6	167,2	162,4	168,7
Ausrüstungen	239,3	225,9	225,7	237,3	109,1	116,8	106,7	119,0
sonstige Anlageinvestitionen	147,4	153,2	157,1	161,2	73,8	79,4	75,6	81,6
inländische Verwendung	3 442,9	3 443,3	3 483,0	3 537,2	1 694,7	1 748,5	1 713,1	1 769,9
Exporte	1 526,8	1 520,3	1 535,7	1 575,8	764,5	755,8	760,6	775,1
Importe	1 352,0	1 353,0	1 391,8	1 440,4	664,6	688,5	680,7	711,1
Bruttoinlandsprodukt	3 615,5	3 608,1	3 623,9	3 669,5	1 794,0	1 814,1	1 791,6	1 832,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	-0,3	0,7	0,9	1,2	0,8	0,6	0,6	1,2
private Haushalte²	-0,4	0,0	0,8	1,1	0,1	-0,1	0,3	1,3
Staat	-0,1	2,3	1,0	1,7	2,3	2,3	1,2	0,9
Anlageinvestitionen	-1,2	-2,9	0,0	3,3	-3,1	-2,8	-1,5	1,5
Bauten	-3,4	-3,6	-0,8	2,5	-4,3	-3,0	-2,5	0,9
Ausrüstungen	-0,8	-5,6	-0,1	5,2	-5,5	-5,7	-2,2	1,9
sonstige Anlageinvestitionen	4,7	3,9	2,6	2,6	4,6	3,3	2,4	2,8
inländische Verwendung	-0,4	0,0	1,2	1,6	-0,8	0,9	1,1	1,2
Exporte	-0,3	-0,4	1,0	2,6	-0,6	-0,2	-0,5	2,6
Importe	-0,6	0,1	2,9	3,5	-1,9	2,0	2,4	3,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2	0,4	1,3	-0,3	-0,1	-0,1	1,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2024		2025	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben ²	6,7	2,7	2,0	1,9	2,9	2,5	1,9	2,0
Konsumausgaben des Staates	4,2	2,4	2,6	2,0	3,4	1,6	2,6	2,7
Anlageinvestitionen	6,1	2,5	1,8	1,8	2,4	2,7	1,9	1,7
Bauten	8,1	3,0	1,9	1,9	2,8	3,2	2,1	1,7
Ausrüstungen	5,7	1,7	1,8	1,7	1,8	1,6	1,6	1,9
Exporte	0,7	0,8	1,1	0,9	0,4	1,3	1,2	1,0
Importe	-3,0	-0,5	0,9	0,9	-1,5	0,5	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	6,1	3,1	2,0	2,0	3,6	2,5	2,0	2,1
5 Einkommensentstehung und -verteilung								
a) Mrd. EUR								
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 896,0	3 007,6	3 105,6	3 186,1	1 473,8	1 533,9	1 517,3	1 588,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	383,0	401,2	423,6	437,1	193,4	207,8	204,3	219,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 846,0	1 943,3	2 003,5	2 058,3	932,0	1 011,2	960,4	1 043,2
übrige Primäreinkommen ⁴	667,0	663,1	678,4	690,7	348,3	314,8	352,6	325,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	578,2	555,7	541,1	582,4	268,2	287,5	250,1	291,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 474,2	3 563,3	3 646,7	3 768,5	1 742,0	1 821,4	1 767,3	1 879,3
Abschreibungen	858,0	888,8	918,7	945,8	441,9	446,9	457,4	461,3
Bruttonationaleinkommen	4 332,2	4 452,1	4 565,4	4 714,3	2 183,8	2 268,3	2 224,7	2 340,7
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 134,5	3 178,4	3 247,8	3 348,7	1 548,9	1 629,5	1 567,3	1 680,5
Arbeitnehmerentgelt	2 229,0	2 344,5	2 427,1	2 495,4	1 125,5	1 219,0	1 164,6	1 262,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	905,4	833,9	820,7	853,3	423,4	410,4	402,7	418,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	6,0	3,9	3,3	2,6	4,3	3,4	3,0	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,0	4,7	5,6	3,2	4,8	4,7	5,6	5,6
Bruttolöhne und -gehälter	7,4	5,3	3,1	2,7	6,2	4,4	3,0	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	6,4	4,9	3,1	2,5	5,7	4,2	3,1	3,1
übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	-0,6	2,3	1,8	-0,8	-0,3	1,2	3,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,6	-3,9	-2,6	7,6	-2,7	-5,0	-6,7	1,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,3	2,6	2,3	3,3	3,1	2,0	1,5	3,2
Abschreibungen	7,6	3,6	3,4	3,0	3,5	3,6	3,5	3,2
Bruttonationaleinkommen	5,7	2,8	2,5	3,3	3,2	2,3	1,9	3,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,8	1,4	2,2	3,1	1,9	1,0	1,2	3,1
Arbeitnehmerentgelt	6,8	5,2	3,5	2,8	6,0	4,5	3,5	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,7	-7,9	-1,6	4,0	-7,7	-8,2	-4,9	1,8
6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²								
a) Mrd. EUR								
Masseneinkommen	1 857,9	1 958,0	2 013,7	2 075,4	945,8	1 012,1	972,4	1 041,4
Nettolöhne und -gehälter	1 286,5	1 351,9	1 377,5	1 412,9	645,3	706,6	655,2	722,2
monetäre Sozialleistungen	730,6	775,7	814,3	847,9	383,9	391,8	405,0	409,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	159,2	169,6	178,0	185,4	83,3	86,3	87,9	90,1
übrige Primäreinkommen ⁴	667,0	663,1	678,4	690,7	348,3	314,8	352,6	325,8
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-120,5	-119,6	-123,5	-128,0	-58,7	-60,9	-61,0	-62,5
Verfügbares Einkommen	2 404,4	2 501,5	2 568,7	2 638,1	1 235,5	1 266,1	1 264,0	1 304,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,7	57,7	57,9	58,1	28,0	29,7	28,1	29,8
Konsumausgaben	2 205,6	2 265,6	2 329,0	2 398,3	1 108,7	1 156,9	1 133,5	1 195,5
Sparen	256,5	293,7	297,7	297,9	154,8	138,9	158,7	139,0
Sparquote (%) ⁶	10,4	11,5	11,3	11,0	12,2	10,7	12,3	10,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	8,4	5,4	2,8	3,1	6,6	4,3	2,8	2,9
Nettolöhne und -gehälter	9,5	5,1	1,9	2,6	6,7	3,6	1,5	2,2
monetäre Sozialleistungen	6,1	6,2	5,0	4,1	6,5	5,8	5,5	4,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,9	6,5	5,0	4,1	7,7	5,5	5,5	4,5
übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	-0,6	2,3	1,8	-0,8	-0,3	1,2	3,5
Verfügbares Einkommen	6,9	4,0	2,7	2,7	4,4	3,7	2,3	3,1
Konsumausgaben	6,3	2,7	2,8	3,0	3,0	2,4	2,2	3,3
Sparen	8,1	14,5	1,4	0,1	13,8	15,3	2,5	0,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2024		2025	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	957,6	992,5	1 011,5	1 038,4	487,9	504,5	497,4	514,0
Nettosozialbeiträge	709,9	753,7	807,5	837,6	364,3	389,4	388,9	418,5
Vermögenseinkommen	31,4	33,7	34,5	35,3	17,6	16,1	18,0	16,5
sonstige Transfers	33,4	32,0	34,0	36,0	13,7	18,3	14,7	19,3
Vermögenstransfers	19,4	20,2	20,9	21,8	8,9	11,3	9,1	11,8
Verkäufe	165,5	182,7	197,4	207,1	85,1	97,6	92,3	105,1
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 917,4	2 015,0	2 106,0	2 176,3	977,6	1 037,4	1 020,5	1 085,4
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	626,4	666,0	695,3	722,7	321,4	344,6	336,5	358,8
Arbeitnehmerentgelt	337,6	354,1	368,4	380,6	170,2	183,9	176,8	191,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,6	45,1	49,4	51,4	22,6	22,5	25,1	24,3
Subventionen	84,5	56,8	57,4	53,5	25,4	31,5	26,0	31,5
monetäre Sozialleistungen	657,0	700,4	736,5	768,4	346,3	354,1	365,6	370,9
sonstige laufende Transfers	91,9	89,9	90,4	98,4	43,0	46,9	43,9	46,5
Vermögenstransfers	74,4	84,0	70,0	64,4	38,2	45,8	27,3	42,6
Bruttoinvestitionen	117,1	122,6	128,7	139,9	54,9	67,6	55,8	72,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,1	-0,4	-0,1	-0,4
Insgesamt	2 025,0	2 118,4	2 195,6	2 278,8	1 022,0	1 096,4	1 057,0	1 138,6
Finanzierungssaldo	-107,5	-103,4	-89,7	-102,4	-44,4	-59,0	-36,5	-53,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	-0,3	3,6	1,9	2,7	3,9	3,4	1,9	1,9
Nettosozialbeiträge	6,4	6,2	7,1	3,7	6,5	5,9	6,8	7,5
Vermögenseinkommen	68,7	7,5	2,2	2,2	10,4	4,5	2,2	2,3
sonstige Transfers	14,5	-4,2	6,2	5,9	-6,5	-2,3	7,3	5,5
Vermögenstransfers	5,6	3,7	3,9	3,8	4,0	3,4	3,0	4,7
Verkäufe	4,6	10,4	8,1	4,9	8,6	12,0	8,5	7,7
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,5	5,1	4,5	3,3	5,2	5,0	4,4	4,6
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	3,2	6,3	4,4	3,9	6,9	5,8	4,7	4,1
Arbeitnehmerentgelt	5,3	4,9	4,1	3,3	5,8	4,1	3,9	4,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,2	23,3	9,5	4,0	31,3	16,1	11,0	8,1
Subventionen	25,3	-32,8	1,0	-6,9	-40,0	-25,5	2,3	0,0
monetäre Sozialleistungen	7,0	6,6	5,1	4,3	7,0	6,2	5,6	4,7
sonstige laufende Transfers	-17,5	-2,1	0,6	8,8	-2,5	-1,8	2,1	-0,8
Vermögenstransfers	-4,4	12,8	-16,7	-8,0	28,8	2,2	-28,5	-6,8
Bruttoinvestitionen	4,4	4,7	5,0	8,7	8,7	1,6	1,6	7,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,5	4,6	3,6	3,8	5,5	3,8	3,4	3,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-2,4	-2,0	-2,2	-2,1	-2,7	-1,7	-2,4

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2024: Prognose des IWH.

Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Szenarien für die Erreichung der gesetzlichen Emissionsziele

Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Alessandro Sardone, Christoph Schult, Götz Zeddies

Zusammenfassung

Das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft wächst mittelfristig (2023 bis 2029) mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 0,3% und damit deutlich schwächer als in den Jahren zuvor. Dies ist auf eine ungünstigere Entwicklung aller drei Faktoren (Arbeitsvolumen, Kapitalstock, totale Faktorproduktivität) zurückzuführen. Das potenzielle Wachstum wird insbesondere durch den Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit gedämpft.

Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit liegt in den Jahren 2025 bis 2029 bei ungefähr 2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Monetäre Transfers und soziale Sachleistungen nehmen demographiebedingt stärker zu als das nominale Bruttoinlandsprodukt, und diese Mehrausgaben werden durch höhere Beitragssätze zu den Sozialversicherungen finanziert. Das strukturelle Haushaltsdefizit dürfte in der mittleren Frist zwischen 2% und 3% liegen.

Auf Basis einer Langfristprojektion für die Produktion wird abgeschätzt, wie stark bei gegebener Gesetzeslage die CO₂-Emissionen zurückgehen dürften. Es ist ohne weitere Maßnahmen nur mit leicht sinkenden Treibhausgasemissionen zu rechnen. Die von der Politik angestrebte Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 dürfte deutlich verfehlt werden, wenn keine weiteren Maßnahmen zur Minderung der Emissionen ergriffen werden.

Die Auswirkungen einer Emissionsreduktion, die den Vorgaben des Klimaschutzgesetzes entspricht, werden in zwei Alternativszenarien analysiert: Im Emissionsmengen-Feinstuerungsszenario wird angenommen, dass neben dem CO₂-Emissionshandel auch nicht marktbasierende Maßnahmen wie Verordnungen genutzt werden, um die Emissionsziele zu erreichen. Im Marktpreis-Szenario wird Klimaneutralität ausschließlich über CO₂-Emissionshandel mit europaweit sinkender Mengenbeschränkung erreicht. Der gegenüber dem Feinstuerungsszenario stärkere Anstieg der Energiepreise bedeutet stärkere Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung und einen schnelleren energie-sparenden technischen Fortschritt. Der zur Erreichung der Emissionsziele erforderliche gesamtwirtschaftliche Konsumverzicht fällt im Marktpreis-Szenario deutlich niedriger aus als im Feinstuerungs-Szenario.

DOI <https://doi.org/10.18717/kafwxy-jq25>

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E66, H68, O11

Schlagwörter: makroökonomische Projektion, Öffentliche Finanzen, Produktionspotenzial, Treibhausgasemissionen, wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Wirtschaftswachstum

Einleitung

Die deutsche Wirtschaft steht gegenwärtig vor großen und vielfältigen Herausforderungen. Eine ganze Reihe davon haben langfristigen Charakter. Dazu zählen insbesondere die Schwächung der Wachstumskräfte durch die Alterung der Bevölkerung und das Ziel, dass die Wirtschaft bis zum Jahr 2045 klimaneutral ausgerichtet sein soll. Beides dürfte nicht nur die gesamtwirtschaftliche Produktion, sondern auch die Staatsfinanzen langfristig belasten. Im vorliegenden Beitrag geht es um eine quantitative Abschätzung dieser Belastungen.

Ausgang der Analyse ist eine Langfristprojektion wichtiger Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Basis von Schätzung und Prognose des Produktionspotenzials. Auf dieser Grundlage und unter der Annahme einer unveränderten Gesetzeslage werden Zeitpfade für Staatseinnahmen und -ausgaben, den Finanzierungssaldo und den

* Dieser Beitrag wurde am 16. Januar 2025 veröffentlicht.

Schuldenstand des Staates abgeleitet. Die Projektionsergebnisse werden in den Kontext von Schuldenbremse und EU-weiten Fiskalregeln eingeordnet.

Auf Basis der Langfristprojektion für die Produktion in Deutschland kann auch abgeschätzt werden, wie stark bei gegebener Gesetzeslage die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 zurückgehen dürften. Zu diesem Zweck werden langfristige Trends in der Emissionsintensität einzelner Wirtschaftszweige fortgeschrieben. Es zeigt sich, dass das im Klimagesetz verankerte Ziel, die deutsche Wirtschaft bereits bis 2045 klimaneutral zu machen, unter diesen Umständen klar verfehlt wird.

Abschließend wird der Frage nachgegangen, welche Konsequenzen es für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hätte, wenn die Politik Maßnahmen ergreift, die hinreichend sind, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. In den dafür durchgeführten Simulationen wird eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion verwendet, die neben Arbeit und Kapital auch fossile und grüne Energie als Inputfaktoren umfasst. Dabei werden zwei Fälle betrachtet: in dem einen Szenario wird die Reduktion durch staatliche Vorgaben für konkrete Emissions-Reduktionsmaßnahmen bei privaten Akteuren erreicht. In dem anderen Szenario ergibt sich die Reduktion ausschließlich aus der dezentralen Anpassung privater Akteure an einen sich aus dem EU-Emissionshandel resultierenden CO₂-Preis. Es wird gezeigt, dass die volkswirtschaftlichen Kosten der Emissionsreduktion im zweiten Szenario deutlich geringer ausfallen.

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Finanzen ohne weitere Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen (Basisszenario)

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung

Im Folgenden wird zunächst das Basisszenario beschrieben, das auf dem gesetzlichen Status quo basiert und keine zusätzlichen Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen einbezieht. Stattdessen werden die bisherige Politik sowie die fortgesetzten branchenspezifischen Trends in der Emissionsintensität berücksichtigt.

Basierend auf der IWH-Kurzfristprognose¹ für die Jahre 2024 bis 2026 vom Dezember 2024 wird das Produktionspotenzial für den Zeitraum von 1996 bis 2050 unter Verwendung der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose angewandten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM) geschätzt.² Dabei wird die von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewandte Methode (EU-Methode) u. a. an die empirischen Gegebenheiten in Deutschland angepasst. Ein wesentlicher Unterschied liegt in der Fortschreibung der Partizipationsquote, dem Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre).³ Während nach der EU-Methode die gesamte Partizipationsquote mittels eines Einzelgleichungsmodells fortgeschrieben wird, erfolgt die Fortschreibung nach MODEM getrennt für einzelne Fünfjahreskohorten für Frauen und für Männer. Da sich die Erwerbsbeteiligung verschiedener Altersgruppen zum Teil deutlich unterscheidet, wird damit explizit einer demographisch bedingten Veränderung Rechnung getragen. So wird der Anteil der über 64-Jährigen, die eine relativ geringe Erwerbsbeteiligung aufweisen, in den kommenden Jahren zunehmen, während die Gruppe der 25- bis 39-Jährigen, die sich durch eine hohe Erwerbsbeteiligung auszeichnet, relativ schrumpfen wird. Mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus der Erwerbsbevölkerung, kehrt sich die relative Bedeutung der Jahrgänge ab der Mitte der 2030er Jahre wieder um. In der Folge wird die Partizipationsquote nach MODEM in den kommenden zehn Jahren zunächst leicht abnehmen, bevor sie in der zweiten Hälfte des Projektionszeitraums ansteigt und im Jahr 2050 mit

¹ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Frostige Aussichten für die deutsche Wirtschaft, in: [Konjunktur aktuell](#), Jg. 12 (4), 2024, 127 ff. Das IWH hat in seiner Dezemberprognose 2024 geschätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um –0,2% zurückgeht. Dies stimmt mit der amtlichen Rate von –0,2% überein, die am 15.01.2024 durch das Statistische Bundesamt veröffentlicht wurde, vgl. *Statistisches Bundesamt*: [Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken](#), Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2025.

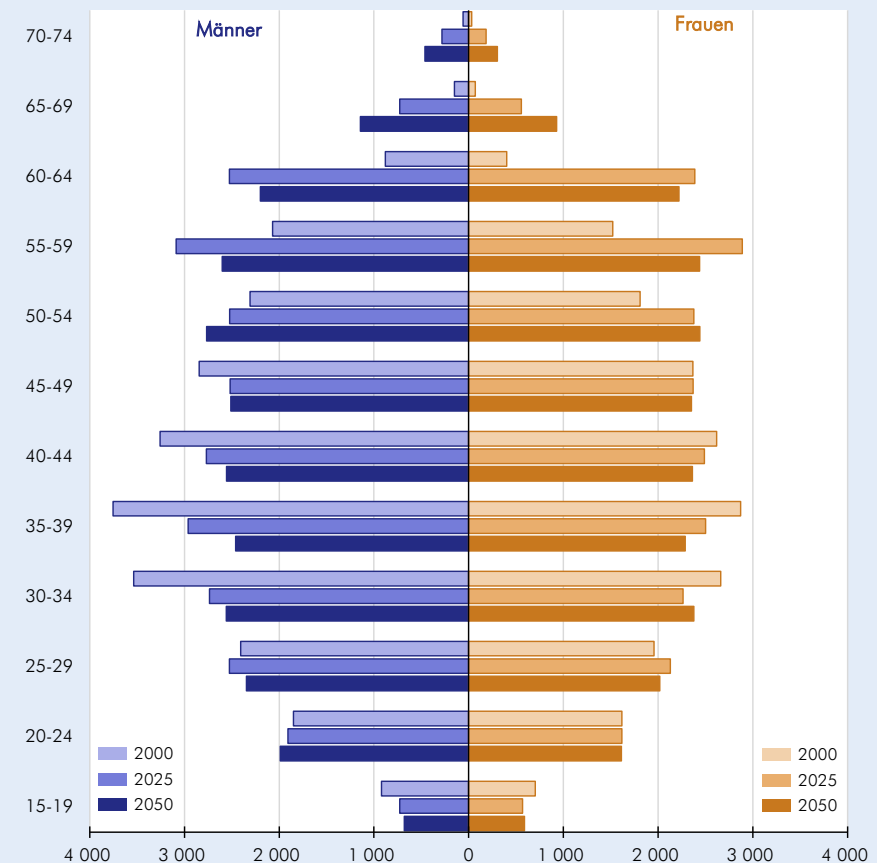
² Zu den Ergebnissen bis zum Jahr 2029 vgl. Kasten 1, *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*, a. a. O.

³ Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von Anfang Dezember 2022, die auf moderaten Annahmen zu Wanderung, Geburtenhäufigkeit und Anstieg der Lebenserwartung beruht. In der vorliegenden Projektion wurde diese unter Berücksichtigung aktueller Daten zum tatsächlichen Bevölkerungsstand sowie aktueller Wanderungsdaten angepasst.

77,3% etwa 2,5 Prozentpunkte höher liegt als im Jahr 2024. Nach EU-Methode würde die Partizipationsquote ungeachtet der demographischen Entwicklung über den gesamten Zeitraum kontinuierlich ansteigen und im Jahr 2050 bei mehr als 82% liegen.

Abbildung 1 zeigt, wie sich die Zusammensetzung der Erwerbspersonen im Vergleich zum Jahr 2000 demographisch bedingt verändert hat und sich bis zum Jahr 2050 verändern wird. So hat zwar die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt in den vergangenen 25 Jahren um 5 Millionen zugenommen. Die Altersgruppen von 30–49 Jahren verzeichneten jedoch einen Rückgang um insgesamt etwa 400 Tausend Personen, da dieser Bevölkerungsgruppe nun geburten schwächere Jahrgänge angehören. Um mehr als 6 Millionen stieg hingegen die Zahl der Erwerbspersonen in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen, den besonders geburtenstarken Jahrgängen 1960 bis 1969. Bis 2050 geht die Zahl der Erwerbspersonen wieder in etwa auf das Niveau des Jahres 2000 zurück. Aufgrund einer dann insgesamt gleichmäßigeren demographischen Struktur der Bevölkerung sind die Anteile einzelner Altersgruppen an den gesamten Erwerbspersonen ähnlich. Lediglich aus der jüngsten und den beiden ältesten Kohorten stammen aufgrund ihrer alters-typisch geringen Partizipationsquoten vergleichsweise wenige Erwerbspersonen.

Abbildung 1
Erwerbspersonen
In Tausend Personen



Quellen: Statistisches Bundesamt; OECD; Berechnungen des IWH.

Das Produktionspotenzial wächst sowohl in der mittleren Frist (2023 bis 2029) als auch im gesamten Projektionszeitraum (2023 bis 2050) mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 0,3% und damit deutlich schwächer als in den Jahren zuvor (vgl. Tabelle A1). Dies ist auf eine ungünstigere Entwicklung aller drei Faktoren (Arbeitsvolumen, Kapitalstock, totale Faktorproduktivität (TFP)) zurückzuführen. Das potenzielle Arbeitsvolumen nimmt in beiden betrachteten Zeiträumen um jahresdurchschnittlich 0,3% ab. In der mittleren Frist geht dieser Rückgang vor allem auf eine Reduktion der durchschnittlichen Arbeitszeit zurück, während der demographisch bedingte Rückgang der Erwerbsbevölkerung noch nahezu vollständig durch eine höhere Nettozuwanderung kompensiert werden kann. Im weiteren Verlauf bis zum Jahr 2050 nimmt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dann deutlicher ab. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit sinkt dann weiter, so dass nur eine höhere Partizipation einem noch stärkeren Rückgang des potenziellen Arbeitsvolumens entgegenwirkt. Das potenzielle Wachstum wird durch den Rückgang des Arbeitsvolumens in beiden Zeiträumen um knapp 0,2 Prozentpunkte gedämpft. Die andauernd verhaltene Investitionstätigkeit resultiert über den gesamten Projektionszeitraum bis zum Jahr 2050 in einem jährlichen Wachstum des Kapitalstocks von lediglich 0,8%, was in etwa der Hälfte des Durchschnitts der Jahre seit 1996 entspricht. Der Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks reduziert sich auf knapp 0,3 Prozentpunkte. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der trendmäßigen TFP und damit auch ihr Beitrag zum Potenzialwachstum (in Prozentpunkten) beträgt in der mittleren Frist

lediglich 0,2%, da diese durch die derzeitige konjunkturelle Schwächephase gedämpft wird. Im gesamten Projektionszeitraum liegt sie mit 0,3% etwas höher, jedoch ebenfalls nur in etwa halb so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2023.

Kasten 1

Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion

Die vorliegende Projektion für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 stützt sich auf ökonomische Modelle, in die makroökonomische Daten und Annahmen bezüglich des Zeitverlaufs makroökonomisch wichtiger Rahmendaten einfließen.^{K1.1} Zu diesen Rahmendaten gehören die Entwicklung von Weltwirtschaft und Welthandel, der Ölpreise und des Euro-Wechselkurses relativ zum US-Dollar, die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) und die von den Leitzinsen abhängigen Finanzierungsbedingungen im Euroraum und in Deutschland.

Es wird vor allem wegen des langsameren Wachstums der chinesischen Volkswirtschaft angenommen, dass die Expansionsrate der Produktion in der Welt in den folgenden Jahren etwas unterhalb des langjährigen Durchschnitts der vergangenen 20 Jahre liegt. Der Welthandel (Waren) dürfte im Jahr 2024 um 1,9% zugelegt haben und in den Jahren 2025 und 2026 um 2,2% bzw. um 1,7% zulegen. Die mittelfristig zu erwartende Wachstumsrate des Welthandels (Waren) wird mit reichlich 2½% veranschlagt. Der Ölpreis (Sorte Brent) notierte im Durchschnitt des Jahres 2024 bei 80,7 US-Dollar je Barrel, für die Jahre 2025 und 2026 wird ein Ölpreis von durchschnittlich 72 bzw. 70 US-Dollar unterstellt. Weiterhin wird angenommen, dass der Ölpreis in US-Dollar im Zeitraum von 2027 bis 2050 mit einer Jahresrate von 2% steigt (reale Konstanz). Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem ersten Quartal 2025 im gesamten Projektionszeitraum 1,06 US-Dollar je Euro. Des Weiteren bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei annahmegemäß konstanten nominalen Wechselkursen nahezu unverändert. Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2025 das Inflationsziel der EZB von 2% erreichen, und die EZB wird im Lauf des Jahres Leitzins weiter senken. Dennoch werden die Finanzierungsbedingungen im Prognosezeitraum im Euroraum und auch in Deutschland nicht wieder so günstig werden wie in den Jahren vor 2023.

^{K1.1} Zur Bedeutung der Rahmendaten vgl. Glas, A.; Heinisch, K.: Conditional Macroeconomic Survey Forecasts: Revisions and Errors, in: *Journal of International Money and Finance*, Vol.138, 102927, November 2023.

Mit Hilfe des makroökonomischen Modells des IWH wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2050 bedingt auf das zuvor ermittelte Produktionspotenzial und die in Kasten 1 genannten Rahmenbedingungen projiziert. Die tatsächliche Produktion nähert sich im Projektionszeitraum dem Produktionspotenzial an und erreicht mittel- bis langfristig den Potenzialpfad. Die deutsche Wirtschaft dürfte demnach bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2050 um durchschnittlich ½% pro Jahr expandieren (vgl. Tabellen A2 und A3). Aufgrund der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Ausgaben wird der Anteil des staatlichen Konsums gegenüber dem Jahr 2023 leicht höher ausfallen. Der Anteil des privaten Konsums am nominalen Bruttoinlandsprodukt sowie der Anteil der Investitionen bleibt nahezu unverändert. Der Außenbeitrag dürfte sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt leicht verringern. Aufgrund eines Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum von 2023 bis 2050 um 5,8%, dürfte der Beschäftigungszuwachs nur noch stagnieren. Die durchschnittliche Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weniger stark zurück als in den Jahren zuvor. Da die deutsche Wirtschaft am aktuellen Rand schwächer expandiert als das Produktionspotenzial, dürfte die Produktionslücke auch im Jahr 2024 und 2025 größer ausfallen als im Jahr 2023 und sich erst in den Folgejahren schließen. Der BIP-Deflator dürfte nach einem sehr starken Anstieg in den Jahren 2022 und 2023 mit über 6%, mit Raten von 1,8% pro Jahr zulegen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wird bis zum Jahr 2050 um durchschnittlich 2¼% zunehmen.

Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wird sich von 2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 bis zum Jahr 2026 zunächst mit dem leichten Wiederanziehen der Konjunktur verringern, allerdings nur geringfügig auf 2,2%. Dies

geht auch auf eine im Jahr 2025 restriktiv ausgerichtete Finanzpolitik zurück, die sich vor allem durch das Auslaufen der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie und die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung und den kräftigen Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung ergibt.⁴

In den Jahren 2027 bis 2029 dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in etwa auf dem Niveau des Jahres 2026 verharren. Dabei ist unterstellt, dass die Finanzpolitik in diesem Zeitraum konjunkturneutral ausgerichtet ist. Die öffentlichen Ausgaben dürften in den Jahren 2027 bis 2029 langsamer expandieren als in den Jahren zuvor. Dies betrifft etwa die öffentlichen Investitionen, deren Zuwachs in der kurzen Frist noch durch investive Maßnahmen, etwa das Sondervermögen Bundeswehr, geprägt ist, die in der mittleren Frist dann aber auf hohem Niveau nur noch geringfügig expandieren. Die geleisteten Vermögenstransfers und die Subventionen, die in den zurückliegenden Jahren durch diskretionäre Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-Pandemie und dem Energiepreisanstieg stark ausgeweitet wurden, gehen mit dem Wegfall dieser Maßnahmen sogar zurück. Auch der zuletzt kräftige Zuwachs der Zinsausgaben des Staates wird sich nach der Normalisierung des Zinsniveaus nicht fortsetzen. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs erfahren hingegen die monetären Sozialleistungen und die sozialen Sachleistungen. Die monetären Transfers sind stark durch die Rentenausgaben des Staates geprägt. Zwar werden diese aufgrund geringerer Rentenanpassungen in den Jahren 2027 bis 2029 weniger zulegen als in den Jahren zuvor, jedoch immer noch kräftiger als die öffentlichen Ausgaben insgesamt. Gleiches gilt für die sozialen Sachleistungen, in denen sich ein Großteil der Ausgaben der gesetzlichen Kranken- und der Pflegeversicherung wiederfinden und die ebenfalls demographiebedingt überdurchschnittlich ausgeweitet werden.

Ebenso wie die Ausgaben expandieren auch die Einnahmen des Staates in den Jahren 2027 bis 2029 deutlich verhaltener als zuvor. Hier wirkt sich der spürbar schwächere Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsproduktes aus, in dessen Folge die Expansion der Bruttolöhne und -gehälter im Zeitraum von 2027 bis 2029 nur noch bei jahresdurchschnittlich 0,6% liegt, verglichen mit 3,7% in den drei Vorjahren. Dies wirkt sich auf die Steuer- und Beitrags-einnahmen aus, die im Jahr 2023 87% der gesamten öffentlichen Einnahmen ausmachten. Allerdings ist bei den Steuereinnahmen zu berücksichtigen, dass diese in den Jahren 2024 bis 2026 durch diskretionäre Maßnahmen wie das Inflationsausgleichsgesetz, das Steuerfortentwicklungsgesetz oder die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie gedämpft wurden. Obgleich in dieser Projektion auch für die Folgejahre ein weiterer Abbau der kalten Progression unterstellt ist, fallen die Steuerentlastungen dann deutlich geringer aus, so dass die Steuereinnahmen in der mittleren Frist, trotz des geringeren Zuwachses des nominalen Bruttoinlandsprodukts, ähnlich wie in der kurzen Frist zulegen. Die Nettosozialbeiträge werden ebenfalls durch den schwachen Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter geprägt. Allerdings ist hier unterstellt, dass der kumulierte Beitragssatz auch in der mittleren Frist weiter angehoben wird, um die überproportional zunehmenden Ausgaben der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung zu decken.⁵

Tabelle 1**Einnahmen, Ausgaben, Finanzierungssaldo und Schuldenstand des Staates in Maastricht-Abgrenzung**

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Einnahmen (in Relation zum BIP in %)	45,8	46,8	47,7	47,8	48,2	48,7	48,9
Ausgaben (in Relation zum BIP in %)	48,4	49,2	49,8	50,0	50,3	50,7	50,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-107,5	-103,4	-89,7	-102,4	-99,9	-95,7	-96,5
Finanzierungssaldo (in Relation zum BIP in %)	-2,6	-2,4	-2,0	-2,2	-2,1	-2,0	-2,0
Bruttoschuldenstand (in Relation zum BIP in %)	62,9	63,1	63,3	63,6	64,1	64,7	65,4
struktureller Finanzierungssaldo (in Relation zum BIP in %)							
nach modifizierter EU-Methode (MODEM)	-2,4	-1,9	-1,5	-2,2	-2,5	-2,7	-2,9
nach EU-Methode	-2,2	-2,2	-1,7	-1,3	-1,9	-2,0	-2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 bis 2029: Prognose des IWH.

Alles in allem werden sowohl die Staatseinnahmen als auch die Staatsausgaben in den Jahren 2027 bis 2029 langsamer zulegen als zuvor. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit liegt in den Jahren 2027 bis 2029 bei ungefähr 2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben des Staates dürften sich in Relation

⁴ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH, a. a. O.

⁵ Dabei ist im Einzelnen unterstellt, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung, ausgehend von 18,6% im Jahr 2024, bis zum Jahr 2029 auf 20,1% angehoben wird. Für den durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird von einem Anstieg von ungefähr 1,7% im Jahr 2024 auf 3,6% im Jahr 2029 ausgegangen.

zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Dies geht darauf zurück, dass die monetären Transfers und die sozialen Sachleistungen demographiebedingt stärker zunehmen als das nominale Bruttoinlandsprodukt und diese Mehrausgaben annahmegemäß durch höhere Beitragssätze zu den Sozialversicherungen finanziert werden. Das strukturelle Haushaltsdefizit dürfte, in Abhängigkeit von der zur Potenzialschätzung angewandten Methode (EU-Verfahren vs. MODEM), in der mittleren Frist zwischen 2 und 3% liegen (vgl. Tabelle 1). Da das modifizierte EU-Verfahren (MODEM) ein geringeres Produktionspotenzial ausweist als das EU-Verfahren, ist die Produktionslücke bei ersterem größer. Dies bedeutet, dass bei der modifizierten EU-Methode ein höherer Teil der aktuellen und projizierten Haushaltsdefizite als strukturell eingestuft wird als beim EU-Verfahren. Folglich fällt das auf Grundlage des modifizierten EU-Verfahrens ausgewiesene strukturelle Haushaltsdefizit höher aus.⁶ Die Schuldenstandsquote dürfte sich im Projektionszeitraum kontinuierlich erhöhen und durchweg über 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Dies stellt einen Verstoß gegen die Vorgaben des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts dar (vgl. Kasten 2).

Kasten 2

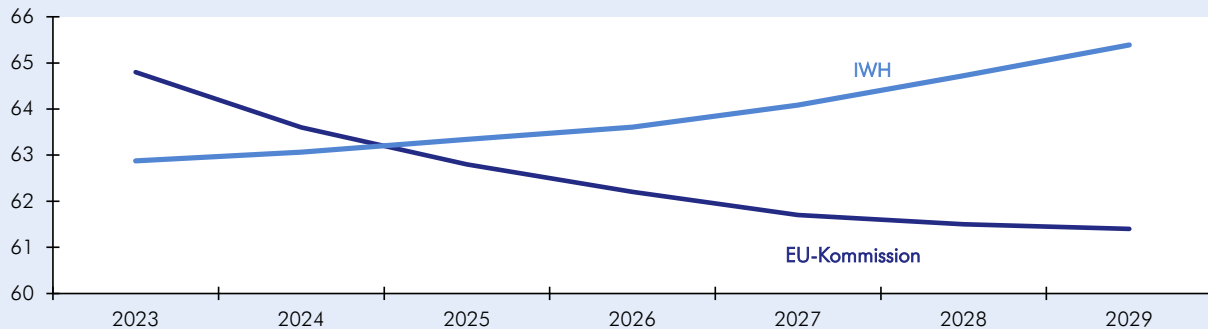
Die IWH-Mittelfristprojektion vor dem Hintergrund der neuen EU-Fiskalregeln

Zum 30. April 2024 wurden die Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) angepasst.^{K2.1} Danach schlägt die Europäische Kommission Mitgliedstaaten, deren Haushaltsdefizit 3% oder deren Schuldenstand 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt übersteigt, einen Referenzpfad für die öffentlichen Ausgaben vor mit dem Ziel, die Schuldenstandsquote auf einen rückläufigen Pfad zu bringen bzw. sie bei unter 60% zu halten.^{K2.2} Dazu muss jeder Mitgliedstaat einen sogenannten mittelfristigen strukturellen Finanzplan (*medium-term fiscal structural plan*) vorlegen, in dem er sich über einen Zeitraum von 4 bzw. 7 Jahren zu einem bestimmten finanzpolitischen Kurs und zu wichtigen investiven Maßnahmen und Reformen verpflichtet, zu denen die Kommission dann Stellung nimmt.^{K2.3} Mit den neuen Regeln rückt die Schuldenstandsquote als Indikator für die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen stärker in den Fokus. So soll diese bis zum Ende des Anpassungszeitraums auf einen plausiblen Abwärtstrend gebracht oder unter 60% gehalten werden, und das strukturelle Haushaltsdefizit soll, um dieses Ziel zu erreichen, 1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten.^{K2.4}

Abbildung K2

Schuldenstand

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %



Anmerkung: Datenstand der EU-Kommission = Herbst 2023.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen des IWH.

In der vorliegenden Projektion erhöht sich die Schuldenstandsquote von 62,9% im Jahr 2023 auf 65,4% im Jahr 2029. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit liegt im gesamten Projektionszeitraum bei über 1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Somit würde Deutschland durchweg gegen das neue EU-Regelwerk verstoßen und der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt würde nicht – wie gefordert – zurückgehen, sondern im genannten Zeitraum um fast 2½ Prozentpunkte steigen. Hingegen ging die EU-Kommission im jüngsten veröffentlichten *Debt Sustainability Monitor* 2023 vom März 2024^{K2.5} noch davon aus, dass sich die Schuldenstandsquote Deutschlands, ausgehend von damals noch 64,8% im Jahr 2023, bis zum Jahr 2029 um 3,4 Prozentpunkte

⁶ Vgl. hierzu auch *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*, a. a. O., 99–141.

auf dann 61,4% verringert (vgl. Abbildung K2). Die Hauptursache für die abweichende Entwicklung der Schuldenstandsquote im Vergleich zur IWH-Projektion dürfte in den sehr stark differierenden Annahmen zum Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Während dieses sich laut *Debt Sustainability Monitor* 2023 jährlich um 3½% erhöht, liegt der Zuwachs in der IWH-Projektion bei lediglich 2 ½%. Das nominale Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur die wesentliche Determinante für die staatlichen Einnahmen, sondern beeinflusst darüber hinaus auch als Nennergröße die Schuldenstandsquote.

Basierend auf der vorliegenden Prognose müsste das gesamtstaatliche Defizit jährlich um 25 bis 30 Mrd. Euro niedriger ausfallen, um das strukturelle Defizit (nach EU-Methode) auf unter 1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und die Schuldenstandsquote auf einen rückläufigen Pfad zu bringen.

K2.1 Vgl. hierzu auch *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*, a. a. O., 99–141.

K2.2 Vgl. Heimberger, P.; Welslau, L.; Schütz, B.; Gechert, S.; Guarascio, D.; Zezza, F.: Debt Sustainability Analysis in Reformed EU Fiscal Rules – The Effect of Fiscal Consolidation on Growth and Public Debt Ratios, in: *Intereconomics*, Vol. 59 (5), 2024, 276–283.

K2.3 Eine Erweiterung auf sieben Jahre ist möglich, wenn ein Mitgliedstaat öffentliche Investitionsprogramme oder strukturelle Reformen durchführen möchte, die langfristig das Produktionspotenzial erhöhen oder die öffentlichen Haushalte strukturell entlasten.

K2.4 Vgl. *European Commission: Debt Sustainability Monitor 2023. Institutional Paper 271, March 2024, 113.*

K2.5 Vgl. ebenda, 197.

Projektion von Bruttowertschöpfung und Treibhausgasemissionen

Mit Hilfe des makroökonomischen Modells wird auch die Produktion in den einzelnen Wirtschaftszweigen (A10-Klassifikation) prognostiziert. Dabei wird unterstellt, dass sich die sektoralen Anteile im Zeitverlauf nur allmählich entsprechend langfristiger Trends ändern. Die Literatur zeigt, dass der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes in fortgeschrittenen Volkswirtschaften rückläufig ist und der von Dienstleistungen stetig zunimmt.⁷ Auch wenn das Verarbeitende Gewerbe bis zum Jahr 2050 mit 17% weiterhin einen erheblichen Anteil an der Bruttowertschöpfung hat (vgl. Tabelle A4), so ist der Anteil seit Beginn der 1990er Jahre um gut 6 Prozentpunkte zurückgegangen. Im Gegensatz dazu dürfte der Anteil der Dienstleistungsbereiche von knapp 64% im Jahr 1991 auf über 78% im Jahr 2050 steigen. Die detaillierte sektorale Projektion eignet sich als Grundlage zur Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen.

Gemäß Klimaschutzgesetz soll bis 2045 Netto-Treibhausgasneutralität erreicht werden. Für die Prognose werden jährliche Daten zu den Emissionen nach Wirtschaftsbereichen (NACE-Einsteller) herangezogen:⁸ Die trendmäßigen Veränderungen der Emissionsintensitäten (in der Regel sind das Schrumpfungsraten) werden in die Zukunft fortgeschrieben und mit der projizierten Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftszweigen in der mittleren Frist multipliziert. Die Summe der so prognostizierten sektoralen Emissionen ergibt die jährliche Gesamtemissionsmenge in Deutschland.

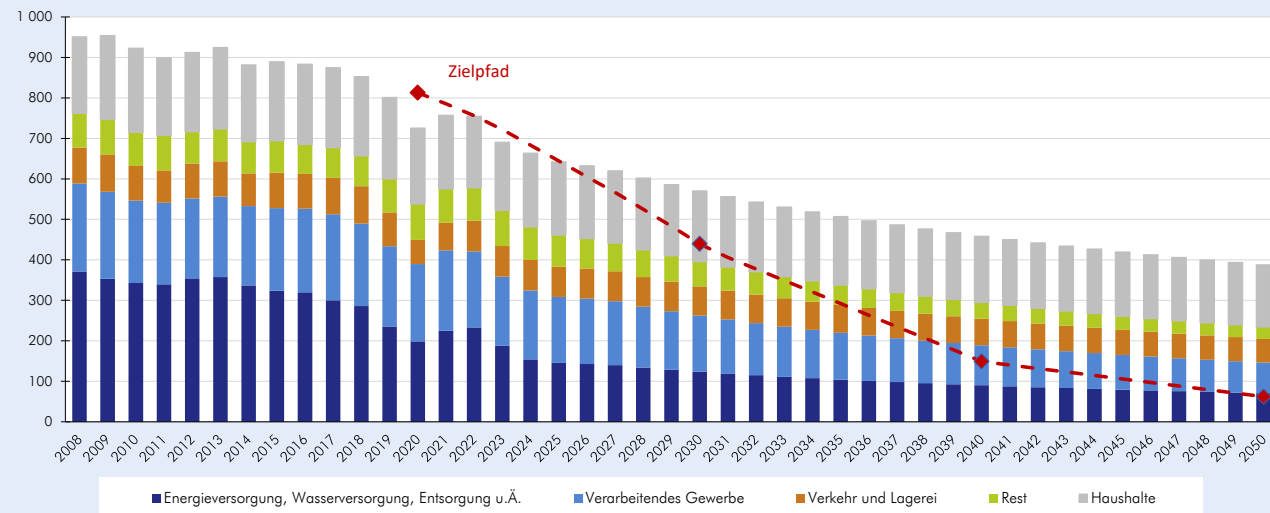
Im Jahr 2020 ließ die COVID-Pandemie die Treibhausgasemissionen deutlich sinken. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung stiegen sie im Jahr 2021 temporär wieder an. Die Emissionen sind weiter gesunken,⁹ im Jahr 2024 sind sie um circa 3% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und liegen nach Schätzungen des IWH bei 664 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Dieser jüngste Rückgang im Jahr 2024 ging nahezu vollständig auf geringere Ausstöße in der Energiewirtschaft zurück. Hierfür dürften sowohl eine geringere Energienachfrage infolge konjunkturbedingter Produktionsrückgänge in den energieintensiven Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes als auch höhere Stromimporte

⁷ Vgl. Herrendorf, B.; Rogerson, R.; Akos, V: Chapter 6: Growth and Structural Transformation, in: *Handbook of Economic Growth* Vol. 2, 2014, 855–941.

⁸ Im Wirtschaftsbereich U fallen keine Emissionen an.

⁹ Auch die vorläufigen Ergebnisse von Agora Energiewende weisen einen deutlichen Rückgang der Treibhausgasemissionen für das Jahr 2024 aus (vgl. *Agora Energiewende: Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024*. Berlin 2025.) und liegen nunmehr bei 656 Millionen CO₂-Äquivalenten.

eine Rolle gespielt haben. Dass die Emissionen in der Energiewirtschaft stärker sanken als die Wertschöpfung, reflektiert zudem einen weiteren Zubau regenerativer Energien. In den übrigen Wirtschaftsbereichen waren die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant.

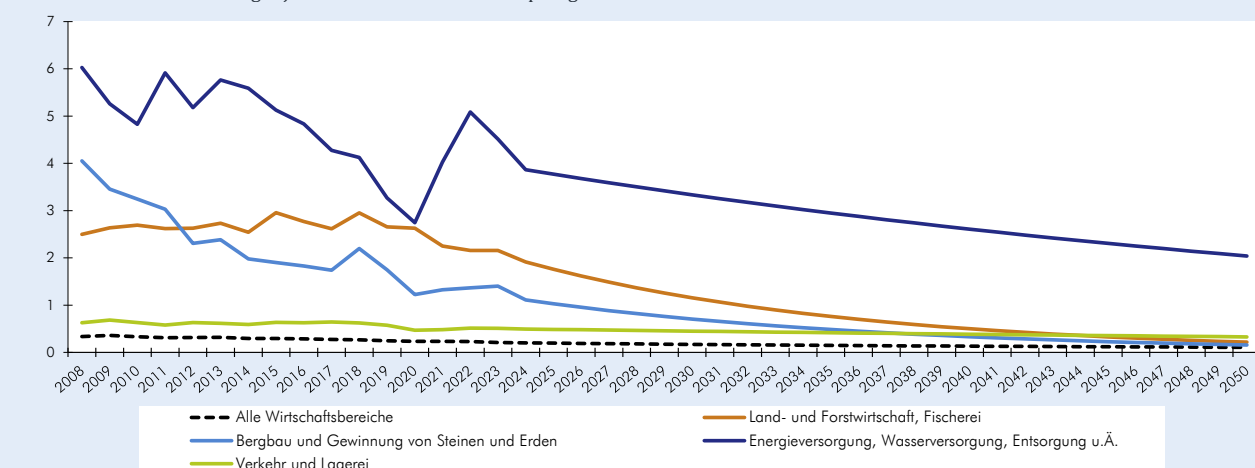
Abbildung 2**Gesamtemissionen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Zielpfad der Emissionen**Millionen Tonnen, CO₂-Äquivalent

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen des IWH.

Bis zum Jahr 2050 bleiben die Wirtschaftszweige mit den höchsten Emissionsanteilen das Verarbeitende Gewerbe, die Energieversorgung sowie Verkehr und Lagerei (vgl. Abbildung 2). Auf diese Bereiche entfallen knapp 60% der gesamten Emissionen. Dabei ist insbesondere die Produktion in der Energiewirtschaft in Relation zur Bruttowertschöpfung besonders emissionsintensiv (vgl. Abbildung 3). Im Zuge von Effizienzgewinnen etwa durch den weiteren Zubau von regenerativen Energien verringern sich die Emissionen dort bis 2050 um etwa ein Drittel. Die Emissionsintensität im Wirtschaftszweig Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ist auffallend hoch und zeigte bisher kaum einen Abwärtstrend. Auch bei den privaten Haushalten gehen die Emissionen bislang nur langsam zurück.

Abbildung 3**Emissionsintensitäten**

Millionen Tonnen Treibhausgas je Mrd. Euro Bruttowertschöpfung



Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen des IWH.

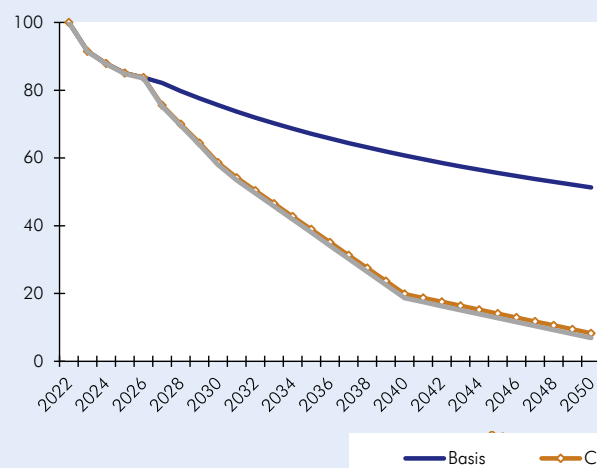
Insgesamt ist mittelfristig mit leicht sinkenden Treibhausgasemissionen zu rechnen. Allerdings dürfte der von der Politik angestrebte lineare Pfad hin zur Klimaneutralität zumindest bis zum Jahr 2050 deutlich verfehlt werden, wenn keine weiteren Maßnahmen zur Minderung der Emissionen ergriffen werden.

Klimapolitische Szenarien zur Erreichung der Treibhausgasneutralität

In diesem Abschnitt werden die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Emissionsreduktion, die zu Nettotreibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 führt (vgl. Abbildung 4), in zwei Alternativszenarien analysiert: dem Emissionsmengen- Feinsteuerungsszenario (Feinsteuerung) und dem CO₂-Marktpreis-Szenario. Die beiden Alternativszenarien werden mit der oben dargestellten Basisprojektion als Basisszenario verglichen. Als Grundlage dient ein makroökonomisches Wachstumsmodell, in dem Energie ein separater Produktionsfaktor ist und zwischen CO₂-neutraler und fossiler Energie unterschieden wird (vgl. Kasten 3).

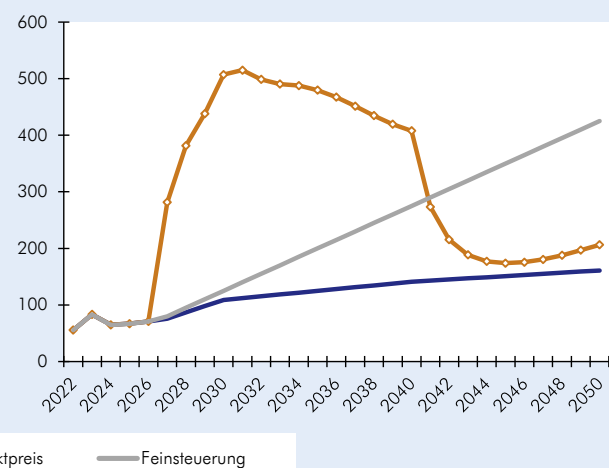
Basisszenario: Es beschreibt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2050 unter den angenommenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ohne zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen. In diesem Szenario wird der CO₂-Preis im EU-Emissionshandel (EU-ETS) zwischen 2025 und 2050 von aktuell etwa 80 Euro auf 160 Euro pro Tonne steigen, wie auch im Projektionsbericht der Bundesregierung 2023 erwartet (vgl. Abbildung 5).¹⁰

Abbildung 4
Emissionen insgesamt
Index 2022=100



Quelle: Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung 5
CO₂-Preis
In Euro pro Tonne CO₂



Emissionsmengen-Feinsteuerungsszenario: Dieses Szenario bildet einen Emissionsreduktionspfad mit den im Klimaschutzgesetz definierten Zwischenzielen ab. Hierbei wird angenommen, dass neben marktbasierenden Instrumenten wie dem CO₂-Emissionshandel auch nicht marktbasierende Maßnahmen (z. B. Verordnungen, Normen und Standardisierungen) genutzt werden, um die Emissionsziele zu erreichen, ohne dass der CO₂-Preis eine bestimmte politisch gesetzte Obergrenze übersteigt. Diese Obergrenze wird den Preisprojektionen des Brennstoff-Emissionshandels-gesetzes (BEHG) entnommen. Dies beruht auf der Annahme, dass Arbitrage zwischen dem nationalen und dem EU-Emissionshandel zu einer Angleichung der Preise führt.

CO₂-Marktpreis-Szenario: Basierend auf dem Sechs-Punkte-Plan von Gropp und Holtemöller (2024) wird ein Szenario untersucht, das ausschließlich auf den CO₂-Emissionshandel mit europaweit sinkender Mengenbeschränkung setzt.¹¹ Zusätzliche nicht marktbasierende Mechanismen kommen nicht zum Einsatz. Es wird weiterhin angenommen, dass Klimazölle eingeführt werden, die die negativen Effekte von asymmetrischen CO₂-Preisen in der EU auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie reduzieren, und sich der Außenbeitrag primär durch eine reduzierte Importmenge fossiler Energieträger ändert. Die CO₂-Preise ergeben sich in diesem Szenario ausschließlich aus Angebot und Nachfrage bei einer festgelegten Menge an Emissionszertifikaten. Die Preise steigen demnach bereits in den kommenden 5 Jahren auf über 500 Euro pro Tonne und sinken anschließend wieder.

¹⁰ Umweltbundesamt: [Projektionsbericht 2023 für Deutschland](#), 2023.

¹¹ Vgl. Gropp, R.; Holtemöller, O.: Sechs Punkte für eine effiziente grüne Transformation. IWH Policy Notes 2/2024, Halle 2024.

Gegenüber dem Emissionsmengen-Feinstuerungsszenario, in dem nicht marktbasierte Maßnahmen wie Verordnungen oder Normen die Nachfrage nach Emissionsrechten verringern und dadurch zu moderateren Preisanstiegen führen, zeigt das CO₂-Marktpreis-Szenario eine dynamischere Entwicklung der Preise, die stärkere Anreize für Investitionen und Emissionsreduktionen setzt.

Der langsamere Anstieg des CO₂-Preises im Emissionsmengen-Feinstuerungsszenario geht mit niedrigeren Investitionen in energiesparende Technologien als im Marktpreisszenario einher. Langfristig trägt der Ausbau CO₂-freier Energiequellen zwar zu einer Senkung der Energiepreise bei, doch höhere Energiepreise sind ein entscheidender Treiber für verstärkte Energieeinsparungen. Es wird angenommen, dass ein Energiepreisanstieg von 10% innerhalb von drei Jahren die Energieeffizienz um 0,5% erhöht.¹²

Der Ausbau CO₂-freier Technologien führt zudem zu signifikanten Lerneffekten. So erhöht eine Verdopplung der Produktion erneuerbarer Energien die Produktivität neuer Anlagen um etwa 20%.¹³ Im CO₂-Marktpreis-Szenario bewirken temporär höhere Energiepreise langfristig eine Verfünffachung der CO₂-freien Energieproduktion, was zu einem deutlichen Anstieg der Investitionen führt.

Der moderatere Anstieg der Energiepreise im Feinstuerungsszenario wirkt sich hemmend auf den Ausbau CO₂-freier Energien aus, da die geringeren Energiepreise weniger Anreize für Investitionen schaffen (vgl. Abbildung 6). Gleichzeitig verzögert der langsamer steigende Energiepreis die Implementierung energieeffizienter Maßnahmen und damit den Fortschritt bei der Reduktion von Emissionen (vgl. Abbildung 7).

Ein beschleunigter Ausbau von CO₂-freien Energien im CO₂-Marktpreis-Szenario trägt dazu bei, die negativen Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu einem Szenario mit nicht marktbasierten Maßnahmen zu verringern (vgl. Abbildung 8). Im CO₂-Marktpreis-Szenario, das auf marktwirtschaftliche Instrumente wie den CO₂-Emissionshandel setzt, bleibt der private Konsum bis in die zweite Hälfte der 2030er Jahre weitgehend stabil, bevor er aufgrund temporär höherer Energiepreise leicht zurückgeht. Im Feinstuerungsszenario hingegen wirken sich regulatorische Maßnahmen, wie Verordnungen, früher und stärker auf den privaten Konsum aus, da diese Maßnahmen zusätzliche Belastungen für Haushalte und Unternehmen mit sich bringen. Allerdings führt die verlangsamte Emissionsreduktionsgeschwindigkeit ab dem Jahr 2040 dazu, dass Produktion und Konsum relativ zum Basisszenario wieder zunehmen.

Die höheren CO₂-Preise führen zu einem Anstieg der Staatseinnahmen, was sich in einem erhöhten Staatskonsum niederschlägt. Die Einnahmen aus dem CO₂-Handel steigen von derzeit etwa 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf etwa 1,5% in der Mitte der 2030er Jahre. In den analysierten Szenarien wird angenommen, dass die EU-Fiskalregeln in Bezug auf den Finanzierungssaldo eingehalten werden. Der öffentliche Schuldenstand fällt in keinem der betrachteten Szenarien unter 60% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abbildung 9). Die grüne Transformation wird voraussichtlich zu einem kleinen Anstieg des öffentlichen Schuldenstandes bis 2050 führen, obwohl die Regeln zur Neuverschuldung eingehalten werden. Wesentlich für diese Entwicklung ist die geringere Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Der geringe Unterschied im Schuldenstand zwischen dem Emissionsmengen-Feinstuerungsszenario und dem CO₂-Marktpreis-Szenario, trotz einer deutlich unterschiedlichen Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts, ist auf die ähnliche Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen. Im politischen Szenario führt die verringerte reale Verfügbarkeit von Gütern zu einem stärkeren Preisanstieg im Vergleich zum Effizienz-Szenario, was die Unterschiede zwischen den Szenarien relativiert.

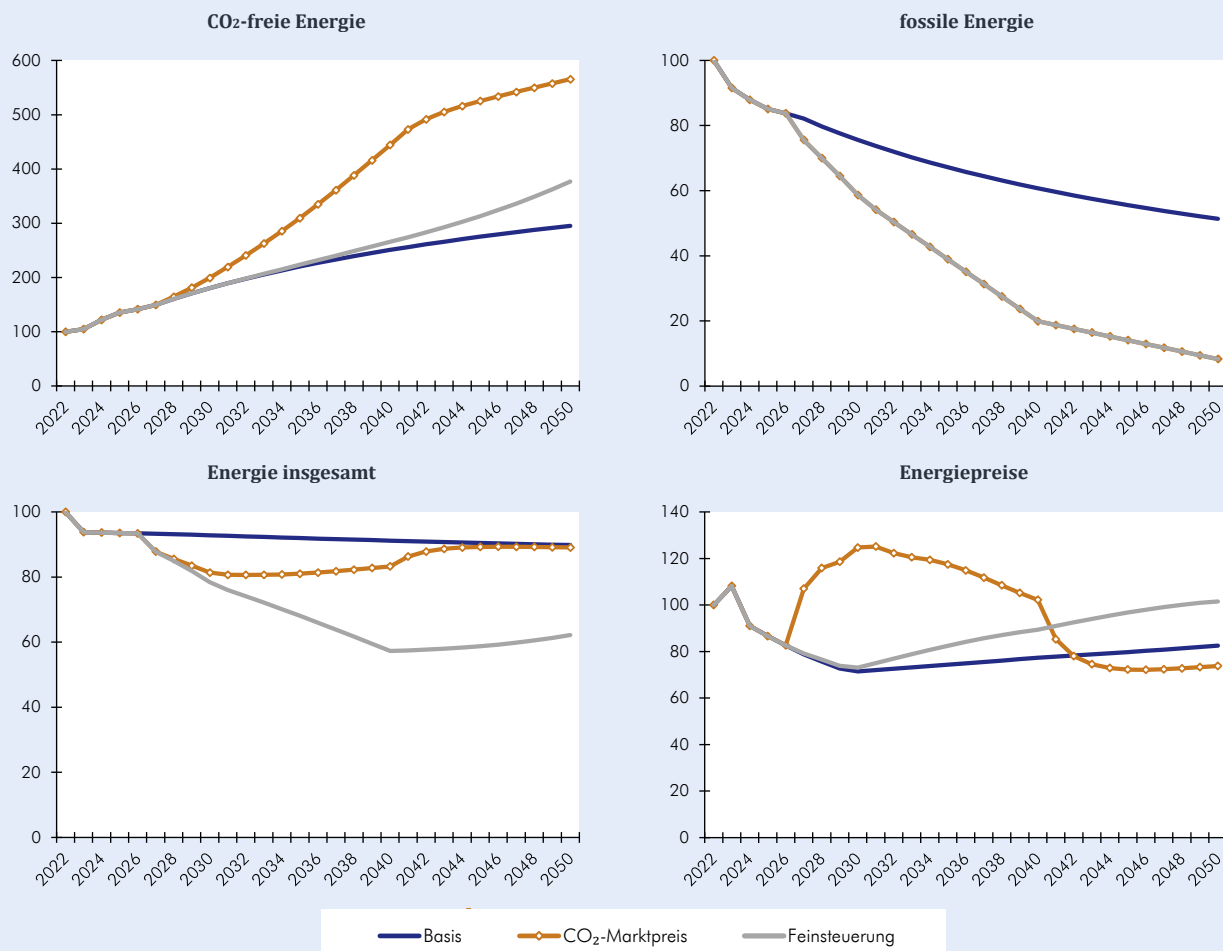
Ein entscheidender Faktor für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ist die Substituierbarkeit zwischen Energie auf der einen und Arbeit und Kapital auf der anderen Seite.¹⁴ Schätzungen hierzu weisen eine große Bandbreite auf. Reduziert man die Substitutionselastizität um 50%, verdoppeln sich die negativen Effekte auf das Bruttoinlandsprodukt im Feinstuerungsszenario gegenüber dem Marktpreisszenario (vgl. Abbildung A1). Der Hauptgrund hierfür liegt im fehlenden Anreiz für energiesparenden technischen Fortschritt.

¹² Vgl. Känzig, D. R.: The Uneven Economic Consequences of Carbon Pricing, [ECB Working Paper No. 2984](#). European Central Bank, 2024. Negative Effekte auf die Produktivität von Arbeit und Kapital durch höhere Energiepreise werden nicht berücksichtigt.

¹³ Vgl. Fraunhofer ISE: [Levelized Cost of Electricity Renewable Energy Technologies](#), June 2021.

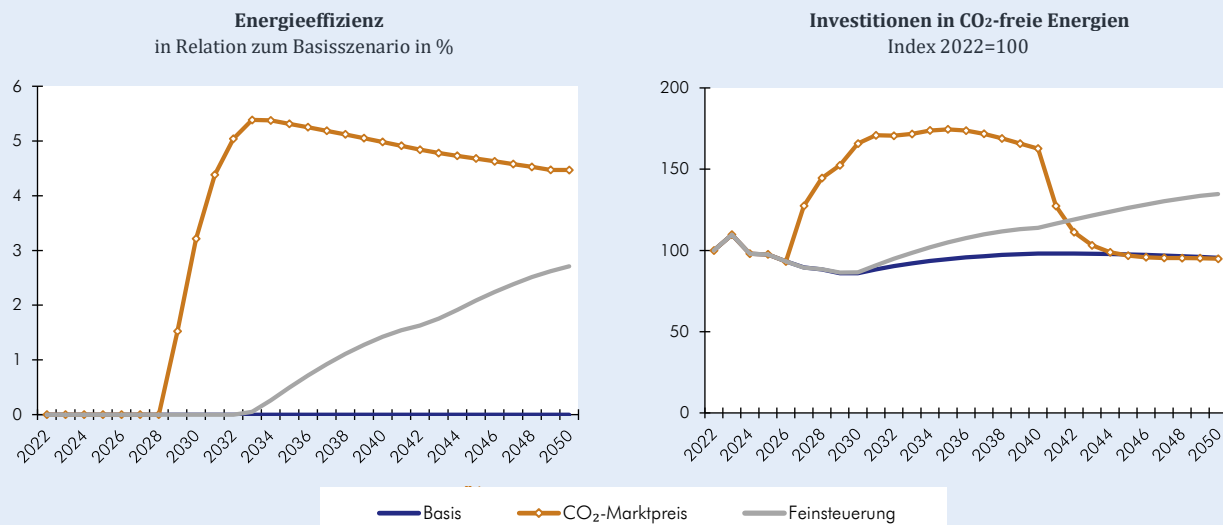
¹⁴ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch](#), Herbst 2023, Kiel, 2023.

Abbildung 6
Effekte auf die Energiemengen und Energiepreise
Index 2022=100



Quelle: Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung 7
Energieeffizienz und Investitionen



Quelle: Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung 8
Effekte auf die Komponenten des Bruttoinlandsproduktes
In Relation zum Basisszenario in %

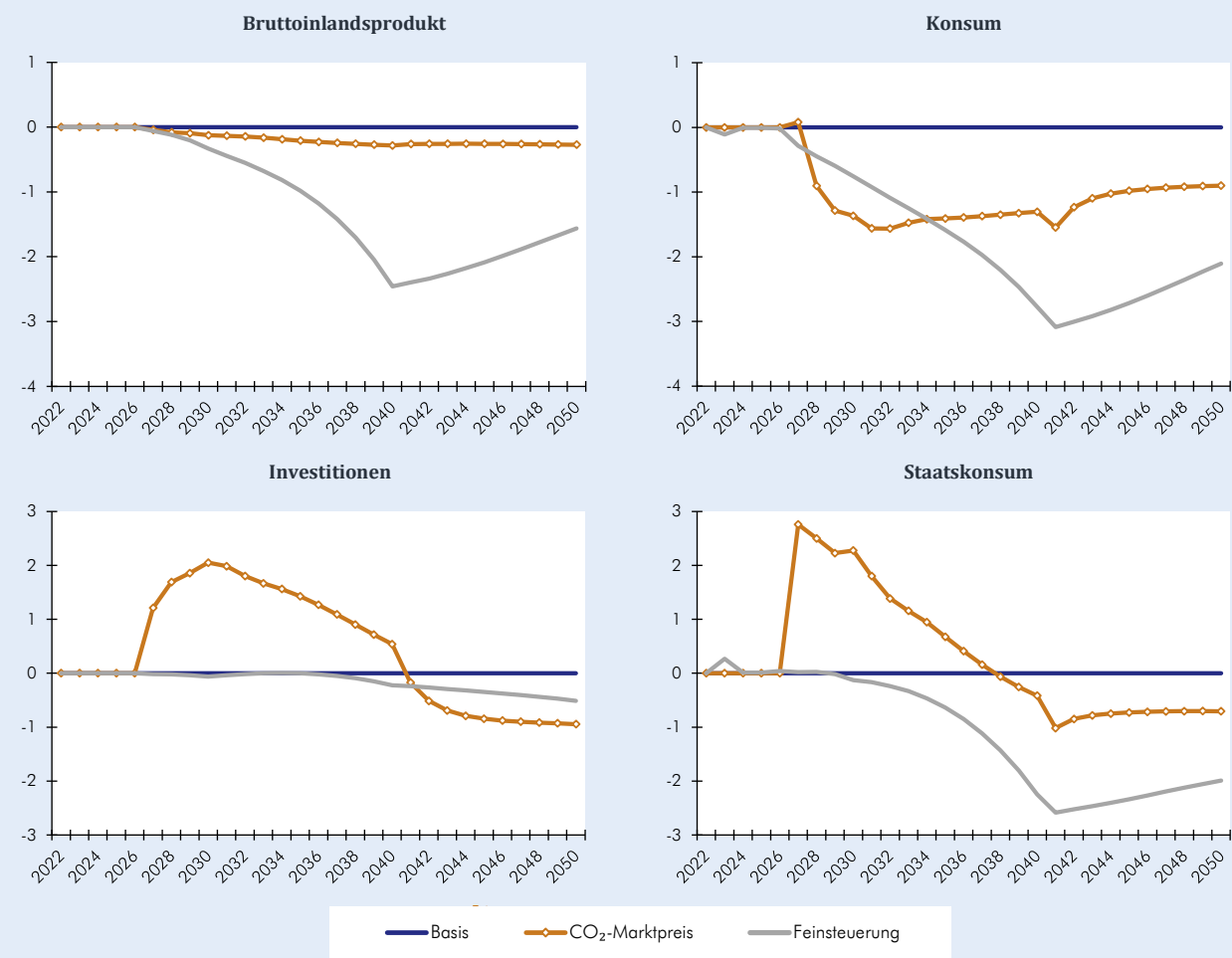
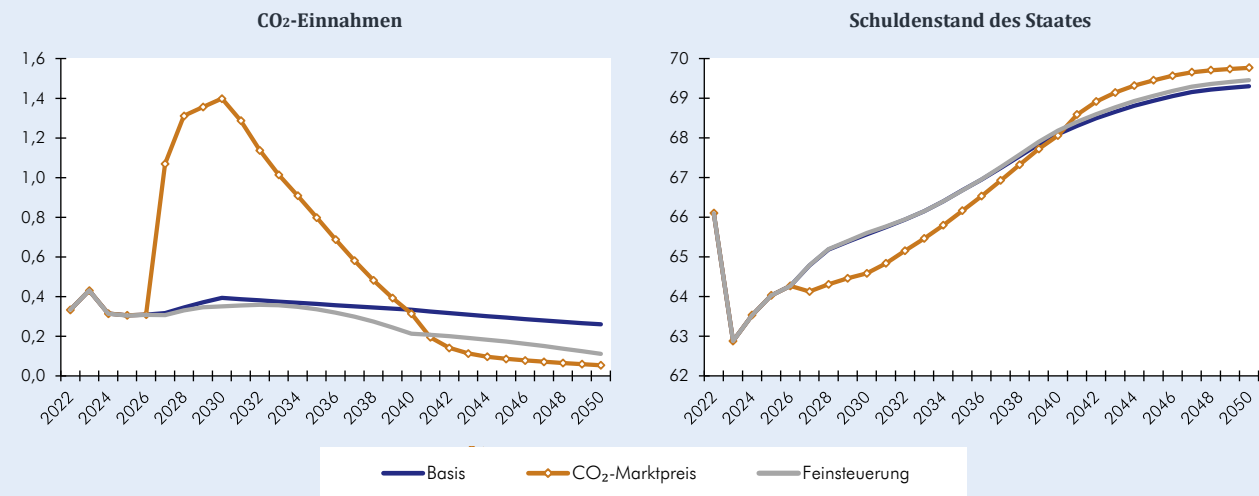


Abbildung 9
CO₂-Einnahmen und öffentlicher Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
In %



Kasten 3**Makroökonomisches Modell**

Die Simulationsrechnungen basieren auf einem rekursiven Wachstumsmodell, welches den Ansatz aus dem Jahresausblick 2024 des IWH um einen CO₂-Zertifikate-Handel mit einer exogen vorgegebenen Menge an CO₂-Zertifikaten ($CAP_t^{CO_2}$) und ein sich aus Nachfrage und Angebot ergebender CO₂-Preis ($P_t^{CO_2}$) erweitert. Weiterhin wird ein dynamischer Zusammenhang zwischen Energiepreisen (P_t^E) und Energieeffizienz (AE_t) berücksichtigt.

$$AE_t = AE_{t-1} \left(1 + \left(\sum_{\tau}^3 \kappa_{\tau}^{AE} \frac{P_{t-\tau}^E}{P_{t-\tau-1}^E} \right) + \eta_t^{AE} \right)$$

Die Koeffizienten werden basierend auf Känzig (2024) so kalibriert, dass ein Energiepreisanstieg von 10% nach drei Jahren einen Anstieg der Energieeffizienz von 0,5% verursacht. Erneuerbare Energien EC_t werden mit Hilfe von Kapital (KC_t) und Arbeit (LC_t) hergestellt. Kapital und Arbeit können nicht substituiert werden, variieren aber in Ihrer Produktivität (ACK_t, ACL_t). Die durchschnittliche Kapitalproduktivität steigt durch Lerneffekte mit der produzierten Menge CO₂-freier Energien.

$$ACK_{t+1} = ACK_t (1 - w_t^{KC}) + w_t^{KC} \left(\eta_t^{ACK} + \kappa_t^{ACK} \frac{EC_t}{EC_{t_0}} \right),$$

$$w_t^{KC} = \frac{IC_t}{KC_{t+1}}.$$

Die Lernrate (κ_t^{ACK}) gibt an um wie viel die Kapitalproduktivität neuer Anlagen steigt, wenn sich die produzierte Menge von erneuerbaren Energien verdoppelt. Fraunhofer (2021) gehen von einer Lernrate von 20% aus (vgl. Tabelle K3). Die Investitionsentscheidung wird unter klassischen Annahmen bezüglich der Nutzenmaximierung eines repräsentativen Haushaltes mit myopischen Erwartungen hergeleitet. Der Preis für erneuerbare Investitionen steigt mit höheren Investitionsvolumen.

$$IC_t = IC_0 \cdot \left(\frac{\beta \cdot RC_t - a_{EC}}{c_{EC}} \right),$$

Die Investitionen in erneuerbare Energien steigen mit der Kapitalrendite (RC_t) CO₂-freier Technologien, welche der marginalen Kapitalproduktivität entspricht. Die marginale Kapitalproduktivität leitet sich ab aus der Gewinnmaximierung CO₂-freier Energieproduzenten.

$$\max_{KC_t, LC_t} PEC_t EC_t - RC_t KC_t - WC_t LC_t,$$

$$EC_t = \min(ACK_t \cdot KC_t, ACL_t \cdot LC_t).$$

Unter der Bedingung, dass Produktionsfaktoren nicht unnötig eingesetzt werden, ergibt sich folgender Ausdruck für die Rendite von Kapital eingesetzt in der Produktion für CO₂-freie Energie.

$$RC_t = PEC_t ACK_t - WC_t \frac{ACK_t}{ACL_t}.$$

Die Rendite für Kapital aus CO₂-freier Produktion steigt mit höheren Energiepreisen PE_t , höherer Kapitalproduktivität (ACK_t), Arbeitsproduktivität (ACL_t) und fällt mit höheren Löhnen (WC_t).

Das Optimierungsproblem für fossile Energien unterscheidet sich durch die Nutzung von importierter fossiler Energie ($EDIM_t$), welche zu Weltmarktpreisen ($PEDIM_t$) eingekauft werden. Außerdem, müssen fossile Energieproduzenten für jede ausgestoßene Tonne CO₂ ein Zertifikat erwerben.

$$\max_{KC_t, LC_t} PED_t ED_t - RD_t KD_t - WD_t LD_t - PEDIM_t EDIM_t - PCO2_t CO_{2,t},$$

Der CO₂-Preis stellt sicher, dass die Null-Gewinn Bedingung hält und es keinen Anreiz gibt mehr fossile Energien zu produzieren.

Energie (E_t) wird zusammen mit Kapital ($K1_t$) und Arbeit ($L1_t$) kombiniert um Dienstleistungen und Güter für Investitionen (I_t), privaten Konsum (C_t), dem Außenhandel (NX_t) und den öffentlichen Sektor bereit zustellen

(G_t). Eine Vielzahl repräsentativer Firmen maximiert Ihre Gewinne unter perfektem Wettbewerb.

$$\max_{K1_t, L1_t, EC_t, ED_t} PY_t Y_t - R1_t K1_t - W1_t L1_t - PED_t ED_t - PEC_t EC_t,$$

$$s. t. Y_t = \left((1 - \gamma)(A1_t K G_t^\zeta K1_t^\alpha L1_t^{1-\alpha})^{\frac{\sigma-1}{\sigma}} + \gamma(AE_t E_t)^{\frac{\sigma-1}{\sigma}} \right)^{\frac{\sigma}{\sigma-1}},$$

$$E_t = \left((1 - \omega^c) ED_t^{\frac{\sigma^c-1}{\sigma^c}} + \omega^c EC_t^{\frac{\sigma^c-1}{\sigma^c}} \right)^{\frac{\sigma^c}{\sigma^c-1}},$$

$$ED_t \kappa^{CO_2} \leq CAP_t^{CO_2}.$$

Gewinne werden maximiert unter der Nebenbedingung, dass die damit verbundenen CO₂-Emissionen nicht die vorgegebene Menge an CO₂-Zertifikaten überschreiten. Im CO₂-Marktpreis-Szenario führt die Erhöhung des CO₂-Preises zur Erhöhung der Energiepreise und zur Einhaltung dieser Nebenbedingung, während im Feinsteuerszenario die Begrenzung des CO₂-Preises weiter nicht marktbasierende Maßnahmen notwendig macht. Für den Fall, dass die Energiepreise nicht stark genug steigen repräsentiert eine Schlupfvariable (μ_t^D) den Wert einer Lockerung des CO₂-Deckels für die Firma.

$$PED_t = PE_t(1 - \omega^c) \left(\frac{E}{ED_t} \right)^{\frac{1}{\sigma^c}} + \mu_t^D \kappa^{CO_2}.$$

Eine Feinsteuierung führt zu einer suboptimalen Verwendung von fossiler Energie und somit zu einer Abweichung des Grenzproduktes von Energie zu seinem jeweiligen Marktpreis. Gleichzeitig muss die Null-Gewinn Bedingung halten.

$$PY_t Y_t = PED_t ED_t + PEC_t EC_t + R1_t K1_t + W1_t L1_t.$$

Eine CO₂-Preis-Obergrenze reduziert den Kostendruck für die Unternehmen. Diese sind ohne den energiesparenden technischen Fortschritt weniger produktiv. Die geringere Produktionsmenge führt ceteris paribus zu höheren Durchschnittspreisen.

Tabelle K3

Kalibrierung des Modells

Parameter/Initialisierung	Wert	Quelle
Kapitalanteil: α	0,35	GD FJ 2023 ¹
γ	0,05	Statistisches Bundesamt
ζ	0,1	Drygalla et al. (2020) ²
σ	0,2	DIW Wochenbericht 2023 ³
Energieimporte: $\frac{PE(im_1^E E_1^C + im_1^D E_1^D)}{BIP_1}$	3%	Statistisches Bundesamt
Arbeits- und Kapitalverteilung: $\frac{L_1^C}{L_1}, \frac{L_1^D}{L_1}, \frac{K_1^C}{K_1}, \frac{K_1^D}{K_1}, \frac{K_1^G}{K_1}$	0,2%; 0,6%; 1,4%; 0,8%; 13%	Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH
Investitionsquoten: $s = \frac{I_1}{BIP_1}, s^G = \frac{I_1^G}{BIP_1}$	22,1%; 3%	Statistisches Bundesamt
Abschreibungsraten: d^{NE}, d^C, d^D, d^G	2,6%; 5%; 2%; 2,6%	Statistisches Bundesamt u. Fraunhofer ISE (2021) ⁴
Lernrate Kapitalproduktivität CO ₂ -freier Energien	20%	Fraunhofer (2021) ⁴
Energieeffizienzpreiselastizität ($\kappa_{1,...,3}^{AE}$)	5/300, 5/200, 5/100	Känzig (2024) ⁵
Substituierbarkeit CO ₂ -freier versus fossiler Energien σ^C	10 (perfekte Substitute)	IWH (2023) ⁶

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Klimaschutz ohne Produktionseinbußen: Die Rolle energiesparenden technischen Fortschritts, in: Hintergrundpapier zum Schwerpunktthema, Frühjahr 2023. – ² Drygalla, A.; Holtemöller, O.; Kiesel, K.: The effects of fiscal policy in an estimated DSGE model—The case of the German stimulus packages during the Great Recession, *Macroeconomic Dynamics*, 24(6), 2020, 1315–1345. – ³ Bönke, T.; et al.: DIW-Konjunkturprognose: Deutschland hinkt der Weltwirtschaft hinterher, in: DIW Wochenbericht, Nr. 36/37, 471–503, 2023. – ⁴ Fraunhofer ISE: (2021), a.a.O. – ⁵ Känzig (2024), a.a.O. – ⁶ Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Grüne Transformation und Schuldenbremse: Implikationen zusätzlicher Investitionen für öffentliche Finanzen und privaten Konsum, in: Konjunktur aktuell, Jg. 11 (4), 2023.

Fazit

Das Klimaschutzgesetz gibt vor, bis wann und mit welchen Zwischenschritten die Dekarbonisierung in Deutschland erfolgen soll. Ob der zeitliche Zielhorizont gesamtgesellschaftlich sinnvoll ist oder nicht, soll hier nicht infrage gestellt werden. Doch auch wenn man die zeitlichen Vorgaben als gegeben annimmt, verbleibt Entscheidungsspielraum bezüglich der konkreten Maßnahmen zur Zielerreichung. Die deutsche Politik war bislang darauf ausgerichtet, die Emissionsreduktion durch die staatliche Regulierung einzelner Bereiche zu erreichen. Ökonomisch effizient wäre es hingegen, den Preismechanismus zu nutzen, indem die Treibhausgasemissionen mengenmäßig beschränkt werden und Emissionsrechte sektorübergreifend käuflich erworben werden müssen. Die Politik scheut allerdings den damit verbundenen höheren Preis für fossile Energien. Unsere Simulation zeigt, dass dies gesamtwirtschaftlich ungünstig ist. Eine stärkere Preiserhöhung für fossile Energieträger durch CO₂-Preise würde Investitionen in Forschung und Entwicklung auslösen und zu einem schnelleren energiesparenden technischen Fortschritt führen, etwa so wie in den 1970er Jahren nach den Ölpreisschocks. Unsere Berechnungen zeigen, dass der zur Erreichung der Emissionsziele erforderliche gesamtwirtschaftliche Konsumverzicht deutlich geringer ausfällt, wenn mit dem CO₂-Preis ein marktwirtschaftliches Instrument zur Erreichung der Emissionsreduktionsziele genutzt würde statt auf Regulierung und Detailvorschriften zu setzen. Dennoch werden auch bei effizienter marktwirtschaftlicher Implementierung dämpfende Effekte weitergehender Maßnahmen zur Erreichung der gesetzlichen Ziele auf das Bruttoinlandsprodukt nicht gänzlich ausbleiben. Dies hat auch Konsequenzen für die Einhaltung der europäischen Schuldenregeln, denn diese fokussieren seit ihrer Reform im Jahr 2024 stärker auf die Schuldenquote. Und diese fällt *ceteris paribus* höher aus, wenn das Bruttoinlandsprodukt im Nenner der Quote geringer ist.

Anhang

Tabelle A1

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996 – 2023 ²	EU-Methode		Modifizierte EU-Methode (MODEM)		
		1996 – 2023	2023 – 2029	1996 – 2023	2023 – 2029	2023 – 2050
Produktionspotenzial	1,3	1,2	0,6	1,2	0,3	0,3
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	0,8 (0,3)	1,5 (0,5)	0,8 (0,3)	0,8 (0,3)
TFP	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)	0,4 (0,4)	0,6 (0,6)	0,2 (0,2)	0,3 (0,3)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,2)	0,2 (0,1)	–0,1 (–0,1)	0,2 (0,1)	–0,3 (–0,2)	–0,3 (–0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	–0,1	0,0	–0,1	–0,2
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,3	0,5	0,0	0,1
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	–0,1	0,2	0,0	0,0
durchschnittliche Arbeitszeit	–0,5	–0,5	–0,3	–0,4	–0,3	–0,2
nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,0	1,0	0,7	1,0	0,7	0,6

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Tabelle A2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt ¹	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat	insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorrats- veränderung	
in Mrd. Euro							
2017	3 331,1	1 753,8	658,0	683,3	671,1	12,2	236,0
2023	4 185,6	2 205,6	905,2	907,1	899,9	7,2	167,7
2029	4 855	2 553	1 088	1 055	1 044	11	159
2050	7 523	3 983	1 696	1 597	1 591	6	247
Anteile am BIP in % ²							
2017	100	52,6	19,8	20,5	20,1	0,4	7,1
2023	100	52,7	21,63	21,7	21,5	0,2	4,0
2029	100	52½	22½	21¾	21½	¼	3¼
2050	100	53	22½	21¼	21¼	0	3¼
Veränderung insgesamt in %							
2022/2017	25,7	25,8	37,6	32,8	34,1	–	–
2029/2023	16	15¾	20¼	16¼	16	–	–
2050/2023	79¾	80½	87¼	76¼	76¾	–	–
jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2022/2017	3,9	3,9	5,5	4,8	5,0	–	–
2029/2023	2½	2½	3	2½	2½	–	–
2050/2023	2¼	2¼	2¼	2¼	2¼	–	–

¹ Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2024. – ² Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Anmerkung: Für gewöhnlich beträgt der Projektionshorizont mit Rahmen der IWH Mittelfrist 6 Jahre, daher ist das Jahr 2029 explizit ausgewiesen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Tabelle A3**Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum**

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbs- tätigen	Bruttoinlandsprodukt ¹				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
	Millionen		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2010=100
2017	44 290	39 997	1 388	3 522	79 531	57,3	3 331	95
2023	46 011	42 163	1 335	3 616	78 580	58,8	4 186	116
2029	45 947	42 295	1 317	3 706	80 656	61	4 855	131
2050	44 612	41 937	1 276	3 978	89 172	70	7 523	189
Veränderung insgesamt in % ²								
2022/2017	3,9	5,4	-3,8	2,6	-1,2	2,7	25,7	22,4
2029/2023	0	¼	-1¼	2½	2½	4	16	13¼
2050/2023	-3	-½	-4½	10	13½	18¾	79¾	63½
jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2022/2017	0,6	0,9	-0,65	0,4	-0,2	0,4	3,9	3,4
2029/2023	0	0	-¼	½	½	½	2½	2
2050/2023	-¼	0	-¼	½	½	½	2¼	1¾

¹ Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2024. – ² Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Anmerkung: Für gewöhnlich beträgt der Projektionshorizont mit Rahmen der IWH Mittelfrist 6 Jahre, daher ist das Jahr 2029 explizit ausgewiesen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

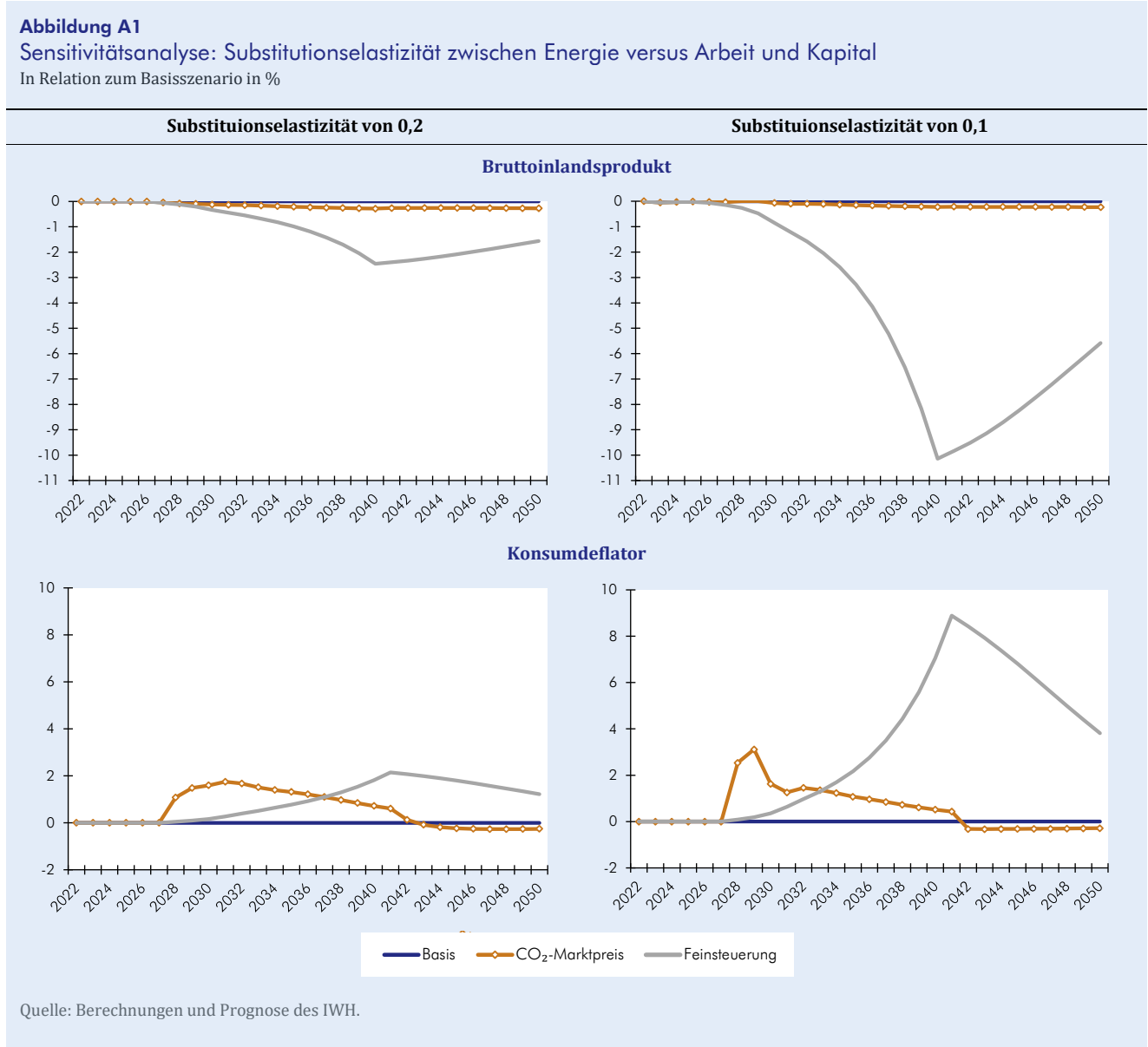
Tabelle A4**Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen**

Jahr	Bruttowertschöpfung ¹ (BWS)	Produzierendes Gewerbe	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Dienstleistungs- bereiche
in Mrd. Euro					
2017	3 177,2	931,4	701,2	155,3	2 219,2
2023	3 283,0	877,5	709,5	132,7	2 376,6
2029	3 177,2	931,4	701,2	155,3	2 219,2
2050	3 354	831	677	125	2 493
Anteile an der BWS in % ²					
2017	100	29,1	21,9	5,0	70,1
2023	100	26,9	21,5	4,1	72,2
2029	100	24,3	19,8	3,7	74,8
2050	100	20¾	17	3¼	78¼
Veränderung insgesamt in %					
2023/2017	3,3	-5,8	1,2	-14,6	7,1
2029/2023	2¼	-5¼	-4½	-5½	5
2050/2023	10	-14¼	-13½	-14½	19
jahresdurchschnittliche Veränderung in %					
2023/2017	0,5	-1,0	0,2	-2,6	1,1
2029/2023	¼	-1	-¾	-1	¾
2050/2023	¼	-½	-½	-½	¾

¹ Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2024. – ² Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Anmerkung: Für gewöhnlich beträgt der Projektionshorizont mit Rahmen der IWH Mittelfrist 6 Jahre, daher ist das Jahr 2029 explizit ausgewiesen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.





Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 765
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: David Dibert @dibert
www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 12. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.01.2025
ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.